

Geschichte der Abstimmung in Ostpreußen

Von

Max Worgitzki

Der Kampf um Ermland und Masuren

Max Worgitzki
Geschichte der Abstimmung
in Ostpreußen

2. Aufl.

Geschichte der Abstimmung in Ostpreußen

Der Kampf um Ermland und Masuren

Von

Max Worgitzki

Mit einem Vorwort
von Adolf Eichler, Hauptgeschäftsführer
des Ostdeutschen Heimatdienstes Allenstein und einem
Schlußwort von Freiherrn Wilhelm v. Gayl,
einst Reichs- und Staatskommissar für
das Abstimmungsgebiet
Alenstein

Adolf Eichler



Leipzig
Verlag von K. F. Koehler
1921



9(438+43)

Copyright 1921 by K. F. Kochler, Verlag, Leipzig



72129

Zestęguß-Maschinensatz und Druck
von Oscar Brandstetter in Leipzig.

D/16176

Vorwort.

Vielen Deutschen wird es eine Überraschung bedeutet haben, daß die Polen zu den Gebietsteilen des Deutschen Reiches, die sie als polnisch für sich in Anspruch nahmen, auch das südliche Ostpreußen, die Landschaften Masuren und Ermland, zählten und bei der Entente, wenn auch nicht ihre glatte Einverleibung in den polnischen Staat, so doch wenigstens eine Entscheidung über ihre weitere Zugehörigkeit zum deutschen Staate durch eine Abstimmung durchdrückten. Und doch ist dieser Vorstoß in den Süden Ostpreußens, in ein Land, das niemals mit Polen staatl. verbunden war, von langer Hand vorbereitet gewesen. Seit Jahrzehnten waren polnische Gelehrte und Pseudogelehrte bemüht, die polnischen Ansprüche auf Masuren und Ermland mit den Mitteln sogenannter Wissenschaft zu erhärten.

Einer der ersten polnischen Gelehrten, die mit entfesselter Schamlosigkeit der Geschichtswissenschaft Gewalt antaten, Dr. Kentzynski in Lemberg, wendet sich bereits im Jahre 1872 in seiner Abhandlung „Über die Masuren“ gegen die Feststellungen der deutschen Forscher und sagt: „Der Masure ist der eingeborene Sohn seiner Landschaft, mögen unsere Zivilisatoren (d. h. die Deutschen), die uns Slawen immer und überall jeden Fußbreit Landes streitig machen, sie sich auch schon von altersher zueignen, indem sie behaupten, die Masuren seien Einwanderer von jenseits der Grenze, welche vor den Religionsverfolgungen und Bedrückungen ihrer Grundherren flüchteten. Diese Landschaft (Masuren) ist rein polnisch. Daß die Masuren die Ureinwohner ihrer Landschaft sind, bezeugen vor allem die Ortsnamen; der bei weitem überwiegende Teil derselben ist rein polnisch. Die Siedlungen der deutschen Kolonisten stammen aus späteren Zeiten.“

Zehn Jahre später, 1882, gab Kentzynski ein ausführlicheres Werk heraus: „Die polnische Bevölkerung im ehemaligen Ordenslande Preu-

ßen," in dem er seine Ansicht über die polnische Urbevölkerung Masurens nicht mehr vertrat, aber um so zäher die Annahme verteidigte, daß der Orden seine planmäßige Kolonisation fast ausschließlich mit polnischen Kolonisten durchführte. Er kommt zu dem Schluß, daß, wenn auch die Polen nicht als Urbevölkerung der Landschaft Masuren anzusprechen seien, sie doch an der Kolonisation Masurens das Hauptverdienst hätten und infolgedessen das Recht beanspruchten, diese Landschaft dem Polentum zurückzuerobern. Darum müßte alles aufgeboten werden, um die Masuren zu Nationalpolen zu machen.

Dr. Kentzzynski's leichtfertige Behauptungen dienten den Wortführern der großpolnischen Propaganda zur Begründung ihres Einbruches in das friedliche Masuren. Seine frühere Folgerung, daß der polnische Charakter der Landschaft aus den polnischen Ortsnamen herzuleiten sei, ließ man fallen, nachdem es mit Hilfe archivalischer Forschungen deutscherseits gelungen war, bei vielen Orten mit polnischen Namen ihre früheren deutschen oder preußischen Benennungen festzustellen. Inzwischen hatten die Drahtzieher der allpolnischen Bewegung sich durch ihre ausschweifenden Phantasien selbst bei ernstdenkenden Polen lächerlich gemacht. So äußerte sich der polnische Literaturhistoriker Brückner zu den Versuchen, den slawischen Klang von Ortsnamen als Beweis dafür anzusehen, daß die betreffenden Siedlungen polnische Gründungen seien, in seiner Denkschrift: „Die slawischen Ansiedlungen in der Altmark und im Magdeburgischen“ (1879): „Slawische Ortsnamen besagen, daß Slawen einmal irgendwelche Veranlassung gefunden haben, den Ort zu benennen, nicht daß sie ihn auch bewohnt oder bebaut haben müssen. Daß ein Ort von Slawen bebaut war, ist nur in dem Falle unbestreitbar, wenn Urkunden Slawen an diesen Orten ausdrücklich nennen.“ Kentzzynski, der durch die deutsche Schule ging und sich früher als deutscher Gelehrter fühlte, war klug genug, die Schwäche seiner Beweisführungen einzusehen. Er war Direktor des Ossolinski'schen Instituts in Lemberg. Sein Ehrgeiz ging dahin, sich nicht nur als Entdecker neuer Gebiete für die damals kräftig ansetzenden polnischen Irredentabestrebungen Ruhm zu erwerben, sondern auch als bahnbrechender Forscher verlorengegangener Spuren polnischer Kultur anerkannt zu werden.

Kemberg blieb auch in Zukunft das geistige Arsenal für den Kampf der Polen um preußische Gebiete. Kentrzynski und seine Mitarbeiter schmiedeten die scharfen Waffen für die polnischen Einfälle in fremde Gebiete, indem sie mit wissenschaftlichem Rüstzeug Verleumdungen in die Welt setzten und mit ungehemmter Anmaßung die vermeintlichen Ansprüche der Polen auf alles Land zwischen Danzig und Odessa, „von Meer zu Meer“, begründeten. In dem „Przegłond Wszepochski“ (Allpolnische Rundschau) schufen sie sich ein Organ für die Vertretung ihrer Ziele. Sie zeigten keine Eile bei der Lösung der Probleme, ließen die Kleinarbeit durch andere machen und beschränkten sich darauf, die großen Linien zu finden und schwache Stellen im gegnerischen Lager zu erspähen. So stellte der „Przegłond Wszepochski“ 1898 in seinem Oktoberheft fest, daß die preußische und deutsche Verfassung den Polen weiteste Möglichkeiten für ihre Forderungen böte. In der Januarnummer von 1899 wurde über die Erfolge der Gegenwart und die Ziele der Zukunft berichtet und im Anschluß daran ausgeführt: „Es hat sich herausgestellt, daß die polnische Bevölkerung sich schneller vermehrt als die deutsche, und daß die Macht des polnischen Volkes nicht nur ziffermäßig, sondern auch in kulturell-politischer und wirtschaftlicher Beziehung wächst. Das polnische Element ist in jeder Beziehung jetzt stärker in Preußen, als es vor dreißig oder sogar vor fünfzig Jahren war. Es hat nicht nur den Fortschritten des Deutschtums in den Ostmarken Einhalt getan, sondern auch die verlorenen Positionen wiederzugewinnen, ganze Landesteile, wie Oberschlesien und das preußische Masuren zu erobern begonnen, ja es ist sogar auf dem Gebiete wirtschaftlicher Verhältnisse durch Bildung von polnischen Arbeiteransiedlungen in der Hauptstadt von Preußen und Deutschland aggressiv hervorgetreten. Die preußische Politik ist der polnischen Bevölkerung gegenüber in eine Lage ohne Ausweg geraten. Durch Zugeständnisse an das Polentum kann sie sich das Besitztum der östlichen Provinzen nicht sichern, denn wenn sie auch die polnische Ortsbevölkerung für sich gewinnen sollte, würde sie das natürliche Streben unserer Nationalpolitik nicht aufhalten, nämlich die Vereinigung aller früheren polnischen Landesteile. Preußen oder gar Deutschland kann nicht freiwillig auf die östlichen Provinzen verzichten, nicht nur mit Rücksicht auf die dort ansässigen drei Millionen Deutsche, sondern mehr noch mit Rücksicht auf seine territoriale Lage.

Der Verlust dieser Gebiete würde ein Todesstoß für die Macht Deutschlands sein. Wir müssen also nicht nur mit Preußen, sondern auch mit ganz Deutschland, nicht mit einzelnen Parteien, sondern mit der ganzen deutschen Gesellschaft einen Kampf führen, einen Kampf auf Tod und Leben. Der Kampf, der an unseren Westmarken geführt wird, ist nicht Sache eines Teiles, sondern der ganzen Nation. „Dumm ist Polen ohne Posen!“ Armselig würde tatsächlich das künftige Polen, für das wir leben und handeln, das Polen, welches wir sicherlich nicht erleben, welches aber unsere Kinder und Enkel schauen werden —, nicht nur ohne Posen, sondern auch ohne Schlesien, ohne Zutritt zum Meere, also ohne Danzig und Königsberg sein. Wir müssen solche Arten des Kampfes vermeiden, in denen das ziffernmäßige Übergewicht und die staatliche Organisation den Sieg sichern. Wir müssen daher für unsere Nationalsache auf gesetzlichem, im Rahmen der preußischen und deutschen Verfassung, solange dies möglich ist, sich bewegendem Boden vorgehen. Die jetzt zu Preußen gehörenden Provinzen bilden eine notwendige Bedingung für das Entstehen des Polenreiches.“ Der Aufsatz kann als Manifest des polnischen Imperialismus angesprochen werden. Heute wissen wir, daß die Träume der Lemberger Dogmatiker sich eher erfüllten, als sie wünschten und ahnten.

Bei all ihrer Gerissenheit entschlüpfen den Przeglonde-Leuten doch manchmal voreilige Geständnisse und Offenheiten, die den in der praktischen Arbeit stehenden kleinen Verschwörern höchst unwillkommen waren. So führte das Blatt in seiner Februarnummer von 1902 aus: „Wenn die nationale Bewegung Ostpreußen ergreifen wird, und dies muß eintreten, so wird es sich zeigen, daß auch diese Provinz mehr polnisch ist, als es heutzutage erscheint. In jedem Falle muß das polnische Element auch dieser Provinz, obgleich sie niemals zu Polen gehört hat, in unser nationales Gebiet einverleibt werden.“

Ausführendes Organ der großpolnischen Bestrebungen in den preußischen Provinzen wurde 1882 das „Zentralkomitee“ in Posen, das die in Oberschlesien bewährten Methoden auch nach Ermland und Masuren übertragen wollte. Weil man in dem Protestantismus der Masuren das Haupthindernis zu ihrer Beeinflussung mit nationalpolnischen Ideen sah, glaubten die Posener Führer ihr Ziel nur durch Rückgewinnung der Masuren zum Katholizismus zu erreichen. So schrieb die „Gazeta

Lorunška" (Thorner Zeitung) am 14. November 1882: „Mittel zur Rettung der Masuren vor Germanisierung sind folgende: 1. Ein Zentralwahlkomitee; 2. Herausgabe einer billigen polnisch-masurischen Zeitung und polnischer Volkschriften; 3. Ansiedlung zuverlässiger Polen; 4. Anfeuerung für den katholischen Glauben.“ Um dieselbe Zeit verstieg sich der „Dziennik Poznański" (Posener Tageblatt) zu dem Ausruf: „Der heutige Masure ist als ein polnisch-sprechender evangelischer Preusse eine wirkliche Karrikatur!“ Erst die Erfolglosigkeit der von landfremden Leuten ausgehenden polnischen Hezarbeit brachte die Erkenntnis, daß das Konfessionelle Gefühl der Masuren nicht angetastet werden dürfe. Selbst die Allensteiner katholische „Gazeta Olsztynska" äußerte sich im Februar 1899: „Es wäre Zeit, zur Erkenntnis zu gelangen, daß uns Polen der evangelische Masure näher steht, als der katholische Deutsche, denn jener ist unser Bruder dem Blut und Knochen nach.“

Auch der zweite Anlauf zur Schaffung einer polnischen Bewegung hatte nur geringen Erfolg. In Lyck erschien 1896 die „Gazeta Ludowa" in deutschem Schriftsatz. Ihre Herausgeber, die Gebrüder Barke, gründeten gleichzeitig eine „Masurische Volkspartei". Um sich das Vertrauen der Masuren zu gewinnen, wurden die wildesten Gerüchte verbreitet. Sie stellten sich als Retter des Masurentums hin, das nach ihrem Plane einen eigenen Vertreter in den Reichstag entsenden sollte. Mit ihren Verunglimpfungen und Hezereien zogen sie sich einige Beleidigungsklagen zu. Als sie eine längere Gefängnishaft antreten sollten, flüchteten sie nach Polen. Das Zeitungsunternehmen und mit ihm die polnische Bewegung fielen in sich zusammen.

Nach einigen weiteren belanglosen Versuchen, und nachdem man auch in Posen aus den Folgen der bisherigen Fehler klug geworden war, machte der im Jahre 1905 in Posen gegründete polnische Kampfverein „Straz" die nationale „Aufrüttelung" der Masuren zu einer seiner Aufgaben. Er stellte die Verbindung zu dem als Polonisor der evangelischen Kirche in Kongresspolen bekanntgewordenen Generalsuperintendenten Bursche her und veranlaßte ihn, sich um die Lösung des „masurischen Problems" mit Hilfe kirchlicher Beeinflussungen zu bemühen. Mit Bursche zusammen sollte der Pfarrer Michejda in Teschen versuchen, Organisationen nach dem Muster des evangelisch-polnischen Volksbildungsvereins für Osterreichisch-Schlesien zu schaffen. Es sollte

diesmal das Religiöse und Konfessionelle in den Vordergrund geschoben und das Nationale nur leicht betont werden. Für die Erreichung dieser Ziele wurde die Herausgabe einer Zeitung, der Druck von Flugschriften und die Gründung einer Volksbank in Aussicht genommen. Finanziert wurde das Unternehmen von dem Rechtsanwalt Dsuchowski in Warschau; tätigen Anteil an ihm nahmen u. a. das bekannte Herrenhausmitglied Kościelski, der in Berlin lebende polnische Politiker Rose (der heutige polnische Generalkonsul). Als Einfallstor sollte diesmal Ortelsburg dienen, wo ein Haus gekauft wurde. Um den dürftigen Kriegsschatz aufzufüllen, wurde im Juni 1906 ein vertraulicher Aufruf an die polnischen Grundbesitzer und Gewerbetreibenden in Posen und Westpreußen verschickt, der wie folgt beginnt: „Elf südliche Kreise Ostpreußens werden von evangelischen Polen — Masuren — bewohnt. Angesichts der ungeheuren Anstrengungen der Organe der preußischen Regierung, um die masurische Bevölkerung zu entnationalisieren, und angesichts des Mangels an polnischer Intelligenz unter den Masuren, welche das Volk aufklären und belehren könnten, besteht die Gefahr, daß das masurische Volk für das Polentum für immer verloren geht, wenn von unserer Seite aus nicht eine kräftige Verteidigungsaktion unternommen wird. Die Germanisierung macht hier, weil sich unsere Gesamtheit mit den Masuren nicht befaßt, geradezu wahnsinnige Fortschritte.“ Zur Leitung der Zeitung, die unter dem Namen „Mazur“ seit 1. Juli 1906 in Ortelsburg herauskam, wurde der Posener katholische Redakteur Zieliński (der spätere Generalsekretär des Masurischen Plebiszitkomitees in Warschau) berufen, während nach außen hin als Leiter ein evangelischer Flüchtling aus Kongresspolen, Falkenberg, auftrat. Diese u. a. schamhaft verschwiegenen intimen Zusammenhänge sind während einer Gerichtsverhandlung in Allenstein im Juni 1907 allgemein bekannt geworden. — Gelegentlich einer Beratung mit den Warschauer Drahtziehern und Geldgebern Bursche, Glas (dem heutigen Präsidenten des evangelisch-augsburgischen Konsistoriums in Warschau), Dsuchowski u. a. äußerte Zieliński sich über seine Taktik: „Unsere Aufgabe in Ortelsburg ist es, das masurische Volk, die deutsche Presse und die preußischen Behörden einzuschläfern, um ihnen dann, wenn wir erst festen Boden gefaßt haben, unsere nationalen Krallen (pazury narodowe) zu zeigen!“ — Der „Mazur“

hatte ein wechselvolles Schicksal. Zieliński flüchtete infolge eines Prozeßes. Falkenberg, der sich über den Bruch der vertraglichen Bestimmungen beschwerte, gab dem Blatt einen national-deutschen Anstrich, bis er durch den katholischen Posener Polen Zaroszyk ersetzt wurde, unter dessen Leitung es wieder reinen Heßblattcharakter bekam.

Als der „Mazur“ auf der Bildfläche erschien, fand er einen durch die national-polnische Wahlagitatio n wohl vorbereiteten Boden. Eifrige Agitatio n verbunden mit Verleumdungen und Täuschungen hatten dem polnischen Kandidaten Lewandowski aus Posen (dem späteren amtlichen Vertreter Polens bei der Interalliierten Kommission in Allenstein) bei der Reichstagswahl von 1898 im Wahlkreis Ortelburg—Sensburg 5874 Stimmen (gegen 7709, die der siegreiche deutsche Gegenkandidat erhielt) und bei der Wahl von 1903 immer noch 3925 Stimmen eingetragen. Infolge des Bekann twerdens der Verbindung von Korruption und nationaler Heuchelei im polnischen Hauptquartier sank der moralische Kredit, und die polnische Bewegung war für lange Zeit bloßgestellt und unmöglich gemacht. Bei der Wahl von 1907 fielen der polnischen Kandidatur nur noch 240 Stimmen zu.

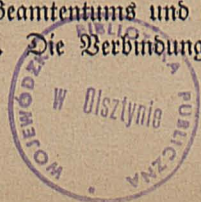
Bis zum Kriege haben die Vertreter der polnischen Sache in Ostpreußen nicht vermocht, neuen Wind in die alte Klappermühle der tausendmal wiederholten nationalen Phrasen zu bringen. Neben dem „Mazur“ in Ortelburg fristete noch ein anderes polnisches Heßblättchen, die „Gazeta Nizyńska“ in Allenstein ihr kümmerliches Dasein. In Posen galten beide Blätter als verlorene Außenposten, die nur anstands halber noch unterstützt werden mußten.

Erst der Krieg belebte wieder die Hoffnungen der Polenföh rer in Ostpreußen, die sich durch den Zuzug polnischer Gutsbesitzer aus Westpreußen und Posen vermehrt hatten. Die Unabhängigkeitserklärung Kongresspolens im November 1916 hatte die Neu anmeldung aller polnischen Ansprüche zur Folge. Die Wünsche nach einem „Größeren Polen“ wurden immer kräftiger wiederholt. Nach dem deutschen Waffenstillstandsersuchen erhielten sie in den Parlamenten und in der Presse die Form bestimmter Forderungen verbunden mit Drohungen. Alle Bemühungen der örtlichen Polenföh rer hatten einen kräftigen Rückhalt an den Warschauer Politikern. In Warschau fanden sich die früheren Leiter der polnischen Bewegung in Masuren und Ermland zusammen. Bursche

bekam schon im Dezember 1918 den Auftrag, nach Paris zu fahren und dort in Verbindung mit Omowski Fühlung zu den französischen, englischen und amerikanischen Machthabern zu suchen. Er trat dort als Vertreter der masurischen protestantischen Bevölkerung auf, deren angebliche Wünsche nach Anschluß an Polen er zu überbringen hätte. Lewandowski verleitete einige masurische Grenzbauern zu einer Reise nach Paris, wo er mit ihnen vor Wilson und Genossen die Komödie der „Masurischen Delegation“ spielte. Andere überschwemmten Masuren mit Flugblättern des Warschauer Konsistoriums.

Eine im März 1919 vom evangelisch-angelsburgischen Konsistorium in Warschau, den diplomatischen Vertretern der Entente überreichte Denkschrift des Generalsuperintendenten Bursche, gibt uns Aufschluß über die Argumente und das sogenannte geschichtliche Material, die den Entscheidungen in Paris zugrunde lagen. Nach einer schwülstigen, an die Adresse der Entente gerichteten Einleitung und nachdem Verwahrung gegen die Ansicht eingelegt wird, daß in Polen Protestanten und Deutsche identisch seien, führt die Denkschrift aus: „Es ist bekannt, welche hervorragende Rolle einst die Reformation in der ehemaligen polnischen Republik gespielt hat. Zur Zeit der Herrschaft der letzten Jagiellonen schien die Reformationsbewegung in Polen die ganze Gesellschaft zu erfassen. Die höchsten Staatswürdenträger, Kanzler, Hetmans, Senatoren, Minister fliehen von Rom und verbinden sich mit den Verfechtern des ‚lauteren Wortes Gottes‘. Im Jahre 1569 rühmten die Protestanten sich, im polnischen Senat die absolute Mehrheit zu haben. — Die Teilungsmächte gliederten den polnischen Protestantismus in kleinere Gruppen. Die Politik der deutschen Regierung war dahin gerichtet, diesen Gruppen die Überzeugung einzuflößen, daß sie, um der Gewalt des übermächtigen Einflusses des Katholizismus ledig zu werden, sich mit der deutschen Bevölkerung vereinigen müßten. Von den Ländern des preussischen Teilungsgebietes liegt besonders eine Provinz den polnischen Evangelischen am Herzen, zumal da ihre Bevölkerung überwiegend polnisch-evangelisch ist und gleichzeitig einer drückenden nationalen Verfolgung ausgesetzt ist — die Provinz Ostpreußen. In Ostpreußen war die polnisch-masurische Bevölkerung den Deutschen stets ein Dorn im Auge. Nicht, daß sie die habsburgische Politik offen führten, die in der nach alldeutschem Muster lebenden

Provinz überflüssig erscheinen sollte — sie waren bemüht, diese Bevölkerung im Zustand des Schlammers zu erhalten, in dem Bestreben, ihr Gefühl zu täuschen, und sie schmerzlos in den Zustand der fremden Kultur zu versetzen. Während man es wagte, die Posener Polen als Preußen polnischer Zunge zu bezeichnen, wurden die polnischen Masuren einfach für Preußen gehalten, im wahrsten Sinne des Wortes. Auf ihre Sprache wurde nicht im geringsten geachtet, indem man sie als unvollkommene Volksmundart betrachtete, deren Unterricht in den Elementarschulen man sogar nicht der Mühe wert hielt. Die polnische Presse, die in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts von dem wackeren Gisevius, einem Pastor aus Osterode, dem Schriftleiter der Zeitung „Przyjaciel Ludu Leckiego“ (1843) begründet worden ist, hatte recht schwere Daseinsbedingungen. Die Redakteure der polnischen Zeitungen in Masuren kamen aus den Gefängnissen nicht heraus. Es tauchten aber sofort von deutschen Reptiliengeldern unterhaltene Blättchen auf, von der Art des „Pruski Przyjaciel Familii“ in Königsberg, die bemüht waren, in dem polnischen Leser die Liebe zu der Dynastie Hohenzollern zu erwecken. Die Predigt, die die germanisierten Pastoren in masurischer Mundart hielten, glichen einer Beschimpfung der polnischen Sprache. Das Ergebnis dieser nichtswürdigen Politik war, daß die Masuren sich im Zustand des schärfsten Rückganges sowohl in kultureller wie in konfessioneller Hinsicht befanden. Indem sie z. B. von der germanisierten örtlichen Geistlichkeit keinen entsprechenden religiösen Zuspruch fanden, hielten sie mit großer Hingabe geheime Gottesdienste ab, dabei zahlreiche Religionssekten ins Leben rufend. — Es wäre eine der menscheitsförderndsten Taten in der weitesten Bedeutung des Wortes, würde man die Masuren aus der schmachlichen preussischen Gefangenschaft, in der sie seit langen Jahrhunderten schmachten, befreien und diesen Sproß mit dem polnischen Mutterstamme vereinigen. Der seit Jahrhunderten von der amtlichen preussischen Schule mit Falschheit genährte, zur Treue gegenüber dem preussischen Staat und Throne künstlich dressierte Masure besitzt heute tatsächlich keinen bewußten polnischen Patriotismus. Indessen hat der große allgemeine Krieg auch ihm die Augen geöffnet, er sieht heute den wirklichen Wert des preussischen Beamtentums und die Niederlage Preußens und der monarchischen Idee. Die Verbindung Masurens mit Polen, wel-



ches, zwar in seiner Mehrheit katholisch, sich immer durch eine weitgehende Glaubensduldung ausgezeichnet hatte, wird den Masuren aus dem geistigen Stumpfsinn erretten, in welchen ihn die germanische Kultur brachte. Die Angliederung an Polen wird es ihm möglich machen, Herr seiner selbst zu werden, sich endlich als Mensch zu fühlen und die Wurzel der heimischen slawischen Kultur zu voller Blüte zu entwickeln. — Die Absonderung Masurens von Preußen ist leicht durchzuführen, da es keine Sprachinsel darstellt, sondern eine unmittelbare Verlängerung des gesamten polnischen ethnographischen Gebietes bildet und von dem ehemaligen Königreich Polen nur durch den Grenzkordon getrennt war. Dieser Kordon war für die Polen aus dem Königreich ein nicht passierbarer Sperrbaum. Die polnischen Pastoren konnten ihren Glaubensgenossen keine geistliche Fürsorge angeheißen lassen. Von einem Predigen in der wahren, nicht verunglückten polnischen Sprache konnte nicht die Rede sein. Der bedeutende Zuwachs der polnisch-*evangelischen* Bevölkerung im künftigen polnischen Staat würde die Gründung einer protestantischen Fakultät für polnische Evangelische erleichtern und im allgemeinen den Evangelischen in Polen die Einnahme jener Stelle ermöglichen, die bis zum heutigen Tage in Frankreich die Nachkommen der Hugenotten innehaben.“ Unterzeichnet war die Denkschrift von dem Präsidenten des Konsistoriums Glas, dem Vizepäsidenten Generalsuperintendent Bursche und den Mitgliedern des Konsistoriums Gundlach, Schöneich und Boerner.

Es erübrigt sich wohl, auf diese Denkschrift näher einzugehen, dieses Knäuel von Lügen, Verleumdungen und Widersprüchen zu entwirren und im einzelnen zu widerlegen. Die beste Antwort haben ja die Masuren selbst erteilt, indem sie trotz der „drückenden nationalen Verfolgung“ bei der Abstimmung mehr als 99 Prozent ihrer Stimmen für ihre angeblichen Unterdrücker, Preußen-Deutschland, abgaben.

Jede Lüge rächt sich. Sie hat sich auch an Bursche bitter gerächt.

Als einer nach dem anderen von seinen Mitarbeitern als Verbrecher entlarvt wurde, und das von ihm gegründete polnische Masurische Komitee sich als Korruptionszentrale erwies, wurde Bursche wegen Begünstigung anrüchiger Persönlichkeiten scharf angegriffen. Noch vor der Abstimmung, am 12. Juni 1920, schrieb die Warschauer Zeitschrift „Myśl Niepodległa“: „Durch seine Handlungsweise leistet General-

superintendent Bursche der Sache des evangelischen Glaubens in Polen keinen Dienst. Gerade ein evangelischer Generalsuperintendent hätte bei einer so wichtigen polnischen Sache besondere Sorgfalt zeigen müssen, damit ihm nicht der Vorwurf würde, er sei mehr Evangelischer als Pole.“

In der öffentlichen Meinung Polens hing der sichere Gewinn der Landschaften Masuren und Ermland mit Bursches Namen genau so zusammen, wie der Paderewskis mit der Eroberung Posens. Bursche hatte sich vor und während der Abstimmungsagitation schon reichlich Vorschußlorbeeren darbringen lassen. In der polnischen Öffentlichkeit wurde er als einer der größten Männer Polens gefeiert, dem die Vergrößerung der Machtsphäre des polnischen Reiches über alles gehe. Um so tiefer war sein Sturz.

Adolf Eichler.

I. Der Verzweiflungskampf der deutschen Ostmark.
Im Sturm der Revolution. Der polnische Vorstoß.



Unbeherrschter Siegerübermut und Nachsicht spielten bei der Fassung des Versailler Friedensvertrages eine große Rolle, aber — sie spielten seinen Urhebern auch so manchen Streich. Jedem dieser tausend Paragraphen sieht man es an, mit wie viel Mühe und Spitzfindigkeit er ausgeklügelt worden ist, doch über all dieser boshaften Kleinarbeit ging der Überblick über die großen Zusammenhänge, die unwandelbaren treibenden Kräfte im Zusammenleben der Völker verloren. So sind alle die Ungeheuerlichkeiten, die der Vertrag enthält, und — die zahlreichen Fehlrechnungen, ja Dummheiten zu erklären. Die deutsche Ostmark hat der Friedensvertrag schwer getroffen, aber wenn es gelungen ist, wenigstens das zu retten, was noch zu retten war — die Abstimmungsgebiete, so ist das nicht zuletzt solchen falschen Spekulationen unserer Feinde zu danken. Die Polen, die in Paris durch zähes Wühlen und Intrigieren mehr erlangt hatten, als sie selbst jemals zu hoffen gewagt, begingen einen schweren Fehler. Sie beanspruchten auch die Abstimmungsgebiete als unzweifelhaft polnische Gebiete. Als man ihnen aber, um dem nackten Raub das Mäntelchen der Gerechtigkeit umzuhängen, nur die Entscheidung durch Abstimmung zugestand, da machte sie das böse Gewissen unsicher. Denn sie wußten ja, daß es sich nicht um „unzweifelhaft polnische“ Gebiete handelte, vielmehr im Gegenteil um Gebiete mit treu deutschgesinnter Bevölkerung, trotz der teilweise nichtdeutschen Sprache, aber sie hofften durch eine lange und nachdrückliche Propaganda zum Ziel zu kommen. Zumal sie wähten, daß ihre „Freunde“, die interalliierten Verwaltungsbeamten und Offiziere ihnen sicherlich nichts in den Weg legen würden, der widerstrebenden Bevölkerung durch Gewalt und Einschüchterung bei der Entschließung nachzuhelfen. Aus dieser Erwägung heraus drückten sie es durch, daß die Abstimmung möglichst hinausgeschoben werden konnte. Für die ostpreussischen Abstimmungsgebiete ist eine Fristbegrenzung überhaupt nicht vorgesehen. Das aber war ein schwerer Fehler, das falsche Spiel

der Polen rächte sich. Denn wenn das Spiel von polnischer Seite zu gewinnen war, so war das der Fall nur bald nach der deutschen Revolution. Später nicht mehr.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Abstimmung, im Frühjahr 1919 vorgenommen, ein ganz anderes Ergebnis gezeitigt hätte, wie anderthalb Jahre später. Vielleicht wäre uns bei geschickter Arbeit der Polen das Abstimmungsgebiet gar verloren gegangen. Das mag heute unwahrscheinlich klingen, da wir alles überstanden haben. Aber wer sich recht eindringlich in die Erinnerung an die damaligen Zeitumstände vertieft, wird mir recht geben. Nicht als ob damals an der deutschen Gesinnung unserer Masuren und Ermländer zu zweifeln war. Wohl aber daran, daß der deutsche Reichsgedanke noch die Kraft besaß, unsere Bevölkerung zu einer entschiedenen Bejahung zu straffen. Nicht die deutsche Gesinnung fehlte, wohl aber das Vertrauen in die deutsche Zukunft. Und das ist begreiflich. Der deutsche Osten hat nicht nur äußerlich, sondern vor allem innerlich, seelisch unter dem unerwarteten, katastrophalen Zusammenbruch schwer gelitten. Der Umsturz liegt der Wesensart des Ostdeutschen nicht. Bedächtig, ein wenig schwerfällig, abhold allem aufdringlichen Lärmen, Schauspielerei und jäher Wandelbarkeit, ist er im Grunde seines Wesens beständig, konservativ. Konservativ, selbst wenn er politisch links und ganz links steht. Gewisse Erscheinungen des Revolutionsjahres ändern an dieser Tatsache nichts. Leitpruch und Leitmotiv des Ostdeutschen sind: Ordnung muß sein. So ist es zu verstehen, daß der Umsturz ihn wie ein Schlag vor den Kopf traf. Fassunglos, gelähmt stand er den Ereignissen gegenüber. Es machte sich sehr bald ein Pessimismus breit, der um so unerträglicher, geradezu vernichtend wurde, je mehr der Ostdeutsche die äußeren Erscheinungen der Revolution am eigenen Leibe spüren mußte, als die Arbeiter- und Soldatenräte ihr Wesen, oder eigentlich Unwesen zu treiben begannen. Wer hat die revolutionäre Bewegung in Ostpreußen durchgeführt? Landfremde! Unsere Garnisonen waren überfüllt mit Leuten, hauptsächlich Elsässern, die man nicht mehr an die Front zu schicken wagte. In unseren kleinen Städten waren Hunderte von fremden Arbeitern beim Wiederaufbau beschäftigt. Sie stellten das Hauptkontingent zu den Arbeiter- und Soldatenräten. Freilich, bei den Arbeiterräten ließ sich das einheimische Element nicht ausschalten, das dann auch durchaus mäßigend

wirkte. Bei den Soldatenräten aber kamen die Einheimischen überhaupt nicht auf. Torheit und Bosheit, und leider auch ein gut Teil Verbrechertum machten sich in unerträglicher Weise breit. Der Ostpreuße fand sich in dieser Welt nicht mehr zurecht. Er nahm es schweigend hin, daß Ordnung und Recht zusammenstürzten, daß die eigenen, aus dem Felde heimkehrenden Landsleute von wildgewordenen Horden mißhandelt, ja mit Gewehrfeuer empfangen wurden. Er schwieg, aber der Glaube an das Deutsche Reich war dahin. Und wer sich noch aufraffen wollte, den schreckte ein Wort: Berlin.

Die Polen waren sich dessen wohl bewußt, daß die deutsche Widerstandskraft um die Wende des Jahres 1918 und im Anfang des folgenden Jahres vollkommen gelähmt war. Was hatte die Ostmark dem polnischen Vorstoß entgegenzusetzen? Verwirrung, Zerrissenheit, stumpfe Resignation. Sie wandten deshalb die von ihrem Standpunkt aus einzig richtige Taktik an, sie traten mit dreifester Sicherheit und Ungenierrtheit auf. Die Bewegung nahm ihren Ausgang von Warschau. Bereits am 7. Oktober 1918 erließ der Warschauer Regentschaftsrat, unbekümmert um die deutsche Besatzungsbehörde, einen Aufruf an das gesamte polnische Volk, in dem er unter Berufung auf Wilsons 14 Punkte einen unabhängigen polnischen Staat forderte, der alle polnischen Landesteile umfassen und einen gesicherten Zugang zum Meere besitzen mußte. Sehr bald, am 14. Oktober folgte ein Aufruf der preussischen Polen, der dieselben Forderungen enthielt. Noch schneller aber lernten es die Polen, ihre Forderungen ins Maßlose zu steigern. In einer Anwandlung von Aufrichtigkeit schrieb einige Monate später die Warschauer Zeitung „Dzennik Nowy“: „Die Lage sei für Polen so günstig, wie sie die heißblütigsten Patrioten in ihren verwegesten Träumen sich nicht hätten vorstellen können. Und doch herrsche in Polen die Furcht, daß der große Gewinn ebenso schnell wieder verloren gehen könne, wie er erzielt worden sei. Denn man sei sich dessen bewußt, daß Polen alle seine Errungenschaften nicht der eigenen Kraft, noch einer dauerhaften Festigung der Grundsätze des Rechtes und der Gerechtigkeit auf der Welt verdanke, sondern einer kapriziösen Konjunktur.“ Das Blatt war gut unterrichtet. Wie wir aus einer Veröffentlichung des polnischen Ministers Seyda wissen, hat es zweier Jahre unermüdlichen Bohrens in Paris bedurft, um die Entente für den polnischen Korridor zu ge-

winnen. Die Engländer und Amerikaner blieben lange fest und erklärten immer wieder, „schon aus den Namen allein ersähe man doch, daß Westpreußen ein uraltes deutsches Land wäre.“ Und als die Polen trotzdem immer wieder mit ihrer Forderung kamen, erklärten die gebildeten Engländer eines Tages ganz kategorisch, es wäre eine Unmöglichkeit, das Heimatland Kants vom deutschen Mutterlande zu trennen. Daß es schließlich anders kam, kann man in der That nicht besser als „kapriziöse Konjunktur“ bezeichnen.

Aber wie gesagt, wenn die Polen anfänglich selbst einen Schreck vor der Größe ihrer eigenen Forderungen bekamen, so haben sie ihn sehr rasch überwunden und vergessen, und ihr Temperament trieb sie schnell ins Maßlose. Am 25. Oktober meldete Korfanty im Deutschen Reichstag die polnischen Ansprüche an. Er wurde bereits deutlicher, als es die beiden Aufrufe gewesen waren: „Wir verlangen keinen Schritt deutschen Bodens (!), sondern nur die Wiedervereinigung der früheren Teile des Königreichs Polen, mit einer freien Meeresküste vom linken Weichselufer bis Hela. Es wird allerdings nicht zu vermeiden sein, daß Danzig das Schicksal der gemischtsprachigen (!) Landesteile erfährt.“ Am 1. November endlich traten die Polen mit ihrer Forderung der Volksabstimmung im Regierungsbezirk Allenstein (Masuren und Ermland) offen hervor. Und nun überstürzten sich die Ereignisse, als der Umsturz in Deutschland alles drunter und drüber warf. Die Polen suchten aus der ihnen plötzlich so günstig gewordenen politischen Lage herauszuschlagen, was überhaupt nur herauszuschlagen war. Als kluge Leute schmiedeten sie das Eisen, solange es heiß war. Vom 3. bis 6. Dezember fand bereits in Posen ein großer, allgemeiner Landtag der preußischen Polen statt. Am 15. Dezember brach die Warschauer Regierung die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reiche ab und erließ zwei Tage später einen Erlaß über die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung. Die Wahlen sollten ausgeschrieben werden in allen von Polen beanspruchten Gebieten, auch in den Abstimmungsgebieten! Die führenden polnischen Politiker waren augenscheinlich gute Kenner des hohen Rates der Bier in Paris und beurteilten auch die Lage im revolutionären Deutschland durchaus richtig. Ihre Taktik war: Tatsachen schaffen! Das übrige würde sich schon finden. Am 28. Dezember brach der Aufstand in Posen aus und in wenigen Tagen war fast die gesamte Provinz

Posen in polnischer Hand. Die deutsche Regierung, selbst in tausend Nöten, stand dieser reißenden Entwicklung der Dinge machtlos gegenüber. Einige Divisionen hätten genügt, den Aufstand im Keime zu ersticken und die Unantastbarkeit deutschen Gebietes bis zum Friedensschluß zu sichern. Aber Berlin wollte oder konnte keine militärischen Machtmittel anwenden, entsandte vielmehr Herrn v. Gerlach nach Posen, um zu verhandeln. Nun ist ja an und für sich der beste Verhandlungskünstler demjenigen von vornherein unterlegen, der die Lat auf seiner Seite hat. Was aber sollte wohl Herr v. Gerlach in Posen ausrichten, der, weil er die frühere preußische Polenpolitik von Grund aus verdammt, den Aufstand in Posen eigentlich als eine ganz gerechte Vergeltung ansah. Gewiß ist die preußische Polenpolitik viele Irrwege gegangen, aber wenn man sie noch so scharf verurteilt, darf man doch nicht übersehen, daß in der Provinz Posen ein deutsches Kulturwerk von gewaltigem Ausmaß geschaffen worden ist. Geschichtliche Begriffe veralten und sterben ab, politische Verhältnisse und Grenzen können sich ändern und verschieben, aber das Recht ist immer nur auf Seiten des Lebens, des lebendigen Kulturwerks. Es war eine Ungeheuerlichkeit, daß Westposen mit seinen zahlreichen Ortschaften von überwiegend, ja zum Teil rein deutscher Bevölkerung, mit seiner alles beherrschenden deutschen Kultur vom Stammlande dieser Kultur abgetrennt wurde. Heute sieht man bereits die Folgen. Herr v. Gerlach sah sie nicht voraus. Seine Mission mußte kläglich scheitern. Ist es verwunderlich, daß die Berliner Regierung wegen der Wahl gerade dieses Vertrauensmannes größtes Mißtrauen erntete und jegliches Vertrauen verlor? Es lief damals ein böses Wort durch die Ostmark, das hieß: „Die Sozialdemokraten verkaufen uns an die Polen!“

Der Aufstand in Posen aber hatte wenigstens eine gute Folge. Vorher hatte man im großen ganzen die polnischen Ansprüche für überspannte Phantastereien angesehen. Daß es wirklich ernst damit wäre, das konnte und wollte niemand wahr haben. Jetzt aber ging es doch wie ein Erschrecken durch Deutschland, und man begriff, daß der Feind nicht nur im Westen saß, wohin man immer wie gebannt blickte, sondern auch im Osten, daß die ganze Ostmark in höchster Gefahr stand, dem frisch auf den Plan tretenden Gegner in die Hände zu fallen. Die deutsche Militärmacht in Polen war ja längst zusammengebrochen. Ge-

wiß waren die polnischen Streitkräfte vorderhand nicht bedeutend, aber auf deutscher Seite hatte man nichts, was man ihnen hätte entgegenstellen können. In diesem Augenblick der höchsten Gefahr entschloß sich die deutsche Regierung endlich, einen Grenzschutz zu organisieren. Überall im Osten wurde zur Bildung von Freiwilligenkorps und Bürgerwehren aufgerufen. Hindenburg, der in Kolberg sein Hauptquartier aufschlug, übernahm den Oberbefehl. Sein Name bewährte sich als werbende Kraft. Es gelang, einen Grenzschutz aufzustellen, der wenigstens so viel militärische Stärke besaß, daß dem weiteren Vordringen der Polen ein Halt geboten werden konnte. An ein Wiedererobern des verlorenen deutschen Reichsgebietes war allerdings nicht zu denken. Zu solch einer planmäßigen Operation wäre der Grenzschutz nicht zu brauchen gewesen. Denn im großen ganzen erwies sich die Grenzschutzorganisation doch als ein Fehlschlag. Es drängten sich, wenn auch gewiß nur zum kleineren Teile, Elemente ein, denen gewiß nicht die Rettung des Vaterlandes so sehr am Herzen lag, als der eigene Vorteil und noch andere Dinge. Auf der andern Seite aber wurde die Organisation durch das Mißtrauen der sozialdemokratischen Kreise — ein Mißtrauen, das sie gegen alle Freiwilligenverbände hegten — gelähmt, ja geradezu hintertrieben. Daher mußte man froh sein, daß die Linie, die die Polen in der ersten Hälfte des Januar erreicht hatten, wenigstens gehalten werden konnte. Die Feindseligkeiten flammten freilich immer wieder auf, zogen sich hin und her, mit wechselnden, doch unbedeutenden Erfolgen, bis endlich auf den energischen Einspruch der deutschen Regierung die Entente sich bequeme, am 16. Februar einen Waffenstillstand zu vermitteln und eine Demarkationslinie festzusetzen. Diese Linie verlief längs der ost- und westpreussischen Grenze bis zur Weichsel, von dort südlich an Bromberg vorbei bis Schneidemühl, wo sie nach Süden und Südosten umbog und die schlesische Grenze erreichte. Fast die ganze Provinz Posen verblieb in polnischer Hand. An diese Demarkationslinie hat man damals in weiten Kreisen des deutschen Ostens die Hoffnung geknüpft, sie würde später die endgültige Grenze darstellen. Posen ging dabei freilich verloren, aber wenigstens Westpreußen und Bromberg wären gerettet gewesen und das Gespenst des Korridors verscheucht. Aber auch diese bescheidene Hoffnung erwies sich leider als trügerisch. Die Polen haben sich übrigens niemals vollkommen an den Waffenstillstand ge-

halten, noch die Demarkationslinie respektiert. Immer wieder flackerten Feindseligkeiten bald hier bald dort aufs neue auf. Am 5. März traf eine interalliierte Kommission in Kreuz ein, um die Einstellung der Feindseligkeiten endgültig durchzusetzen. Die Verhandlungen wurden dann noch in Posen fortgeführt, aber eine wirkliche Beruhigung vermochten sie nicht zu schaffen.

Die Erkenntnis der ungeheuren Gefahr und die Sorge um die Zukunft lasteten immer drückender auf der deutschen Ostmark. Die deutsche Regierung versuchte beruhigend zu wirken und die Zuversicht zu heben. Am 13. Januar erließ sie eine feierliche Kundgebung an die östlichen Provinzen, in der sie mit allem Nachdruck betonte, „deutsches Gebiet darf unter keinen Umständen aus dem Reichsverband ausscheiden“. Diese Kundgebung war wohl gut gemeint, aber etwas Rechtes anzufangen war mit ihr nicht. Denn am Kern der Sache ging sie vorbei. Polen und die Entente forderten ja gar nicht die Abtretung deutschen Gebietes, sondern sie bestritten den deutschen Charakter der Ostmark und beanspruchten sie aus diesem Grunde für Polen. Am 4. Februar trafen die Minister Hirsch und Ernst in Allenstein ein, um eine Aussprache über die Polengefahr und die Werbung von Freiwilligenkorps an Ort und Stelle vorzunehmen. Am 28. März endlich erklärte der Minister Erzberger in der Nationalversammlung zu Weimar: „Ostpreußen wird auf keinen Fall vom Reiche abgeschnürt. Wir wehren uns bis zum Äußersten.“ Die nachfolgenden Ereignisse haben dem zweifelnden Mißtrauen, das man allen diesen Regierungserklärungen und ihrer Wirksamkeit entgegenbrachte, Recht gegeben. Erfreulicher war, daß in der Ostmark selbst sich der Widerstand zu regen anfing. Im Bezirk Allenstein begann der Ostdeutsche Heimatdienst eine rührige Tätigkeit zu entfalten, in Westpreußen und im Netzebisdistrikt traten die deutschen Volksräte auf den Plan. Die deutschen Volksräte stellten den Versuch dar, alle Deutschgesinnten in Westpreußen und dem Netzebisdistrikt organisatorisch zu erfassen und zu einer Einheitsfront zu verschmelzen. Ein Versuch, der leider letzten Endes fehlgeschlagen ist, aus Gründen, auf die ich später noch einmal zurückkommen werde. Immerhin taten die deutschen Volksräte zunächst ihre Wirkung. Die Erregung in der deutschen Ostmark war in der zweiten Hälfte des März zur Siedehitze gestiegen. Es trat etwas wie ein nationales Erwachen

ein und drängte zur Tat. Wenn man den Worten und Kundgebungen trauen durfte, sogar zur Verzweiflungstat. Die Erregung war besonders durch folgende Nachrichten hervorgerufen. Die Verhandlungen der interalliierten Polenkommission in Posen, die sich immer noch um die Einstellung der Feindseligkeiten zwischen Polen und Deutschen bemühte, waren polnischerseits am 21. März abgebrochen worden. Zu gleicher Zeit traf die Nachricht ein, daß die in den französischen Heeresverbänden befindlichen Polen herausgezogen und zu einer Armee zusammengestellt wurden, die dem polnischen General Josef Haller als Kommandeur übergeben wurde. Die Entente verlangte nun für diese Armee freien Durchzug durch Westpreußen. Sie sollte zur See nach Danzig und von dort auf dem Landwege nach Polen heimbefördert werden. Endlich wurde bekannt, daß in Paris die Unterkommission für die deutsch-polnische Angelegenheit dem Rat der Vier vorgeschlagen hatte: Schaffung eines polnischen Korridors von der Weichsel bis zur pommerischen Grenze, Volksabstimmung in den Bezirken Allenstein und Marienwerder. Es ist begreiflich, daß diese Nachrichten wie ein Blitz einschlugen. Besonders dringend erschien die Gefahr, die durch die Hallerarmee drohte. Es war klar, daß die Landung von 40 000 Mann vorzüglich ausgerüsteter polnischer Truppen in Danzig ganz Westpreußen das Schicksal bereiten konnte, dem Posen bereits zum Opfer gefallen war. Diese Gefahr begriff ein jeder, und so raffte sich denn die ganze deutsche Ostmark zu einer machtvollen einheitlichen Kundgebung auf. Am Sonntag, den 30. März fanden in allen Städten und Dörfern der bedrohten Gebiete Protestumzüge statt, in Tausenden von sehr geharnischten Resolutionen und Reden kam der entschlossene Wille der deutschen Ostmark zum Ausdruck, sich nicht vergewaltigen zu lassen. Diese geschlossene Kundgebung machte doch Eindruck und verfehlte ihre Wirkung nicht. Die Entente nahm davon Abstand, die Hallerarmee über Danzig durch Westpreußen heimzubefördern, sie erklärte sich mit dem Landwege quer durch Deutschland einverstanden.

Die augenblickliche Gefahr war also glücklich abgeschlagen, aber das Verderben nahm doch seinen Lauf. Was half es, daß die Deutschen Westpreußens seine Härte wenigstens insofern zu mildern sich mühten, daß sie mit allem Nachdruck eine Volksabstimmung durchzudrücken versuchten. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker war ja nur ein leeres,

höhnendes Wort geworden. Als am 9. Mai die Friedensbedingungen bekannt gegeben wurden, da war das Ungeheuerliche, an das zu glauben man sich bis zur letzten Minute gesträubt hatte, grausame Wahrheit geworden. Fast ganz Westpreußen westlich der Weichsel, dazu der Netze-distrikt mit Bromberg sollten als Korridor zum Meere den Polen aus-geliefert werden. Den Bezirken Allenstein, Marienwerder und der Stadt Danzig hatte man wenigstens eine Gnadenfrist bewilligt, indem man die ersten zu Abstimmungsgebieten, Danzig zum Freistaat machte. Das war ein harter Schlag für die Ostdeutschen. Aber da der Mensch, wie Schiller sagt, noch am Grabe die Hoffnung aufpflanzt, so rafften sich auch die Ostdeutschen noch einmal auf. Es gab ja in der Tat noch eine Hoffnung. Diesen Frieden konnte keine deutsche Regierung unter-schreiben, da er einfach nicht zu erfüllen war. Die Hoffnung schien nicht zu trügen. Eine gewaltige Bewegung ging durch das ganze deutsche Volk. Massenkundgebungen und flammende Proteste jagten einander. Die Reichs-, wie die preussische Staatsregierung beteuerten, daß sie den deutschen Osten niemals preisgeben würden, und der Ministerpräsident Scheidemann gab die feierliche Erklärung ab, das Deutsche Reich würde diesen Frieden niemals unterzeichnen. Nicht weniger als drei Minister, Hirsch, Heine und Braun machten sich nach dem bedrohten Osten persönlich auf, reisten von Stadt zu Stadt, um in großen öffentlichen Volksversammlungen die feierliche Erklärung der Reichsregierung zu wiederholen und zu bekräftigen.

Die Stimmung in der Ostmark hob sich. Man verließ sich aber keineswegs auf die Berliner Regierung allein, sondern in dem richtigen Ge-fühl, daß man der Polengefahr gegenüber sich wohl werde selbst helfen müssen, rüstete man sich zur Tat. Der Ostdeutsche Heimatdienst und die deutschen Volksräte arbeiteten fieberhaft. Am 14. Mai fand in Danzig eine Tagung aller Volksräte und Heimatdienstorganisationen statt, um die Gemeinschaft der Arbeit und die Gleichheit des Vorgehens sicherzustellen. Wirksam unterstützt wurde die Bewegung durch die Bil-dung des Parlaments des Ostens. Sämtliche parlamentarischen Vertreter der Ostmark, sowohl der Deutschen Nationalversammlung wie des Preussischen Landtages konstituierten sich am 21. Mai im Landtags-hause in Berlin zum Ostdeutschen Parlament, das sich dann in einen Aktionsauschuß Nord für die Provinzen Ost- und Westpreußen und den

Regierungsbezirk Bromberg, und einen Aktionsausschuß Süd für Schlesien schied. Der Zweck dieses Ostparlaments war, die Möglichkeit zu schaffen, die dringenden Fragen des Ostens ohne Zeitverlust erledigen zu können, und sein Ziel, die bedrohten Gebiete des Ostens dem Deutschen Reiche zu erhalten. Der parlamentarische Aktionsausschuß Nord, der uns hier allein interessiert, schlug seinen Sitz in Danzig auf. Zu seinem Vorsitzenden wurde der sozialdemokratische Abgeordnete und Reichskommissar Gehl-Danzig gewählt, zum Geschäftsführer der auch später für das Deutschtum im Osten, insbesondere im Abstimmungsgebiet Marienwerder, tätige Zentrumsabgeordnete Dr. Fleischer. Parlamentarischer Aktionsausschuß, Deutscher Volksrat und Ostdeutscher Heimatdienst traten natürlich sofort in enge Fühlung. Am 27. Mai bereits fand eine gemeinschaftliche Tagung auf altherwürdigem, historischem Boden, im Remter der Marienburg statt. Der herrliche Bau, dieses steinerne Symbol der Kraft des deutschen Kulturgedankens, sollte Zeuge werden, daß deutsche Tatkraft und deutscher Mut noch nicht erloschen, sondern fester denn je entschlossen wären, alles einzusetzen für das Deutsche Reich, die deutsche Kultur und die deutsche Ehre. Der Gedanke war schön, aber leider entsprachen die Voraussetzungen nicht den Erwartungen. Das Ergebnis der Tagung war folgender Beschluß: Die Regelung der Ostgrenzfragen könnte in sachlicher Weise nur durch einen direkten deutsch-polnischen Ausgleich vorgenommen werden. Nur so ließe sich der Weg finden, der beiden Teilen gerecht würde. Sollte der Ausgleich aber abgelehnt werden, so würde die deutsche Bevölkerung ihre Rechte mit der Waffe in der Hand verteidigen.

Die frische Klarheit, die bei allem klugen Entgegenkommen doch feste Entschiedenheit wirkten gut und versprachen Günstiges. Der Entschluß, sich mit der Waffe in der Hand der Vergewaltigung zu widersetzen, war durchaus ernst gemeint und seine Ausführung bereits in die Wege geleitet. Im Falle der äußersten Not sollte er in die Tat umgesetzt werden durch die Bildung des Oststaates.

Das Oststaatprojekt hat seinerzeit und auch lange noch später, als es längst begraben war, viel Staub aufgewirbelt. Es ist viel darüber geredet, und leider auch von deutscher Seite, viel verdächtigt worden. Ist es heute wirklich noch notwendig, zu betonen, daß die Männer, die damals den Plan des Oststaates verfochten, keine Separationsbestre-

bungen im Auge hatten, ſondern nur alles, auch das verzeißeltſte Mittel anwenden wollten, um die deutſche Oſtmark dem Deutſchtum zu erhalten? Der Plan war, kurz gezeichnet, folgender. Falls, was damals ja noch zu hoffen war, die deutſche Regierung auf ihrer Weigerung, den Frieden zu unterzeichnen, beharrte, ſo war anzunehmen, daß Polen verſuchen würde, ſich die ihm zugesprochenen Gebiete gewaltſam anzueignen. Um ſich dem militäriſch widerſetzen zu können, ohne die Berliner Regierung mit der Verantwortung dafür der Entente gegenüber zu beſtaften, wollte man die vier Provinzen Oſtpreußen, Weſtpreußen, die Reſte von Poſen und Schleſien zuſammenschließen zu einem Staatsgebilde, dem deutſchen Oſtſtaat, der ſich formell ſelbſtändig machen und vom Deutſchen Reiche loſlöſen ſollte. Der Plan hatte, wenn er auch den Stempel der Verzeißlungſtat trug, doch vieles für ſich. Die Freiheit des Handelns den Polen und der Entente gegenüber wäre erreicht worden. Ein direktes militäriſches Eingreifen der Entente war kaum zu befürchten, ein Waffengang mit Polen nicht ausſichtslos. Dem Oſtſtaat hätten zur Verfügung geſtanden die Heeresgruppe v. Below, beſtehend aus dem 17. und 20. Armeeekorps, und der 4. Infanteriedivision, und ſicherlich eine große Zahl von Freiwilligenformationen. In der Tat hegte man damals in Waſchau die höchſte Beſorgnis und hatte weitestgehende Maßnahmen zur Verteidigung (!) getroffen.

Und doch iſt der Oſtſtaatsplan ſehr ſchnell zuſammengebrochen, aus äußeren und inneren Gründen. Der wichtigſte war natürlich der, daß die Hauptvorausſetzung, die Verweigerung der Friedensunterſchrift, ausfiel. Nach jäh aufflammender Begeiſterung für den Widerſtand hatte leider im Deutſchen Reiche ſehr bald ein anderer Wind zu wehen angefangen. In der Oſtmark verſpürten wir ihn zum erſten Male deutlich, als die Reichsregierung am 1. Juni folgenden Aufruf an die Oſtdeutſchen erließ:

„Die deutſchen Gegenvorſchläge ſind in Paris überreicht. Sie treten mit allem Ernſt und Nachdruck für das Verbleiben der deutſchen Landesteile im Oſten beim Reich ein. Sie führen den Nachweis, daß weder Oberſchleſien noch Weſtpreußen, weder Danzig noch Memel von Deutſchland losgeriſſen werden dürfen, und daß Oſtpreußen nicht verkümmern darf durch die Einſchiebung eines polniſchen Korridors zwiſchen deutſche Gebietsteile. Wer heute den Gegnern einen Vorwand für den Einmarsch

und die gewaltsame Besitzergreifung liefert, macht sich gegen seinen Willen zu ihren Bundesgenossen. Deutsche im Osten! Bewahrt das Reich vor dieser Lebensgefahr durch Ruhe und Disziplin. Laßt keine unruhigen Köpfe das Schicksal Deutschlands und vor allem des deutschen Ostens gefährden. Verhandlungen, nicht Kampf, das muß jetzt die Lösung sein. Werden unsere Gegenvorschläge abgelehnt, so wird die Reichsregierung ihre Entschlüsse für das Reich und das Deutschtum so fassen, wie es für das Leben des ganzen Volkes notwendig ist. Wir kennen unsere Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft.“ Das war ein deutlicher Wink, aber die Reichsregierung wurde sehr bald noch viel deutlicher. Es hatte da ein Pfarrer Mayska aus Schönwiese, den gleichen Erwägungen folgend, die den Oststaatplan hervorgerufen, einen ganz absonderlichen Plan ausgeheckt, die Gründung einer groß-ermländischen Republik. Sie sollte die bedrohten Gebiete Ost- und Westpreußens umfassen. Niemand nahm die Idee auch nur für einen Augenblick ernst, sie war verschwunden, ehe sie recht aufgetaucht war. Aber für die Reichsregierung, die irgendwie davon gehört hatte, wurde der kleine Zwischenfall der Anlaß, mit ganz grobem Geschütz aufzufahren. Sie warnte offiziell vor hochverräterischen Plänen und Hochverrättern in der Ostmark. Gefördert hat sie damit die deutsche Politik im Osten nicht. Denn mögen alle diese Pläne vom Oststaat, der groß-ermländischen Republik und Ähnliches falsch gewesen sein — was durchaus nicht meine Meinung ist — so mußte die Reichsregierung sich doch sagen, daß sie nur heißer und opferwilliger Vaterlandsliebe entsprungen waren. Die besten ostdeutschen Männer derart vor den Kopf zu stoßen, war, milde ausgedrückt, politisch unklug, war aber auch ein Zeichen dafür, daß man in Berlin nervös geworden war und die sichere Linie des Handelns verloren hatte. Und so war es ja in der Tat. Bereits am 20. Juni trat die Reichsregierung zurück und am 22. beschloß die Nationalversammlung die bedingungslose Unterzeichnung des Friedensdiktales. Damit waren alle hochfliegenden Pläne, alle Opferbereitschaft des deutschen Ostens ihrer Grundlage beraubt, der Oststaat war erledigt und Westpreußen verloren.

Es lief damals eine schwere Welle der Enttäuschung, der Verbitterung und des Schmerzes über die ganze Ostmark. Diesen Frieden hätte Ostdeutschland niemals unterschrieben. Hatten die West- und Süddeutschen

Furcht vor der feindlichen Besetzung? Nun, wir hatten in der Kriegszeit ohne Murren unser Ostpreußen dem Feind überlassen. Ging das Reich in Stücke? Gut, mochte es in Stücke gehen. Wer hätte wohl auf die Dauer das große deutsche Volk daran hindern können, sich sein Reich wiederaufzubauen! Aber durch diese Friedensunterzeichnung war unendlich Wertvolleres verloren, die deutsche Ehre. Wir hatten wider besseres Wissen vor aller Welt uns selbst als die Kriegsverbrecher beglaubigt. Diese von uns anerkannte Lüge mußte die unverfälschte Quelle werden, aus der alle unsere Feinde, selbst die winzigsten und minderwertigsten, immer aufs neue die wahnwitzigsten Forderungen herleiten würden, ohne daß wir uns wehren könnten. Denn sie hatten ja das Recht, unsere Unterschrift für sich. So dachte man im deutschen Osten, und war verbittert, verzweifelt.

Es wäre aber doch ein Irrtum, den Zusammenbruch der deutschen Oststaatspolitik allein dem Versagen der Deutschen Nationalversammlung zuzuschreiben. Man hätte den Oststaat auch gegen den Willen von Weimar und Berlin durchsetzen können, wenn die Ostmark eines besessen hätte, die nationale Geschlossenheit seiner gesamten Bevölkerung. Die war aber, trotz allen noch so machtvollen Kundgebungen und Massenprotesten nicht vorhanden. Es hatte den Anschein, als ob nach Bekanntwerden der Friedensbedingungen der Osten erwachte und eine allgemeine nationale Erhebung sich vorbereitete. Ein böses Vorzeichen war allerdings der am 21. Mai einsetzende Eisenbahnerstreik, der den ganzen Osten lähmte. Bedenklich war auch die Stellung der Unabhängigen. Doch durfte man hoffen, darüber hinwegzukommen, da ihre Zahl damals noch verschwindend gering war. Sehr bedenklich war, daß der parlamentarische Aktionsausschuß und die deutschen Volksräte, deren Führer Kaufmann=Danzig und Kleinow=Bromberg waren, sich auf die Dauer nicht zu zielbewußter gemeinsamer Arbeit zusammensuchen konnten. Diese Führer eines Volkes, das sich zum Kampf auf Tod und Leben rüstete, verzehrten ihre Kräfte in kleinlichen Reibereien, die sehr bald zu offener Feindschaft ausarteten. Ein unwürdiges, aber im deutschen Volke leider nicht seltenes Schauspiel. Ebenso schwerwiegend war, daß die deutschen Volksräte in Westpreußen sich nicht recht durchzusetzen vermochten. Es gelang ihnen nicht, die gesamte Bevölkerung auf das nationale Ziel hin zu organisieren. Das von Anfang an be-

stehende Mißtrauen der Sozialdemokratie wuchs sich sehr bald zu verstockter, endlich offener Gegnerschaft aus. Und in der That ging die Entwicklung der Volksräte dahin, daß sie sehr bald nur noch die rechtsstehenden Kreise des Deutschtums in sich vereinigten. Es steht mir nicht zu, zu entscheiden, wen die Schuld an dieser auf jeden Fall bedauerlichen Entwicklung traf. Aber die Tatsache bestand, man durfte sich ihr nicht verschließen. Die Sozialdemokratie ihrerseits spielte auch keine glückliche Rolle. Sie war sozusagen über Nacht durch die Revolution die stärkste Partei des Ostens geworden. Jeder Kenner der Ostmark war sich allerdings darüber klar, daß das nur geschehen war durch den Massenzulauf der parteipolitisch urteilslosen, ewig schwankenden Gestalten. Verständnis für Parteipolitik hatte in breiten Massen der ostdeutschen Bevölkerung noch keinen Eingang gefunden. So war die ostdeutsche Sozialdemokratie noch viel zu wenig in sich gefestigt und von den unvermeidlichen Schlacken gereinigt — die Allensteiner Sozialdemokraten hatten bei den Wahlen zur Nationalversammlung ein Bündnis mit den Polen geschlossen! — um eine zielbewußte, nun gar noch nationale Politik treiben zu können. Zwar schien die Tätigkeit des nachmaligen sozialdemokratischen Oberpräsidenten Winnig als Reichskommissar des Ostens eine günstige Wendung herbeizuführen. Als die Idee des Widerstandes des Oststaates bereits bedenklich an Zielsicherheit zu verlieren begann, am 15. Juni, erließ Winnig einen Aufruf, der wegen der mannhaften deutschen Gesinnung, die aus ihm spricht, es verdient, wörtlich angeführt zu werden. Er lautete: „Auch wenn die Regierung infolge ihrer Weigerung, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, gestürzt werden sollte, durch Leute, die zur Unterzeichnung bereit sind, so werden wir uns im Osten einer solchen Entscheidung nicht beugen. Der Kampf um unsere Behauptung im Osten wird schwer sein, aber er ist nicht aussichtslos, wenn die Bevölkerung nationale Disziplin hält und opferwillig das Letzte einsetzt. Wir werden die Waffen ergreifen, in dem Bewußtsein, so zu handeln, wie wir es unserem Volke und seiner Zukunft schuldig sind. Sollte es uns nicht möglich sein, durch unseren Widerstand das Reich zu retten, so retten wir doch wenigstens das Letzte und Schönste, was ein Volk zu verteidigen hat, die Ehre!“

Der Schritt Winnigs kam zu spät. Zwar hatte er den Erfolg, daß die Sozialdemokratie Ostpreußens sich endlich am 18. Juni zu der Er-

klärung aufraffte, die Friedensbedingungen wären für den Osten unannehmbar, und sogar bewaffneten Widerstand beschloß. Aber die allgemeine Verwirrung und Unsicherheit waren bereits zu stark angewachsen. Als dann vier Tage später die Nationalversammlung den Friedensvertrag annahm, fiel auch die ostpreussische Sozialdemokratie sofort um. Der in der Mehrheit sozialdemokratische Provinzialrat erklärte sich bereits am Tage darauf, am 23., gegen jeden Widerstand. Die Arbeiterschaft der Städte, die Eisenbahner drohten mit dem Streik, damit war die Widerstandskraft des deutschen Ostens gebrochen. Zwar versuchten einige der deutschen Führer noch ein letztes, den Kommandierenden der Heeresgruppe v. Below zu bewegen, trotz allem die Verteidigung in die Hand zu nehmen, aber General v. Below lehnte — mit Recht — ab, da er sich einen Erfolg für einen militärischen Widerstand nur versprach, wenn die gesamte Bevölkerung geschlossen hinter der Truppe stünde. Da das nicht der Fall wäre, könnte er seine Hand nicht dazu bieten, Tausende von Menschenleben nutz- und sinnlos zu opfern.

Alle einsichtigen Ostdeutschen mußten, so schmerzlich es war, dem General beipflichten. Die Verhältnisse waren wieder einmal stärker als der beste Wille. So war denn das Schicksal Westpreußens besiegelt, — und die Abstimmungsgebiete gingen einer dunklen Zukunft entgegen.

II. Das Abstimmungsgebiet Allenstein.

Der Artikel 94 des Versailler Friedensvertrages bestimmt folgendes: In der Zone zwischen der südlichen Grenze Ostpreußens, wie diese Grenze in dem Artikel 28 des Theiles II (Grenzen Deutschlands) des gegenwärtigen Vertrages festgesetzt ist, und der nachstehend beschriebenen Linie werden die Einwohner aufgefordert werden, durch Abstimmung zu bestimmen, welchem Staate sie angehören wollen:

West- und Nordgrenze des Regierungsbezirkes Allenstein bis zu ihrem Schnittpunkt mit der Grenze zwischen den Kreisen Mlekko und Angerburg, von dort die Nordgrenze des Kreises Mlekko bis zu ihrem Schnittpunkt mit der alten Grenze Ostpreußens.

Es erübrigt sich wohl zu sagen, daß diese Umgrenzung des Allensteiner Abstimmungsgebietes dem Charakter des Friedensvertrages entspricht. Sie ist vollkommen willkürlich und nur aus dem Gesichtspunkt heraus bestimmt, den Polen die größtmögliche Aussicht auf Erfolg bei der Abstimmung zu verschaffen. Auf politische, landschaftliche, geschichtliche Grenzen nimmt sie gar keine Rücksicht. Zwar umfaßt das Abstimmungsgebiet im wesentlichen den Regierungsbezirk Allenstein. Aber auf der einen Seite wurde ein Stück, die südwestliche Hälfte des Kreises Neidenburg von ihm ganz willkürlich abgetrennt, obwohl dieser Soldauer Bezirk sich seiner Bevölkerung nach in nichts von dem übrigen Südostpreußen unterscheidet. Auf der anderen Seite wurde noch ein Kreis des Regierungsbezirkes Gumbinnen, der Kreis Mlekko hinzugeschlagen. An landschaftliche Grenzen hielt man sich bei der Umgrenzung des Abstimmungsgebietes noch weniger. Den südlichen Teil Ostpreußens nennt man Masuren, weil er außer Deutschen das kleine Volk der Masuren beherbergt. In diese Landschaft schiebt sich wie ein breiter Keil von Norden das Ermland hinein, das die Kreise Allenstein, Rößfel, Heilsberg und Braunsberg umfaßt. Von beiden Landschaften hat man zur Abstimmung nur Teile zugelassen. Vom Ermland nur die südlichen Kreise Allenstein und Rößfel, von Masuren nur die

Kreise Osterode, Ortelsburg, Sensburg, Johannisburg, Lyck, Löben, Marggrabowa (Netzko) und die nordöstliche Hälfte des Kreises Neidenburg. Die masurischen Kreise Angerburg und Goldap wurden von der Abstimmung ausgeschlossen. Geschichtliche Gesichtspunkte konnten bei der Umgrenzung des Abstimmungsgebietes überhaupt keine Rolle spielen, da, vom Standpunkt der Geschichte betrachtet, die Abstimmung überhaupt ein Unding war. Denn das Allensteiner Abstimmungsgebiet ist niemals Bestandteil des polnischen Reiches gewesen, sondern hat stets mit Ausnahme der beiden ermländischen Kreise seit Anbeginn seiner Geschichte zu Preußen gehört.

Nun sind gewiß historische Gründe und historische Ansprüche an und für sich ein Unsinn. Man kann mit ihnen alles und nichts beweisen. Westpreußen ist dem Dunkel der Unkultur durch Deutsche entrissen worden. Es ist zweihundertfünfzig Jahre lang ein blühendes deutsches Land gewesen, dann ereilte es das Unglück, dreihundert Jahre lang unter polnischer Herrschaft verkommen zu müssen. In den nächsten hundertfünfzig Jahren erlangte es, dem Deutschen Reiche zurückgewonnen, die alte Blüte wieder. Wer hat nun ein historisches Recht auf das Land? Es ist also im Grunde genommen überflüssig, sich mit historischen Gründen, Ansprüchen und Rechten auseinanderzusetzen. Denn die Entwicklung der Völker kennt keine papiernen Verträge, und recht hat immer nur das Lebende, das was ist, nicht das, was in grauer Vergangenheit war. Da aber die Polen, um ihre Wünsche bei der Entente auszudrücken, sehr stark mit geschichtlichen Beweisführungen gearbeitet haben, so mag ein kurzer Überblick über die Geschichte unseres Abstimmungsgebietes darlegen, daß die Polen auch in diesem Punkte nur mit Hilfe von Fälschungen ihr Ziel erreichen konnten.

Die Geschichte unseres Abstimmungsgebietes ist unlösbar verbunden mit der Geschichte ganz Altpreußens, das heißt, des Gebietes, das die preußischen Provinzen Ost- und Westpreußen umfaßt. Es ist wohl allgemein bekannt, daß dieses Gebiet, bevor es dem Deutschtum gewonnen wurde, von den Pruuzen, die wir die alten Preußen nennen, bewohnt war. Ihre Sprache, wie auch alles, was die Geschichte von ihnen weiß, beweisen, daß diese Pruuzen weder Germanen noch Slawen, sondern Angehörige der lettischen Völkerfamilie, also Verwandte der

heutigen Letten und Litauer waren. Ein streitbares, kriegerisches Volk, setzten sie dem Siegeszug der europäisch-christlichen Kultur nach dem Osten jahrhundertlang einen unüberwindlichen Damm entgegen. Alle Bekehrungsversuche scheiterten. Der Bischof Adalbert von Prag, der sich wenigstens eines gewissen Anfangserfolges rühmen konnte, bezahlte ihn sehr bald mit dem Märtyrertode (im Jahre 997). Das Heidentum triumphierte und machte sich im Gegenstoß seinen südlichen Nachbarn, den christlichen Polen furchtbar. Vor allem hatte das polnische Herzogtum Masowien unter den immer wiederkehrenden Raubzügen der alten Preußen zu leiden. Der stetige Grenzkampf nahm schließlich einen so bedrohlichen Charakter an, daß im Anfang des 13. Jahrhunderts der damalige Herzog von Masowien, Konrad, sich gezwungen sah, fremde Hilfe zum Schutze seines Landes zu erbitten. Er suchte und fand sie bei dem Deutschen Ritterorden.

Der Deutsche Ritterorden war während des dritten Kreuzzuges als Krankenpflegerorden gegründet worden. Sehr bald aber (im Jahre 1198) wurde er in einen geistlichen Ritterorden umgewandelt, der sich die Bekämpfung der Heiden, die Bekehrung durch das Schwert, wo das Wort versagte, zur Aufgabe machte. Sein Tätigkeitsfeld lag zunächst in Palästina. Da es aber bereits damals sich immer klarer herausstellte, daß eine dauernde Behauptung des gelobten Landes trotz allen Anstrengungen der gesamten Christenwelt nicht zu verwirklichen war, so mochte der Hilferuf Konrads von Masowien dem Deutschen Ritterorden erwünscht kommen, da er ihm ein neues Tätigkeitsfeld eröffnete. Bevor er ihm jedoch Folge leistete, legte er in der vorsichtigsten Weise die rechtlichen Grundlagen für das Unternehmen fest. Er ließ sich von dem Deutschen Kaiser, unter Zustimmung des Papstes, das zu erobernde Preußenland als Lehen des Deutschen Reiches zusichern. Ein besonderer Vertrag mit dem polnischen Herzog grenzte das zu erobernde Gebiet Polen gegenüber ab, um auch hier für alle Zeiten klare und unzweideutige Verhältnisse zu schaffen. Dann erst machte sich der Orden ans Werk, um das ihm zugesprochene Land auch tatsächlich in seinen Besitz zu bringen. Im Jahre 1230 entsandte der Hochmeister Hermann von Salza ein kleines Ordensheer unter Führung des Ritters Hermann Balk an die Weichsel. In wechselvollen Kämpfen, aber schließlich doch siegreich, drang das Heer zunächst die Weichsel und Mogat

entlang in das Preußenland vor und unterwarf Stamm um Stamm. Der Kampf wurde von beiden Seiten mit äußerster Kraftanstrengung und Erbitterung geführt. Fünfzig Jahre lang wehrten sich die alten Preußen mit dem Mute der Verzweiflung, und oft genug schien das Unternehmen des Ordens endgültig gescheitert. Aber immer neu eintreffende Scharen von Kreuzfahrern aus dem Deutschen Reiche, wo mit Erlaubnis des Papstes das Kreuz gegen die heidnischen Preußen gepredigt wurde, gaben dem Orden die Machtmittel in die Hand, den harten Kampf siegreich durchzuführen. Als im Jahre 1283 der letzte große Aufstand der Preußen niedergeschlagen war, konnte der Besitz des Ordens als dauernd gesichert gelten. Und nun begann der Orden den Beweis zu erbringen, daß er nicht nur als Eroberer in das Land gekommen war, sondern als Kulturträger. Das ganze, weite Preußenland wurde eingedeutscht! Vom Orden gerufen strömten deutsche Bauern und Bürger aus allen deutschen Gauen herbei, um das mit den Waffen gewonnene Heidenland auch mit dem Pflug zu erobern, dem deutschen Gewerbe und Handel ein neues Arbeitsfeld zu erschließen. Um die zahlreichen Burgen herum, die der Orden zum Schutze des Landes erbaut und den Knoten eines dichten Netzes gleich über das ganze Gebiet verteilt hatte, erwachsen rasch aufblühende Städte. Das platte Land wurde ganz systematisch mit deutschen Bauern besiedelt. In kurzer Zeit war ein Kulturwerk ersten Ranges vollbracht. Als stolzes Wahrzeichen des deutschen Sieges, der Macht des deutschen Kulturgedankens und deutscher Tatkraft erstand am Ufer der Nogat die Marienburg, eine gewaltige Festung in erlesen künstlerischer Form. Ein glänzendes Sinnbild der Vereinigung von Macht und Kultur. Dorthin verlegte der Hochmeister des Ordens im Jahre 1309 seinen Sitz. Damit war auch äußerlich das große Werk vollendet.

Aber leider blieb es dem Orden versagt, das, was er mit genialem Geschick und bewunderungswürdiger Tatkraft geschaffen, auch für die Dauer zu erhalten. Bereits ein Jahrhundert später brach der Ordensstaat unter dem Ansturm seiner äußeren Feinde zusammen. Diese Feinde waren Polen und Litauer. Ein polnischer Herzog war es gewesen, der in der höchsten Not den Orden zur Hilfe herbeigerufen hatte. Als aber die Gefahr beseitigt, die Macht der Preußen vernichtet war, als in dem bisherigen Heidenlande sich ein deutscher Staat zu ungeahnter

Blüte zu entwickeln begann, da erwachte sehr bald Polens eifersüchtiger Neid. Die verborgene Spannung verstärkte sich, je mehr der Ordensstaat sich zur militärischen und wirtschaftlichen Macht ersten Ranges auswuchs, Polen seinerseits aber sich endlich zu einem Einheitsstaat durchrang. Die Gegnerschaft trat offen zutage, als es Polen im Jahre 1386 gelang, eine Verschmelzung mit Litauen herbeizuführen. Der Großfürst von Litauen vermählte sich mit der polnischen Thronerbin Jadwiga und bestieg als König Wladislaus II. den polnischen Thron. Nun sah sich der Orden vom Osten wie vom Süden aus bedroht. Vierundzwanzig Jahre später bereits kam es zum offenen Kampfe, in dem der Orden sich der vereinigten polnisch-litauischen Macht nicht gewachsen zeigte. Bei Tannenberg (1410) erlag das Ordensheer, der Hochmeister Ulrich von Jungingen verlor mit Tausenden seiner Ritter Schlacht und Leben. Zwar raffte sich der Orden unter Heinrich von Plauen noch einmal auf, die tatkräftig verteidigte Marienburg brach den polnisch-litauischen Siegeslauf, so daß der erste Friede von Thorn (1411) den Orden wenigstens vor Gebietsverlusten bewahrte. Aber die endgültige Entscheidung war damit nur aufgeschoben. Bereits im Jahre 1455 brach der Kampf von neuem aus und elf Jahre später sah sich der Orden gezwungen, den zweiten Frieden von Thorn (1466) zu unterzeichnen, der ihn der Hälfte seines Landesbesitzes beraubte und unter die Lehnsoberrhoheit des polnischen Königs zwang. Das Weichselgebiet, die nachmalige Provinz Westpreußen, wurde dem polnischen Staate einverleibt, das Bistum Ermland seiner Herrschaft unterstellt. Das übrigbleibende Gebiet, die nachmalige Provinz Ostpreußen, außer dem Ermlande, verblieb dem Orden, jedoch mußte der Hochmeister den König von Polen als seinen Lehnsheerrn anerkennen.

Der Zusammenbruch des Ordensstaates war vollständig. Der Sturz von der höchsten militärischen Machtstellung und wirtschaftlichen Blüte ging so jäh und überraschend vor sich, daß der äußere Gegner unmöglich allein ihn herbeiführen konnte. Und in der That hätte der Ordensstaat sich seiner äußeren Gegner erwehren können, wenn seine innere Entwicklung nicht den eigenen Verfall verursacht und die Kraft des Staatswesens untergraben hätte. Zwei Dinge sind es nun vor allem, die dem Orden zum Verhängnis wurden. Er hatte eine erstaunliche Tatkraft entwickelt, solange es seine ureigenste Aufgabe zu lösen galt, den Kampf

gegen das Heidentum. Als es aber keine Heiden mehr zu bekämpfen gab, als die harte Schulung, die erzieherische und ertüchtigende Wirkung der steten Kriegsfahrten in Fortfall kamen, verlor der Orden mit seinem Beruf sehr bald die innere Stärke. Nunmehr lag ihm nur noch ob, als souveräner Herrscher sein Gebiet zu verwalten und zu regieren. Gewiß eine hohe und dankbare Aufgabe, die unendlich Segensreiches schaffen konnte, aber für den Orden war sie zu klein. Sie konnte unmöglich die Schaffenskraft von Tausenden von Ordensrittern erschöpfen. Die Folge war, daß Müßiggang und Wohlleben in die Ordensburgen ihren Einzug hielten, die sich gar oft zu Sittenverderbtheit und Lasterhaftigkeit auswuchsen. Darunter begann natürlich sehr bald das Verhältnis zwischen dem Orden und seinen Untertanen zu leiden. Und hier kommt eine zweite Ursache für den Verfall des Ordensstaates hinzu. Der Orden hatte es nicht verstanden, in seinem eigenen Reiche bodenständig zu werden. Obwohl bereits zweihundert Jahre im Lande und Herrscher eines eigenen deutschen Gebietes, ergänzte er sich immer noch fast ausschließlich durch einen Nachwuchs, der nicht dem eigenen Gebiete, sondern dem fernen Süd- und Westdeutschland entstammte. So stand die Bevölkerung des Ordenslandes eigentlich unter einer Fremdherrschaft. Und sie begann sie als Fremdherrschaft zu empfinden, als nach dem Aufhören der Heidenfahrten der sittenstrenge, anspruchslose geistliche Kämpfer dem wohllebenden, regierenden Ritterherrscher wich. Der eingeseffene Adel des Ordensstaates war es, der sich zuerst dagegen auflehnte. Die Städte folgten ihrem Beispiel und machten dem Orden durch ihre Widerspenstigkeit schwer zu schaffen. Die ganze Zeit zwischen dem ersten und zweiten Thorner Frieden ist ausgefüllt mit diesem inneren Kampfe, der die Macht des Ordens brach und ihn den Polen unterliegen ließ.

Über die weiteren Schicksale des Ordenslandes ist nur kurz zu sagen, daß bereits sechzig Jahre nach dem verhängnisvollen zweiten Thorner Frieden die Ordensherrschaft ihr Ende fand. Der damalige Hochmeister Albrecht von Brandenburg führte die Reformation ein, trat selbst mit allen seinen Rittern dem lutherischen Bekenntnis bei und wandelte den Ordensstaat in ein weltliches Herzogtum Preußen um. Im Jahre 1618 fiel Preußen an Kurbrandenburg und 1657, im Frieden von Wehlau, befreite der Große Kurfürst das Herzogtum endgültig von der

polnischen Lehnsoberrhoheit. Im Jahre 1772, anlässlich der ersten Teilung Polens, wurden dann endlich die durch den zweiten Thorner Frieden auseinandergerissenen Teile des ehemaligen Ordenslandes wieder vereinigt.

Diese in großen Zügen geschilderte geschichtliche Entwicklung des Ordenslandes machte unser Abstimmungsgebiet Allenstein natürlich mit, da es ja von Anfang an zum Ordensstaate gehörte. Die heutige ostpreussisch-polnische Grenze besteht seit Gründung des Ordensstaates. Sie wurde im Frieden am Melnosee 1422 noch einmal ausdrücklich festgelegt und wurde niemals, weder von preussischer noch von polnischer Seite angefochten, obwohl doch im zweiten Thorner Frieden und auch später noch oft genug dazu Gelegenheit gewesen wäre, wenn der geringste Grund sich ergeben hätte. Ein solcher Grund ist aber niemals vorhanden gewesen. Erst jetzt im Weltkriege ist er vom Größenwahn polnischer Unerfättlichkeit künstlich konstruiert worden. Und worauf baut er sich auf? Nicht auf der Geschichte, sondern allein darauf, daß ein Teil der südostpreussischen Bevölkerung einen alten polnischen Dialekt als Umgangssprache gebraucht. Das ist gewiß eine nicht zu leugnende Tatsache, aber es ist sehr leicht zu erweisen, daß daraus sich noch längst nicht begründete Ansprüche Polens auf dieses Gebiet herleiten lassen.

Südostpreußen hat, wenn auch immer im Rahmen des alten Ordenslandes, doch eine etwas andere Entwicklung genommen als das übrige Ostpreußen. Zwei Kreise, die beiden Kreise Allenstein und Rößel, gehören ja zum Bistum Ermland, das durch den zweiten Thorner Frieden mitten aus Ostpreußen herausgerissen und gezwungen wurde, seinen eigenen Weg zu gehen. Das Bistum Ermland war auch vorher schon ein selbständiges Staatsgebilde von seiner Gründung im Jahre 1250 an. Der Bischof war souveräner Herrscher, ein deutscher Reichsfürst, der nur der Oberhoheit des jeweiligen Ordenshochmeisters unterstellt war. Nach dem zweiten Thorner Frieden ging die Oberhoheit auf den König von Polen über. Jedoch gelang es dem damaligen Bischof Paul von Legendorf gewisse Bedingungen Polen gegenüber durchzusetzen, die die Selbständigkeit des Bistums sicherstellen sollten. Der Bischof blieb deutscher Reichsfürst. Gewählt werden durfte er nur von dem ermländischen Domkapitel, er mußte selbst Ermländer, Einheimischer sein. Ein Pole war von der Wahl ausdrücklich ausgeschlossen. Zwar

haben die polnischen Könige sich später an diese Abmachungen nicht gehalten. Sie setzten einfach Polen als Bischöfe ein, waren allerdings bemüht, den Schein zu wahren, indem sie ein jedes Mal dem von ihnen dem Ermland aufgedrungenen Bischof das Indigenat, das heißt, den Charakter als Eingeborener verliehen. Das beweist, daß trotz den polnischen Bischöfen das Ermland niemals eine polnische Provinz war, wie es die Polen so gerne hinstellen möchten. Daher erklärt es sich auch, daß das Ermland nicht dem gleichen Schicksal, polonisiert zu werden, erlag wie Westpreußen, sondern vollkommen deutsch blieb. Eine Ausnahme davon macht nur der Kreis Allenstein und der südliche Grenzstrich des Kreises Rößel. Dieses ursprünglich ebenfalls rein deutsche Gebiet war infolge der Kriegswirren im 16. und der Pest im 17. Jahrhundert so entvölkert, daß zahlreiche Dörfer neu besiedelt werden mußten. Diese zweite Besiedlung erfolgte durch polnische Bauern. Ihre Nachfahren haben sich bis auf den heutigen Tag erhalten. Im Jahre 1772 verlor dann das Ermland seine staatliche Selbständigkeit und wurde in die Provinz Preußen eingefügt. Die jahrhundertelange Trennung hatte an dem deutschen Charakter des Ermlandes, mit Ausnahme der erwähnten polnischen Kolonien, nichts ändern können, wohl aber bewirkte sie, daß das Ermland sich der Reformation verschloß, die sich in dem übrigen Preußen restlos durchsetzte. Daher der merkwürdige Umstand, daß mitten in dem rein evangelischen Ostpreußen ein geschlossener Gau liegt, der eine rein katholische Bevölkerung aufweist.

Der andere, größere Teil des Abstimmungsgebietes, der die acht masurischen Kreise umfaßt, ist niemals von Ostpreußen getrennt gewesen. Und doch hat auch er eine etwas abweichende Entwicklung durchgemacht. Zurückzuführen ist sie auf die besondere Besiedlungsart, die der Orden in diesem Gebiete anwandte. Die Landschaft Masuren ist ihrer Länge nach durchzogen von dem uralisch-baltischen Höhenrücken, von den Kernsdorfer Höhen im Westen bis zu den Goldaper Bergen im Osten. Dieser Höhenzug mit seinen ungezählten Seen und undurchdringlichen Wäldern bot dem Orden eine vorzügliche, natürliche Verteidigungslinie gegen die Einfälle der Litauer dar. Er machte sie sich zunutze, indem er die undurchdringlichen Wälder zunächst als sogenannte Wildnis bestehen ließ und nur die wenigen, engen Durchlässe durch Berhaue und Wildburgen sperrte. Erst im 14. Jahrhundert, als

die ostpreussische Ebene bereits vollständig kolonisiert, mit deutschen Dörfern und Städten dicht bedeckt, der Ordensstaat vollkommen gesichert und die Gefahr der Litauereinfälle von Südosten her beseitigt war, machte sich der Orden ans Werk, auch die Wildnis zu erschließen. Zunächst legte er, nach bewährtem Muster, längs der preussisch-polnisch-litauischen Grenze eine Reihe von Burgen an, Soldau, Neidenburg, Ortelsburg, Johannisburg, Lyck, Dlesko und andere. Im Schutze dieser Burgen wuchsen sehr bald die gleichnamigen Städte empor. Dann ging man daran, Schritt für Schritt, im Umkreis der Städte die Wildnis zu roden und in den Lichtungen Bauern anzusiedeln. Aber, es gelang jetzt dem Orden nicht mehr, auch für diesen Teil seines Gebietes eine genügende Anzahl deutscher Kolonisten zu gewinnen. Der Zustrom der deutschen Kolonisten aus dem Reiche, der im 13. und noch im Anfange des 14. Jahrhunderts so reichlich geflossen war, versiegte allmählich. Außerdem vermochte natürlich die Wildnis nicht die Anziehungskraft auszuüben, wie die weite ostpreussische Ebene mit ihrem fruchtbaren Boden und ihren fetten Weiden. So kam es, daß sich zwar genügend deutsche Bürger für die Wildnisstädte fanden, das platte Land aber nur strichweise und selbst dort sehr dünn besiedelt wurde. Allerdings hatte sich in der Wildnis ein verhältnismäßig starker Rest der Urbevölkerung, der alten Preußen, erhalten. Im ganzen übrigen Ordenslande waren sie durch den erbitterten fünfzigjährigen Kampf fast gänzlich ausgerottet worden, die geringen übrigbleibenden Reste sind im Laufe der nächsten drei Jahrhunderte ausgestorben oder, allerdings nur zu einem kleinen Teil, in der deutschen Bevölkerung aufgegangen. Die Besiedelung der Wildnis machte also zunächst nur sehr geringe Fortschritte. Da setzte im 15. und 16. Jahrhundert, mit Wissen und Willen der Hochmeister, eine Einwanderung polnischer Kolonisten von Süden her ein. Es war ja noch reichlich Platz für sie vorhanden. Sie siedelten sich ausschließlich auf dem Lande an, die Städte waren und blieben von Deutschen bevölkert. Im 16. Jahrhundert sitzen also in dem Gebiet der alten Wildnis altpreussische, deutsche und polnische Bauern nebeneinander. Den Zusammenhang mit ihrem Stammlande verloren die polnischen Kolonisten sehr bald und gänzlich durch den gewichtigen Umstand, daß sie im Verein mit ihren preussischen und deutschen Nachbarn das lutherische Bekenntnis annahmen. Sie wurden glaubens-

eifrige Protestanten, während die Polen eifrige Anhänger des katholischen Bekenntnisses blieben. Damit war das Land zwischen diesseits und jenseits der preußisch-polnischen Grenze ein für allemal durchschnitten. Die Gleichheit des Bekenntnisses bei den altpreussischen, deutschen und polnischen Siedlern der Wildnis führte nun im Laufe der nächsten beiden Jahrhunderte dazu, daß unter diesen drei Volkssplintern, obwohl sie drei ganz verschiedenen Völkerfamilien angehörten, ein Verschmelzungsprozeß durch Blutmischung vor sich ging, der an ihrer Stelle ein ganz neues Volk entstehen ließ, das kleine Völkchen der Masuren. Seine Sprache war ein mit deutschen Elementen sehr stark durchsetztes Polnisch, das die Entwicklung des Hochpolnischen nicht mitmachte und sich auch nicht zur Schriftsprache durchzuringen vermochte. Sie blieb nur Umgangssprache und hat einen nur geringen Wortbestand aufzuweisen. Die Durchsetzung mit deutschen Sprachelementen nahm natürlich in der Neuzeit immer stärker zu. Die Schriftsprache ist durchweg das Deutsche.

Dieser kleine Ausflug in die Geschichte Altpreußens, des ehemaligen Ordenslandes, wird genügen, um die verzwickten Bevölkerungs- und Sprachverhältnisse zu erklären, wie sie im Abstimmungsgebiete Allenstein vorliegen. Das Gebiet zählt 603 179 Einwohner. Seine 22 Städte sind von einer fast rein deutschen Bevölkerung bewohnt. Auf dem Lande hingegen finden wir in den ermländischen Kreisen Allenstein und Rößel eine rein deutsche, katholische Bevölkerung neben den ebenfalls katholischen polnischen Ermländern, die ein Mischvolk aus deutschen und polnischen Elementen darstellen, sich als Umgangssprache eines verordneten, mit deutschen Wörtern noch mehr als das Masurische durchsetzten polnischen Dialektes bedienen. In den masurischen Kreisen ist die Bevölkerung evangelischen Bekenntnisses. Sie ist zur Hälfte etwa deutsch. Die andere Hälfte, in einigen Kreisen etwas mehr, in anderen etwas weniger, machen die Masuren aus. Daneben gibt es, vor allem in den westlichen Kreisen einige kleine Inseln mit echt polnischer, katholischer Bevölkerung. Sie sind aber zahlenmäßig so geringfügig, daß sie für den Charakter des Abstimmungsgebietes nicht von Bedeutung sind. In Erscheinung getreten sind sie nur im Kreise Osterode, wo an der Westgrenze, die ja heute ostpreussisch-polnische Grenze ist, sich ein Duzend Ansiedlungsbörfer mit zum Teil überwiegend polnischer Bevölkerung befinden. Drei von ihnen haben wir an Polen abtreten

müssen. Und wem verdanken wir das? Als Kuriosum sei es mitgeteilt, einer preußischen Behörde, der Generalkommission, die seinerzeit aus wer weiß welchen krausen Erwägungen heraus diese Ansiedlungen schuf und dazu ausgerechnet westpreussische polnische Bauern verwandte.

Die Bevölkerungs-, Sprachen- und Konfessionellen Verhältnisse in unserem Abstimmungsgebiet sind also in der Tat reichlich verwickelt. Sie genau zu kennen, war natürlich unbedingte Voraussetzung für eine aussichtsreiche Propaganda, sofern es gelingen sollte, diese so buntgewürfelte Bevölkerung unter einer einheitlichen Parole zu sammeln und ihr dadurch die notwendige Geschlossenheit und Stoßkraft zu geben. Der Erfolg blühte der deutschen Propaganda, weil sie ausschließlich in den Händen einheimischer, bodenständiger Männer lag, während die Polen nur Landfremde, Warschauer, Posener, Galizier einzusetzen vermochten.

Daß das Abstimmungsgebiet Allenstein den Polen eine sehr willkommene Beute gewesen wäre, ist begreiflich. Dank der preußischen Fürsorge für diesen seinen ursprünglich ärmsten Bezirk hat er in den letzten 70 Jahren eine ungeahnte Blüte erreicht. Die Landwirtschaft steht in hoher Kultur und hat es verstanden, selbst den armseligsten Sandboden in fruchttragende Acker zu verwandeln. Den wertvollsten Schatz des Landes aber stellen seine Waldungen dar. Es sind da von der alten Wildnis recht stattliche Reste übriggeblieben. Die Johannisburger Heide, die Forsten im Süden von Allenstein. Die Holzindustrie hat sich infolgedessen sehr kräftig entwickelt. Für die Erschließung dieser natürlichen Reichtümer ist gesorgt durch ein dichtes Eisenbahnnetz und zwei Kanäle, den oberländischen und den masurischen Kanal. Einen wichtigen, gewinnbringenden Erwerbszweig bildet auch die Fischerei. Masuren ist ja wie übersät mit zahllosen, sehr fischreichen Seen. Wald und Seen bilden aber nicht nur die Quellen des Reichtums unseres Landes, sie verleihen ihm auch, im Verein mit den, bald sanft, bald steil gewellten Hügelketten einen besonderen Charakter. Masuren ist eine Landschaft von einer ganz eigenartigen, reizvollen Schönheit.

III. Die polnische Propaganda setzt ein.

Das glänzende Ergebnis der Abstimmung im Allensteiner Gebiet, 97,5 Prozent deutsche gegen nur 2,5 Prozent polnische Stimmen, hat im ganzen Deutschen Reiche viel ehrliche Freude erregt, aber andererseits doch eine ganz irrtümliche Anschauung von dem Stand der Dinge bei uns aufkommen lassen. Man stellte sich die Sache so vor, daß es sich in unserem Abstimmungsgebiet um eine rein deutsche Bevölkerung handelte, die, sehr aner kennenswerterweise, den Mut gehabt hätte, ihr Deutschtum mannhaft zu bekennen. So einfach lag das Problem der Abstimmung denn doch nicht, und im Interesse der Zukunft unseres Gebietes liegt es, daß diese irrtümliche Auffassung richtiggestellt wird. Das Problem, das zu lösen war, war folgendes: Die Polen beanspruchten das Gebiet, weil sie behaupteten, die Ermländer und Masuren wären Polen. Die deutsche Propaganda hatte demnach den Beweis zu erbringen, daß die Masuren und Ermländer keineswegs Polen, sondern ein kleiner Volksstamm für sich wären, obwohl sie als Umgangssprache eine dem Polnischen verwandte Sprache gebrauchten. Ein Volksstamm, der im übrigen durch die Bande der gemeinsamen geschichtlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung mit dem übrigen, rein deutschen Ostpreußen unlösbar verwachsen wäre. Dieser Beweis ist in vollstem Umfange gelungen.

Die leitenden Köpfe der polnischen Propaganda waren sich im übrigen dessen wohl bewußt, daß ihre Behauptung, Masuren und Ermländer wären Polen, nur auf recht schwachen Füßen stünde. Sie drehten sie deshalb, als die Abstimmung erst einmal eine beschlossene Sache war, sehr bald dahin ab, daß es sich um „unaufgeklärte“, germanisierte Polen handele. Daraus leiteten sie dann die unmöglichsten Forderungen her. Sie verlangten, das Abstimmungsgebiet sollte 150 Jahre unter polnische Verwaltung gestellt werden, damit der ursprüngliche Zustand, das heißt, der Zustand vor der Germanisation, wiederhergestellt werde. Dann erst sollte die Abstimmung stattfinden. Diese, nur einigen ganz Übergeschnappten Gehirnen entsprungene Forderung wurde schließlich von

den Polen selbst auf fünf Jahre polnischer Verwaltung ermäßigt. Im Friedensvertrage war eine Frist für die Abstimmung nicht gesetzt. Dagegen war wohl eine Verwaltung des Gebietes durch eine interalliierte Kommission vorgesehen. Bot diese Bestimmung eine Garantie dafür, daß polnische Beamte, polnisches Militär nicht hinzugezogen würden? Keineswegs. Es mußte von uns mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß unter dem Deckmantel der interalliierten Verwaltung polnische Machthaber jahrelang würden schalten und walten können. Das Vorgehen der Polen auf dieses Ziel hin, das natürlich mit möglichst viel Lärm und Geschrei eingeleitet und begleitet wurde, war sehr wohl berechnet und verfehlte seine Wirkung nicht. Die Bevölkerung des Abstimmungsgebietes wurde noch mehr eingeschüchtert, als sie schon an und für sich, infolge der im 1. Kapitel geschilderten Vorgänge in der Ostmark war. Diese allgemeine Niedergeschlagenheit nach Kräften noch zu verstärken und auszunutzen, war zunächst das Hauptziel der Polen.

Sie hatten sich ganz im stillen für den Propagandafeldzug vorbereitet. Am 1. November 1918 war es bekannt geworden, daß Polen die Volksabstimmung in Masuren und Ermland forderte. Sofort, noch an dem gleichen Tage, fand in Allenstein eine große Volksversammlung statt, die gegen die polnischen Ansprüche sehr energisch protestierte. Die Resolution wurde eingebracht von dem damaligen Vorsitzenden der Zentrumsparlei, Dr. DeKowski=Alenstein. Die Wirkung dieser Kundgebung wurde aber zunichte gemacht durch das unglaublich törichte Verhalten des Arbeiter- und Soldatenrates — die Hauptschreier waren Elsässer — der am 9. November die Herrschaft in Allenstein an sich riß und bereits am 13. sich mit einer öffentlichen Mitteilung an die „polnische Bevölkerung“ wandte. Er ersuchte darin um ihr Vertrauen und bat sie, keine voreiligen Schritte zu tun. Am 24. November eilte dann wie ein Lauffeuer durch die Stadt die Nachricht, der polnische Volksrat hätte auf dem Marktplatz eine öffentliche polnische Volksversammlung abgehalten. Nun, allzuviel Teilnehmer mögen es nicht gewesen sein, aber die Tatsache war nun einmal da, das Gerede von den Forderungen der Polen war greifbare Wirklichkeit geworden. Sie waren mitten unter uns und hatten das Signal zum Kampfe gegeben.

Das war eine böse Überraschung für die deutsche Stadt Allenstein. Wer hatte vorher etwas von polnischen Volksräten gehört! Man er-

innerte sich zwar dunkel, daß vor einem Vierteljahrhundert die Kreise Allenstein und Köffel durch einen Polen im Reichstag vertreten wurden. Man wußte auch, daß es in Allenstein eine polnische Zeitung, die „Gazeta Nisztynska“ und in Ortelsburg den „Mazur“ gab. Es war auch in der Presse hin und wieder davon die Rede gewesen, daß schon wieder ein deutsches Gut in polnische Hände übergegangen war, aber wie weit diese heimliche, sozusagen unterirdische Bühlarbeit der Polen fortgeschritten war, darüber hatte das breite Publikum keinerlei bestimmte Anschauung. Daher war die Überraschung fast noch größer als die Bestürzung, als auf einmal, mitten im Lande, ein polnisches Volk, anscheinend wohl organisiert, auftauchte.

Der erste Schlag der Polen war entschieden gelungen. Er war ihnen natürlich dadurch sehr erleichtert worden, daß sie über die Vorgänge in Paris gut unterrichtet waren, während ganz Deutschland noch immer in einer Welt des Scheines lebte. Sie hatten daher Zeit gehabt, ihre Vorbereitungen zu treffen. In Allenstein hatte sich ganz im stillen ein Volksrat für das Ermland und in Ortelsburg ein Volksrat für Masuren gebildet. Natürlich waren diese Volksräte keine gewählten Körperschaften, sondern eine Anzahl polnisch gesinnter Männer hatte sich zusammengefunden, um die polnische Propaganda in die Hand zu nehmen, und nannte sich Volksrat. Die leitenden Köpfe im Allensteiner Volksrat waren die vier Geistlichen, Pfarrer Barczewski=Braunswalde, Pfarrer Dżinski=Buttrienen, Pfarrer Bilitewski=Gr. Kleeberg, Pfarrer Poetsch=Klaufendorf, ferner der Redakteur der „Gazeta Nisztynska“, Stanislaus Nowakowski u. a. In Masuren war die Seele der polnischen Bewegung Kasimir Jaroszyk, Redakteur des „Mazur“ in Ortelsburg. Dort begann aber der Angriff sehr viel später, als im Ermland, da man sich sagte, daß dem evangelischen Volke der Masuren gegenüber sehr umfassende Vorbereitungen notwendig sein würden, wenn man auf Erfolg rechnen wollte. Im Ermland dagegen schlug man sofort nach Ausbruch der Revolution los und erreichte in der Tat beträchtliche Anfangserfolge.

Es war ja selbstverständlich, daß der polnische Volksrat die durch die Revolutionswirren geschaffene Lage nach Kräften auszunutzen suchte. Und die sogenannten deutschen Revolutionsbehörden, die Arbeiter- und Soldatenräte halfen ihnen dabei, so gut sie es nur in unbewußter Dumm-

heit oder bewußter Böswilligkeit vermochten. An der ersten polnischen Volksversammlung am 24. November 1918 nahmen auch Mitglieder des Soldatenrates teil, die erklärten, die sozialistische Republik Deutschland würde die gerechten Ansprüche der Polen unterstützen. Im Januar 1919 begab sich sogar eine Abordnung des XX. Armeekorps (Allenstein) nach Posen, um aus eigener Machtvollkommenheit mit dem Obersten Polnischen Volksrat zu verhandeln. Und leider gab es damals in Deutschland keine Staatsgewalt, die diese Leute als Hochverräter hätte zur Verantwortung ziehen können.

Die polnische Regierung in Warschau und der Oberste Polnische Volksrat für die preußischen Teilgebiete in Posen taten natürlich auch alles, um den polnischen Vorstoß in unserem Gebiet zu unterstützen, genau nach dem Rezept: die Verwirrung in unserer Bevölkerung zu vermehren, sie durch Drohungen einzuschüchtern. Auf dem Landtag für die polnische Bevölkerung Preußens, der am 3. bis 6. Dezember 1918 in Posen stattfand, mußten nicht weniger als 21 Abgeordnete aus Süd-ermland erscheinen, an ihrer Spitze die Pfarrer Barczewski und Bilitewski. In schwungvollen Reden wurden Ermland und Masuren als die endlich heimkehrenden Töchter der großpolnischen Mutter gefeiert. Als wenige Tage darauf, am 17. Dezember, die polnische Regierung den Erlaß für die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung herausgab, enthielt sie die Bestimmung über einen Wahlbezirk Allenstein, der die Wahlkreise Osterode, Allenstein, Neidenburg, Köffel, Lyck, Johannisburg, Soldau, Ortelsburg, Löbau und Rosenberg umfassen sollte. Man verfügte also bereits über deutsches Gebiet. Mit welcher Unverfrorenheit das geschah, mag folgender Brief beweisen, den der Oberbürgermeister der Stadt Allenstein am 8. März 1919 vom Obersten Polnischen Volksrat in Posen erhielt. Das kostbare Schreiben lautet:

Kommissariat des
Obersten Volksrates.

Poznan, den 20. II. 1919.

An das Bezirksamt (Landratsamt, Regierung)

Allenstein.

Dem Bezirksamt (Landratsamt, Regierung) werden Verfügungen (!) des Kommissariats des Obersten Volksrates in polnischer

und deutscher Sprache zugesandt und dem Herrn Bezirksamtman (Regierungspräsident oder Landrat) anheimgestellt, sie in seinem amtlichen (!) Organ zu veröffentlichen.

Pressedezernat des Obersten Volksrates.

Der Kriegszustand, der zwischen Polen und Deutschland herrschte, wurde natürlich auch nach Kräften ausgenutzt, um die deutschgesinnte Bevölkerung unseres Bezirks zu ängstigen. Wie eine schwere Wetterwolke lagerte dauernd die Drohung eines polnischen Einfalls am Horizont, künstlich genährt durch absichtlich ausgestreute, irreführende Gerüchte. Durch kleine Grenzzwischenfälle, z. B. den polnischen Grenzübergriff am 18. Februar 1919 im Kreise Johannisburg, half man nach, sobald es zweckmäßig schien.

War es da zu verwundern, daß die Bevölkerung allmählich mürbe wurde, an Widerstandskraft einbüßte, und die Polen sich im Lande ein immer dreisteres Auftreten erlauben konnten? Sie begannen in den Dörfern Propagandaversammlungen abzuhalten. Als Redner traten dabei besonders auf der Redakteur Nowakowski, die Brüder Wienienzny, ein Student der Theologie Czodrowski und ein ehemaliger preußischer Lehrer Sossna, genannt der Professor Sossna. Mit welchen Mitteln man dabei arbeitete, erhellt aus folgendem Schreiben, das der Volksrat von Ermland, Vorsitzender Pfarrer Barczewski-Braunswalde, am 24. Dezember 1918 an das polnische Unterkommisariat für Ostpreußen, Westpreußen und Pommern richtete. Es heißt darin: „Man muß hier den Mantel der Religion benutzen, wenn man nicht umsonst arbeiten soll,“ und weiter: „Unsere Rasse muß gestärkt werden!“ Die längsten Ausführungen vermögen das Wesen der polnischen Propaganda nicht klarer darzustellen, als diese beiden kurzen Sätze. Mißbrauch der Religion für politische Zwecke und die Macht des Geldes, der Bestechung, der Korruption, und schließlich noch das Schreckgespenst der Drohungen sollten zum Ziele führen. In der Tat lief die Weisheit der polnischen Propaganda letzten Endes fast ausschließlich darauf hinaus, diese verwerflichen Mittel anzuwenden, die Religion zu mißbrauchen, möglichst viele Anhänger zu kaufen und die Widerstrebenden durch Drohungen wankend zu machen. Die polnische Geistlichkeit stellte sich, ganz im Gegensatz zur deutschen, vollkommen

in den Dienst der Propaganda. Die polnische Presse triefte von widerwärtiger Frömmerei, widerwärtig, weil man wußte, daß z. B. der Redakteur der „Gazeta Dłztyńska“ ein überzeugter Sozialist war, also wirklich nur den Mantel der Religion sich umgehängt hätte. In jeder polnischen Versammlung wurden Kirchengesänge entweiht. Ja schließlich holte man aus Polen eine Schauspielerbande herbei, die vor einem schnapstrinkenden und zigarrenrauchenden Publikum in den Dorfgasthäusern ein Stück aufführte, „Die Verteidigung Czestochaus“, in dem eine Messe zelebriert und das Kreuzifix auf die Bühne geschleppt wurde. Die Macht des Geldes wurde in ähnlich unbedenklicher Weise zur Propaganda vorgespannt. Man kann, ohne allzu große Übertreibung sagen, daß gegen Ende der Abstimmungsperiode fast alle Anhänger der Polen, ehrliche wie unehrliche, mit einem festen Monatsgehalt von 1000 Mark als „Agitatoren“ angestellt waren. Und man muß anerkennen, daß der polnische Staat ungeheure Opfer brachte. Daß es sich, trotz Friedensvertrag, um polnische Staatsgelder handelte, dafür kann jederzeit der Nachweis erbracht werden. Von den Drohmitteln, deren sich die polnische Propaganda bediente, war am gefährlichsten das folgende. Durch Gerüchte, die immer wieder genährt und geschürt wurden, versuchte man der gesamten Bevölkerung des Abstimmungsgebietes die Überzeugung beizubringen, daß die Abstimmung nur ein Scheinmanöver wäre. Tatsächlich wäre über das Gebiet schon längst in Paris die Entscheidung getroffen — natürlich zugunsten Polens. Es wäre also gefährlich, sich für das Deutschtum einzusetzen, denn die Polen führten sogenannte schwarze Listen, in denen alle Verfechter des Deutschtums aufgezeichnet wurden, um sie nach dem Anfall des Gebietes an Polen zur Rechenschaft zu ziehen. Mit keinem ihrer Propagandamittel haben die Polen so viel Erfolg gehabt, wie gerade mit diesem, da es auf die damalige Stimmung in der deutschgesinnten Bevölkerung vorzüglich berechnet war. Nach diesem Friedensvertrag, nach dem Umfall der deutschen Regierung und der Nationalversammlung war man nur zu sehr geneigt, auf nichts mehr zu bauen und nur noch an das Schlimmste zu glauben. Dieses schleichende Gerücht und Gerede wirkte wie ein zersetzendes Gift. In den Städten tauchten, wie beim Kriegsausbruch, wieder zahlreiche Möbelwagen in den Straßen auf, als äußere Zeichen des schwindenden Mutes und der allgemeinen Niedergedrückttheit. Vor-

sichtige Leute packten ihre Wertsachen ein und schickten sie fort, ganz vorsichtige verließen mit Sack und Pack den heißgewordenen Boden des Abstimmungsgebietes.

Und die Polen arbeiteten mit Hochdruck. Sie gaben ihrer Zeitung eine deutsche Beilage bei und bewiesen nun tagtäglich in polnischer und deutscher Sprache, in den Zeitungen wie in zahlreichen Flugblättern, daß Deutschland ein für allemal erledigt wäre; daß die Masuren und Ermländer echte Polen wären, wenn sie es auch bisher, durch die deutschen Schulen dumm gemacht, nicht begriffen hätten; daß die Preußen ihre schlimmsten Unterdrücker gewesen wären, obwohl sie das, ebenfalls aus reiner Dummheit, niemals gemerkt hätten. Nun aber stände ihnen eine glänzende Zukunft bevor, denn Polen sei das Land der wahren Freiheit, das Land der unermesslichen Bodenschätze, die größte Macht Europas usw. usw. Daneben wurden die polnischen Versammlungen immer zahlreicher und immer zahlreicher auch die Schar der fremden Agitatoren, die von drüben, aus Polen, herüberkamen. In Allenstein gründete man eine polnische Schule unter Leitung des „Professors“ Sossna, um in Schnellkursen von ein paar Wochen polnische Lehrer und Lehrerinnen auszubilden. Und schließlich errichtete man in Warschau, wo sich die Zentraleitung der Propaganda in beiden ostpreussischen Abstimmungsgebieten befand, eine Agitatorenschule, die ganz methodisch, wenn auch nur sehr mangelhaft, alle möglichen Leute zu Agitatoren ausbildete.

Und was hatte man alledem von deutscher Seite entgegenzustellen? Wenig, sehr wenig. Die politischen Parteien? Sie waren nach der Revolution noch viel zu wenig in sich gefestigt, um den nationalen Kampf auf sich nehmen zu können. Die damals im Abstimmungsgebiet stärkste Partei, die sozialdemokratische, schied zunächst ganz aus, da sie, wahrscheinlich infolge des unheilvollen Einflusses des Soldatenrates, für die Wahlen zur Nationalversammlung und den Preußenwahlen sogar ein Wahlbündnis mit den Polen abgeschlossen hatte! Die Polen hatten sich wohlweislich gehütet, für diese Wahlen eigene Kandidaten aufzustellen. Dadurch wäre ja nur die geringe Zahl ihrer Anhänger zutage getreten. Aber der sozialdemokratischen Partei Wahlhilfe zu leisten und sie auf diese Weise für sich einzufangen, dazu waren sie bereit. In der Tat hatte die sozialdemokratische Partei sich in dem Wahlab-

kommen schriftlich verpflichtet, für die „gerechten“ Ansprüche der Polen einzutreten. Von den übrigen Parteien war es das Zentrum, das wenigstens den Versuch machte, im Ermland der polnischen Agitation entgegenzutreten. Allerdings nicht mit viel Erfolg. Seine Tätigkeit wurde von vornherein gelähmt durch die Haltung der deutschen katholischen Geistlichkeit. Die polnische Geistlichkeit hatte sich unbedenklich in den Dienst der Propaganda gestellt. Sie war unsere gefährlichste Gegnerin, da man ihr schlecht beikommen und immer nur mit großer Vorsicht gegen sie vorgehen konnte. Die deutsche katholische Geistlichkeit, mit sehr wenigen Ausnahmen, besonders einiger junger Kaplanen, konnte sich zu einer positiven Stellungnahme nicht entschließen. Sie blieb neutral. Nun verlangte gewiß niemand von ihr, daß sie sich propagandistisch betätigen sollte. Aber leider ging die Neutralität in vielen Fällen soweit, daß nicht einmal mehr die eigene Gemeinde von ihrem Pfarrer wußte, ob er ein Deutscher oder ein Pole wäre. Dann aber traf die Zentrumsparlei noch ein schwerer Schlag. Der Vorsitzende der Ortsgruppe der Hauptstadt Allenstein, Dr. De Kowski, jener selbe Mann, der noch vor wenigen Monaten, in der großen deutschen Protestversammlung vom 1. November 1918 die scharfe Resolution gegen die „polnische Anmaßung“ eingebracht hatte, fiel ab und schwenkte in das Polenlager hinüber.

Wer blieb also noch übrig, um sich der polnischen Flut entgegenzustemmen? Die Presse. Von den Lokalblättern schlugen sich einige recht tapfer, doch hatten sie alle damals sehr stark unter Papiermangel zu leiden. Die größte Tageszeitung aber im Bezirke, die „Allensteiner Zeitung“ (28 000 Auflage) nahm eine Haltung ein, die fast an die Möbelwagen auf den Straßen erinnerte. Sie hat die deutsche Propaganda schwer gehemmt und erst wenige Monate vor der Abstimmung entdeckte sie, daß unser Gebiet doch wohl nicht an Polen fallen würde. Da wurde sie sogar angriffslustig. Um so erfreulicher und erfrischender war die Haltung der zweitgrößten Zeitung, des „Allensteiner Volksblattes“ und seines leitenden Redakteurs, Carl Stephan. Diesem wackeren deutschen Manne hat das Abstimmungsgebiet sehr viel zu danken. Vom ersten Augenblick an, da die Polen mit ihren Ansprüchen auf Ermland und Masuren hervortraten, trat er auf den Plan und nahm den Kampf auf. Und nicht zaghaft, sondern mit kräftigen Streichen. Aber leider war das Wirkungsfeld des „Allensteiner Volksblattes“, da es ein Zen-

trumsblatt ist, auf das katholische Ermland beschränkt. Ihm mußte also Hilfe gebracht werden, und diese Hilfe kam. Es war allerdings die höchste Zeit, denn die Kreistagswahlen im Kreise Allenstein, dem für die Abstimmung ausschlaggebenden Kreise, hatten (am 4. Mai) für die Deutschen eine böse Überraschung gebracht, nur 7258 deutsche gegen 4185 polnische Stimmen. Nicht, daß damit 11 Polen gegen 20 Deutsche in den Kreistag einzogen, war das Bedenkliche, sondern der Umstand, daß mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten sich vor der Wahl gedrückt hatten. Das war das böse Zeichen.

IV. Die deutsche Gegenwehr. Ostdeutscher Heimat-
dienst. Masuren- und Ermländerbund.

Anders als in dem katholischen Ermland lagen die Verhältnisse in Masuren. Wie bereits einmal gesagt wurde, waren sich die Polen vollkommen dessen bewußt, daß Lügen kurze Weine haben, und daß das angebliche Polentum der Masuren nur eine polnische Erfindung war. Sie machten sich also darauf gefaßt, daß nur eine lange Bearbeitung der Bevölkerung in den masurischen Kreisen einen Erfolg zeitigen könnte. Man verschob also die Propagandatätigkeit großen Stils bis zur Übernahme der Verwaltung durch die interalliierte Kommission. In Masuren selbst blieb es bis zu diesem Zeitpunkt verhältnismäßig still. Man gründete zwar in Ortelsburg einen Volksrat, aber er wagte sich nicht recht hervor. Nur Herr Kasimir Zaroszyk, der Redakteur der in Ortelsburg erscheinenden polnischen Zeitung „Mazur“, legte sich gewaltig ins Zeug. Er schrieb und schrieb unentwegt immer dieselben Schmähungen gegen alles Deutsche und Lobeshymnen auf Polen. Als ihm dabei das Mißgeschick zustieß, daß er wegen einer gar zu groben Dreistigkeit vier Wochen lang eingesperrt wurde, nutzte er die funkelneue Märtyrerkrone, als er entlassen war, mit aller Macht aus. Sie gefiel ihm augenscheinlich so sehr, daß er sie ein ganzes Jahr lang jede Woche zweimal seinen Lesern vorsezte, zum Beweis, wie brutal das masurische Volk von der „Kreuzritterlichen Faust“ der Preußen unterdrückt wurde. Dabei war er natürlich gar kein Masure, sondern ein waschechter katholischer Pole aus Posen. Seine Zeitung war übrigens nur ein winziges Blättchen von etwa 500 Auflage. Eine Wirkung konnte es also nur in sehr beschränktem Maße ausüben. Doch in einer Beziehung war es unschätzbar, nämlich als unerschöpfliche Quelle, die dem deutschen Propagandablatt, den „Ostdeutschen Nachrichten“, den Stoff für unzählige witzige Geschichten und humoristische Artikel lieferte. „Herr Kasimir“ ist durch die Ostdeutschen Nachrichten ein in weitesten

Kreisen berühmter, fast möchte man sagen beliebter Mann geworden. Davor bewahrte ihn alles Loben nicht.

Während also in Masuren selbst von der polnischen Propagandatätigkeit vorläufig nach außen hin nicht viel zu merken war, arbeitete man um so eifriger in Warschau, um alle Vorbereitungen für den großen Generalangriff zu treffen, der mit dem Eintreffen der interalliierten Abstimmungskommission einsetzen und Jahre lang dauern sollte. Man hatte in Warschau zwei Komitees eingerichtet, das Komitet warminski für Ermland und Westpreußen und das Komitet mazurski für Masuren. An der Spitze des masurischen Komitees stand der polnische evangelische Generalsuperintendent Bursche in Warschau. Die erste Tat dieses Komitees war die, daß sie im April des Jahres 1919 sich drei Masuren kaufte, und zwar den Besitzer G. Linka aus Bawrochen und die Brüder J. und N. Zapattka. Diese edlen Patrioten schaffte man heimlich über die Grenze und schickte sie zum Hohen Rat nach Paris, unter Führung des Posener Apothekers Lewandowski, den an Masuren insofern freundschaftliche Bande knüpften, als er sich dreimal als Reichstagskandidat den Masuren dargeboten, aber schmählich durchgefallen war. In Paris wurde die Deputation tatsächlich, wie man aus französischen Zeitungen erfuhr, irgend jemandem vorgestellt. Die Drei sagten ihr Sprüchlein masurisch her, Herr Zenon Lewandowski stand entzückt dabei und rief ein über das andere Mal: „Sehen Sie, meine Herren, sie sprechen genau so wie wir. Genau so wie wir!“ Natürlich hatte kein Mensch verstanden, was die drei Schelme hergesagt hatten, aber — immer nach den Berichten der französischen Zeitungen — soll es der unbeugsame Wille des masurischen Volkes gewesen sein, unter allen Umständen polnische Untertanen zu werden. Nach ihrer Rückkehr wurden die Drei verhaftet und ihnen wegen Landesverrats der Prozeß gemacht. Bei der Verhandlung beteuerten sie, daß sie in Paris gerade das Gegenteil gesagt hätten, nämlich daß sie keine Polen werden wollten, aber man verurteilte sie doch, da man in ihren Taschen bei der Verhaftung noch einige tausend Zarenrubel gefunden hatte. So klug waren diese Geschäftspatrioten gewesen, daß sie sich kein polnisches Geld anhängen ließen. Sie wurden übrigens sehr bald, auf Befehl (1) des Marschalls Foch, aus der Haft entlassen.

Ob dieser erste Streich des masurischen Komitees mit dazu beigetragen hat, daß Masuren der Abstimmung unterworfen wurde, läßt sich schwer sagen, sein Ausklang war auf jeden Fall nicht rühmlich und warf ein neues grelles Licht auf die skrupellose Art der polnischen Propaganda. Auch in Masuren sollte genau mit denselben Mitteln, wie im Ermland, gearbeitet werden, Mißbrauch der Religion, Bestechung, Bedrohung. Den Sommer und Herbst des Jahres 1919 benutzte das masurische Komitee, um möglichst viele Agitatoren auf der Agitatorenschule in Warschau auszubilden und ein umfassendes Programm aufzustellen. Mit welcher echt polnischen Großzügigkeit man die Propaganda in Masuren durchzuführen gedachte, das beweist nachstehende Etatsaufstellung, die es verdient, der Kuriosität halber festgehalten zu werden.

Etats-Aufstellung.

A. Ständige Ausgaben (monatlich).

1. Personal.

1. Hauptkanzlei:

13 Personen in der Zentrale 15 000 M.

2. Organisationsabteilung:

11 Personen in der Zentrale, 24 in der Provinz, Zentrale 1 Leiter, 1 Referent für geographische Organisation (!), Beamtenstamm, nationaler Export und Import, 1 Referent für Unternehmungen und Hilfsmittel, wie Banken, Berufs-Volksfänger (!), Wanderschauspiele, Kinematographen, 1 Referat für Ausbildung, 4 Kanzleihilfskräfte, 2 Stenotypistinnen, 1 Bote, in der Provinz 8 Volksfänger, 8 Kreisleiter, 8 Sekretäre 30 000 M.

3. Agitationsabteilung:

11 Personen in der Zentrale, 352 in der Provinz. In der Zentrale: 1 Leiter, 1 Stellvertreter, 1 Sekretär, 1 Referent Osten, 1 Referent Westen, 2 Stenotypistinnen, 2 Boten, 2 Expedienten, (1300 M.); in der Provinz: 320 Lokalagitatoren, 32 Bezirksagitatoren,

Summa: 45 000 M.

Übertrag: 45 000 M.

ihre Gehalt: monatlich 1000 M., 150 M. Zulage für die Frau, 60 M. für jedes Kind unter 14 Jahren, durchschnittlich mit den Kosten für Reisespesen je 1300 M. 470 600 M.

4. Wirtschaftsabteilung:

35 Personen in der Zentrale, 1 in Warschau in der Zentrale, 1 Leiter der Abteilung, 1 Vertreter, 1 Sekretär, 1 Buchhalter, 2 Buchhaltergehilfen, 1 Hauptkassierer, 2 Kassierergehilfen, 1 Verwalter der Staatsgüter (Häuser, Druckerei, Säle, Autos, Dampfmühlen usw.), 2 Gehilfen, 1 Postmeister, 3 Expedienten (Korresp.), Agitationsmaterial, 1 Referat für Reisen (Eisenbahn, Autos, Räder, Vorspann, Wasser-, Dampfboote, Kurierdienst außerhalb und innerhalb), 1 Quartiermeister, Quartiere für Gäste, Ausflüge, Besuche usw., 1 Referat für Verpflegung und 2 Gehilfen, Verbindung mit den Kreisbehörden und Privatunternehmern, Organisation des Zusammenwirkens, 5 Chauffeure, 2 Kuriere, 4 Stenotypistinnen und anderes Hilfspersonal, 3 in Warschau, Verbindungsmann mit dem ländw. Ministerium 30 000 M.

5. Presseabteilung:

34 in der Zentrale, 3 in der Provinz, 1 Leiter, 1 Archivar, 1 Bibliothekar, 1 Hilfskraft für Zeitungsauschnitte, 1 Referat: Rapporte an die Regierung, an den Staatspräsidenten und Vertreter der Entente, Bedienung der Presse durch Artikel, Aufsätze, Telegramme, Presseberichte, 2 Stenotypistinnen, 6 Redakteure, Hilfsarbeiter und Personal der deutschen Zeitung (Masurenpost), 2 Sachverständige für Dialektzensur, 10 Schriftsetzer, 8 Zeitungsarbeiter und Einleger, 8 Lokalredakteure in der Provinz 40 000 M.

Summa: 585 600 M.

Übertrag: 585 600 M.

6. Reiseabteilung:

5 in der Zentrale, 5 in Warschau in der Zentrale,
 1 Leiter, 1 Verlagsredakteur, 1 Reiseleiter (Erleichterungen, Verpflegung, Quartiermeister), 1 Referent: Verbindungsmann mit dem Verein für Meereskunde (!), Anwerbung von Mitgliedern usw., Ausbildungskurse in Ortelsburg, in Warschau, Führer der Kursisten in Polen, 1 Schreibmaschinendame, in Warschau 4 Professoren in den Kursen 10 000 M.

Anderere.

1. Hauptkanzlei (Ausgaben in anderen Abteilungen).

2. Organisationsabteilung:

- | | |
|---|-----------|
| 1. Ausbildungskurse 3—4 Vortragende | 5 000 M. |
| 2. Gerätschaften für die Kurse | 5 000 M. |
| 3. Reise der Lehrer nach Warschau durchschnittlich je 20 Personen monatlich 20 M. | 1 000 M. |
| 4. Reise nach Warschau und zurück zu den Kursen der Ausbildung 360 Personen im Jahr — 30 monatlich pro 100 M. | 3 000 M. |
| 5. Kosten für durchschnittl. 100 Versamml. à 100 M. | 10 000 M. |
| 6. Einrichtung eines ständigen Wandertheaters gemeinsam mit dem Komitee in Ermland | 20 000 M. |
| 7. Vorträge mit Lichtbildern, Vorlesungen, Geräte, Unkosten und Reise | 3 000 M. |
| 8. Telephongebühren | 3 000 M. |
| 9. Geschenk Polens ungefähr 400 Kursisten zu 300 M. für die Person, 12 000 M. jährlich (Verpflegung und Gehalt) | 10 000 M. |
| 10. Unterhalt der Kursisten (liegt im Gehalt). | |

3. Agitationsabteilung:

Die Ausgaben sind bei den anderen Abteilungen berücksichtigt.

Summa: 655 600 M.

Übertrag: 655 600 M.

4. Wirtschaftsabteilung:

1. Expedition: Fracht	25 000 M.
Büchererwerb erfolgt durch 342 Agitatoren	300 000 M.
2. Eisenbahnbillette, Vorspann, Quartier	10 000 M.
3. Kurierdienst	2 000 M.
4. Autobenzin	10 000 M.
5. Heizung und Bedienung des Dampfers (wird sich durch Passagierbillette selbst bezahlen.) (Sehr hübsch gesagt!)	
6. Kosten der Verpflegung (wird durch den Verkauf der Produkte sich decken müssen).	
7. Bureauutensilien	4 000 M.
8. Beleuchtung und Beheizung in den Zentralen	20 000 M.
9. Unterhaltung der Häuser, des Dampfers, Autos, Räder	15 000 M.

5. Presseabteilung:

1. Bibliothek	500 M.
2. Zeitungsabonnements	500 M.
3. Telegraphenbureau (Ausland)	2 000 M.
4. Veröffentlichungen und Artikel in der deutschen Presse	10 000 M.
5. Honorar für Autoren pp.	1 000 M.
6. Druck der Broschüren und Zeitungen (in der eigenen Druckerei in Ortelsburg)	—
7. Papierverbrauch	30 000 M.
8. Redaktion siehe Personal	—
9. Setzer siehe Personal	—
10. Wagenfett, Unterhaltung der Druckerei	3 000 M.
11. Papier „Mazur“, Masurenpost	30 000 M.
12. Expedition, Verwaltung des „Mazur“ und der Masurenpost (wird sich durch die Abonnenten bezahlen!)	

Summa: 1 118 600 M.

Übertrag: 1 118 000 M.

6. Reiseabteilung:

1. Druckmaterial pp.	—
2. Reklame in der Presse	5 000 M.
3. Sonstige Reklame	5 000 M.
4. Reisen der Masuren in Polen	—
5. Verpflegungserleichterungen	—
6. Reisekartenerleichterungen für 20 000 Touristen im Jahre 1920	—

Summa: 1 128 600 M.

Einmalige Ausgaben.

1. Schulgerätschaften und Bücher für den Ausbildungs- kursus	2 000 M.
2. Reklame-Apparat	—
3. 50 Räder	25 000 M.
4. Kinos	50 000 M.
5. Einrichtung der Bureaus, Umbau der Lokale	500 000 M.
6. Bibliothek der Zentrale und Redaktion	10 000 M.
7. Ankauf von Häusern: 6 Häuser in Ortelsburg, darunter 1 Hotel, à 120 000—720 000 M., 20 Häuser in Nikolaiken, Löben, Rudezanny, Rhein à 100 000—2 000 000 M. Erweiterung der Druckerei in Ortelsburg. Ein Dampfsboot für die masurischen Gewässer 300 000 M.	3 120 000 M.
	<u>3 707 000 M.</u>

Als dieses Programm nach wochenlanger Arbeit endlich im Oktober 1919 fertiggestellt und drei Tage später der deutschen Propaganda-
leitung bekannt war, vermochte es nur Heiterkeit zu erregen. Es sprach
so deutlich aus ihm, daß die Leute, die das Programm aufgestellt
hatten, von Land und Leuten in Masuren keine Ahnung hatten. Mit
denen würde die von Tag zu Tag sich festigende deutsche Propaganda-
organisation schon fertig werden. Viel mehr Besorgnis erregte es
von Anfang an, daß an der Spitze des masurischen Komitees in

Warschau der Mann stand, dessen Name an sich ein Programm bedeutete, der Generalsuperintendent Julius Bursche.

In der evangelischen Kirche Polens, die fast ausschließlich sich auf die dort lebenden Deutschen stützte, hatte Bursche seit Jahren eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Sein zügelloser Ehrgeiz, unterstützt von einem unbedenklichen, schwartigen Gewissen, machte ihn zu einem Konjunkturpolitiker schlimmster Art. Die deutsche Abstammung — im Anfang seiner Laufbahn haperte es noch stark mit seinem Polnisch — hinderte ihn nicht, sich zum Träger der Polonisierungsbestrebungen unter den Deutschen in Polen aufzuschwingen. Das Ziel seines Ehrgeizes war, polnisch evangelischer Bischof zu werden. Als im Weltkrieg Kongresspolen unter deutscher Verwaltung stand, näherte er sich natürlich den deutschen Machthabern. Er erklärte sich bereit, in dem von ihnen gewünschten Sinne zu wirken, wenn ihm dafür eine bescheidene Forderung erfüllt würde. Man sollte ihm nur den Bischofstitel verleihen und nur den Vorsitz im Konsistorium und der Synode übertragen. Die deutsche Besatzungsbehörde ging jedoch nicht darauf ein, da der Widerstand gegen Bursche in den evangelischen Gemeinden zu stark war. Als dann das Ende der deutschen Macht in Warschau anbrach, wurde Bursche sofort wieder der glühende polnische Patriot. Er eilte nach Paris, um dort alle Bedenken zu zerstreuen, die sich gegen die Angliederung großer deutsch-evangelischer Volksteile an Polen erhoben hatten. Wider besseres Wissen gab er dort die Erklärung ab, daß die Evangelischen in Polen sich so vollkommener Freiheit erfreuten, daß sie auf eine Festlegung ihrer Rechte als Minderheit keinen Wert legten. Ebenso wider besseres Wissen, denn ein Jahr vorher hatte er öffentlich das Gegenteil bekannt, war seine Behauptung, daß die Masuren gute Polen wären und nur den einen Wunsch hätten, recht bald in den polnischen Staat aufgenommen zu werden. Bursches Auftreten in Paris hat ohne Zweifel schwerwiegende Folgen für die deutsche Ostmark gehabt, da ihm von deutscher Seite niemand direkt entgegengetreten konnte, andererseits seine Eigenschaft als Oberhaupt der evangelischen Kirche in Polen seinen Behauptungen das nötige Gewicht verlieh. Beweggrund für sein Verhalten war die kalte, nüchterne Rechnung, daß, je mehr Evangelische — Deutsche, Masuren, Schlesier, wer es auch sei — dem polnischen Staate eingegliedert würden, seine eigene Stellung

und Person desto mehr an Macht gewinnen würden. Bursche konnte in der That für uns ein gefährlicher Bursche werden, denn es war vorauszusehen, daß er mit allen Mitteln danach trachten würde, die halbe Million Evangelischer in Masuren in sein Netz zu bekommen.

Der erste Beweis war ja da. Bursche, der Geistliche, der Generalsuperintendent, hatte persönlich die Leitung des masurischen Komitees, das heißt der Propaganda in Masuren übernommen. Er verschob damit von vornherein die Propaganda auf das religiöse Gebiet, mit kluger Berechnung, da ihm wohl bekannt war, daß die Masuren gut kirchengläubig und eifrige Protestanten sind. Zu seiner Unterstützung gründete er noch eine Abstimmungsvereinigung evangelischer Polen, die zunächst durch Flugblätter in Masuren Stimmung zu machen versuchte. Mit welch seltsamen Gedankensprüngen man den Masuren beizukommen hoffte, dafür sei nur folgendes als Beispiel angeführt. Man versuchte, ganz im Ernst, unseren Landsleuten weiszumachen, daß, wenn die 500 000 Evangelischen Masurens den Evangelischen in Polen angegeschlossen würden, die evangelische Kirche mit den besten Hoffnungen daran gehen könnte, ganz Polen dem evangelischen Bekenntnis zu erobern. Bursche selbst hatte die Absicht, nach dem Eintreffen der internationalen Kommission im Abstimmungsgebiet, sich persönlich dorthin zu begeben und an Ort und Stelle zu wirken. Das masurische Komitee sollte nach Ortelsburg verlegt und dann sofort die Flut der Zeitungen, Flugblätter, das Heer der Agitatoren und Volkslieder auf Masuren losgelassen werden. Die meiste Wirkung — mit Recht — versprach sich aber Bursche davon, daß er eine größere Anzahl evangelisch-polnischer Geistlicher herbeirufen wollte, die in Gemeinschaft mit ihm in den Kirchen predigen sollten. Die Erlaubnis dazu hoffte er mit Hilfe der Kommission erzwingen zu können. Was da gepredigt worden wäre, kann man sich lebhaft vorstellen.

Aus allen diesen schönen und, ich gestehe es, gefährlichen Plänen des Herrn Generalsuperintendenten Bursche ist nichts geworden. Er selbst hat es nicht mehr gewagt, nach Masuren zu kommen, selbst als die Kommission regierte. Denn schon vorher waren ihm alle Waffen aus der Hand geschlagen worden durch die große Propagandaorganisation des Ostdeutschen Heimatdienstes und des Masuren- und Ermländerbundes.

Die Gefahr, die gerade durch Bursche drohte, war frühzeitig erkannt worden. Bereits am 19. November 1918 wies der ostpreussische Generalsuperintendent Gennrich in einem Rundschreiben an die Superintendenten Masurens darauf hin, und empfahl überall Elternabende und Aufklärungsabende zu veranstalten. Er selbst wollte es sich angelegen sein lassen, dafür zu sorgen, daß alle die zahlreichen verwaisten Pfarrstellen besetzt würden, eine schwierige, aber um so wichtigere Aufgabe. Die Anregung des Generalsuperintendenten blieb leider im allgemeinen doch nur eine Anregung. Die Gefahr für Masuren in ihrer ganzen Größe erkannt zu haben und diese Erkenntnis in die Tat umzusetzen, das war das Verdienst des Johannisburger Superintendenten Paul Hensel. Er stieß den Alarmruf aus, der alle aufhorchen ließ. Am 22. März 1919 erließ Hensel durch die Zeitungen und Flugblätter einen Aufruf, der auf die schwere, Masuren drohende Gefahr, aufmerksam machte und alle Masuren aufforderte, zur Verteidigung der Heimat sich zusammenzuschließen zu einem Masurenbunde. Zu einer Organisation hat sich dieser Henselsche Masurenbund nicht auswachsen können. Hensel lag zunächst daran, möglichst rasch die Bevölkerung Masurens zu einer einheitlichen Willensäußerung zusammenzubekommen. Er verzichtete daher vorderhand, eine Organisation zu schaffen, sondern ließ, vor allem mit Hilfe der Lehrer, durch Versammlungen, und, wo diese nicht so rasch als wünschenswert ins Werk gesetzt werden konnten, einfach durch Umfrage in sämtlichen Dörfern Masurens feststellen, wieviele Bewohner sich für das Verbleiben Masurens bei Deutschland einzusetzen bereit waren. Die Zählung ergab 144 447 Stimmen. Die Absicht Hensels war, mit dieser Stimmenzahl auf die Pariser Verhandlungen einzuwirken. Um diese Wirkung noch zu unterstützen, verfaßte Hensel eine kurze Broschüre: Masuren ohne Zweifel nicht polnisch! Diese Broschüre, deutsch und ins Englische übersetzt, wurde in Paris dem Obersten Rat überreicht. Zu gleicher Zeit legte Hensel im Namen des Masurenbundes feierlichst vor aller Welt Protest ein gegen eine etwaige Vergewaltigung und Auslieferung Masurens an Polen. Dieser Protest wurde am 15. Juni 1919 nochmals durch Funkpruch an den amerikanischen Senat und den Obersten Rat wiederholt. Welche Wirkung die Henselsche Tat in Paris erzielt hat, ließ und läßt sich heute noch nicht feststellen. In jedem Falle aber haben wir es ihm zu danken,

daß er als erster das masurische Volk aufrüttelte und den polnischen Machenschaften in Paris entgegentrat.

Seinen Masurenbund zu einer Organisation auszubauen, hatte Hensel wohl von Anfang geplant. Er verzichtete aber darauf, da sich inzwischen in der Hauptstadt des Bezirkes, in Allenstein, eine Kampforganisation für das ganze Abstimmungsgebiet gebildet hatte, der er sich, um jede Zersplitterung zu vermeiden, anschloß. Diese Kampforganisation war die Bezirksstelle Allenstein des Ostdeutschen Heimatdienstes.

Es war vor allem die Nachricht von der beabsichtigten Landung der Hallertruppen in Danzig, die in Allenstein endlich die Überzeugung aufkommen ließ, daß etwas geschehen müsse, um der polnischen Gefahr wirksam entgegentreten zu können. Am 21. März 1919 fanden sich fünfzehn Herren aus Allenstein zusammen, um über geeignete Maßnahmen zur Abwehr der Polengefahr zu beraten. Sie beschloßen, eine Abwehrorganisation ins Leben zu rufen und luden zu diesem Zweck bereits zum 25. März eine größere Anzahl deutscher Männer aus allen Bevölkerungskreisen zu einer Versammlung im Rathausaal ein. Die Versammlung fand statt und führte zur Gründung einer Vereinigung, die den Namen erhielt „Arbeitsausschuß Allenstein gegen die Polengefahr“. Zum Vorsitzenden wurde der Allensteiner Fabrikbesitzer Kurt Thiel gewählt und ihm ein engerer Arbeitsausschuß von acht Herren beigegeben. Das erste Werk dieses Ausschusses war die Veranstaltung des großen Protestumzuges und der Kundgebung gegen die Landung der Hallertruppen vom 30. März, in Allenstein und den übrigen Städten des Bezirkes. Dann aber ging er daran, die Organisation auszubauen und zu festigen. Da es unbedingt Erfordernis war, schnelle und ganze Arbeit zu leisten, so wäre der große Gründungsausschuß von 64 Mitgliedern nur eine hemmende Belastung gewesen. Er trat also immer mehr in den Hintergrund, um schließlich ganz zu verschwinden. Die eigentliche Arbeit leisteten der sogenannte Engere Ausschuß, der die Organisations- und Finanzfragen zu behandeln hatte, und der Propagandaausschuß. Der Arbeitsausschuß Allenstein gegen die Polengefahr nahm übrigens sehr bald einen anderen Namen an. In Königsberg und Danzig hatten sich Organisationen gebildet, die sich Ostdeutscher Heimatdienst nannten. Als Aufgabe hatten sie sich die Bekämpfung

der Bolschewistengefahr durch Aufklärung gestellt, wie überhaupt die nationale Erweckung und Sicherung des deutschen Ostens. Es lag nahe, daß die junge Allensteiner Gründung mit dem Heimatdienst Fühlung suchte, von dem sie vor allem eine finanzielle Unterstützung erhoffte. Ein loser Anschluß kam auch zustande, der zwar nicht die goldenen Früchte reifen ließ, wohl aber die Ursache wurde, daß die Allensteiner Organisation den Namen übernahm: Bezirksstelle Allenstein des Ostdeutschen Heimatdienstes. Sie hat im Laufe der Zeit noch die eine oder die andere innere Veränderung erfahren, doch bereits im Sommer 1919 hatte sie die endgültige Gestaltung erlangt. Die Bezirksstelle setzte sich aus folgenden fünfundzwanzig Herren zusammen:

Kreisshulrat Bader,
 Stadtrat Borowski,
 Studiendirektor Dr. Czwalina,
 Buchhändler Danehl,
 Bankdirektor Dieball,
 Hauptgeschäftsführer Eichler,
 Parteisekretär Fingado,
 Rektor Funk,
 Studiendirektor Dr. Gerß,
 Schriftsteller Hausmann,
 Studienrat Hönnekes,
 Regierungsrat v. Jerin,
 Regierungs- und Veterinärarzt
 Dr. Marks,

Gewerkschaftssek. Marschallek,
 Rechtsanwalt Neumann II,
 Parteisekretär Ostmann,
 Bankdirektor Sassnick,
 Syndikus Dr. Schauen,
 Parteisekretär Schulz,
 Schriftleiter Stephan,
 Generalsekretär Steffen,
 Fabrikbesitzer Thiel,
 Generalsekretär Dr. Trunz,
 Schriftsteller Worgitzki,
 Oberbürgermeister Zülch.

Die Bezirksstelle hatte aus sich heraus einen Vorstand von vier Köpfen gewählt, die Herren Thiel, Dr. Marks, Max Worgitzki und Borowski. Für die technische Behandlung und Beratung des Vorstandes in Finanzierungsangelegenheiten war noch ein besonderer Finanzausschuß gewählt worden, dem außer dem Vorsitzenden, Herrn Thiel, die beiden Bankdirektoren Dieball und Sassnick, angehörten. Die Arbeitsgebiete der vier Vorstandsmitglieder waren genau umgrenzt. Herr Thiel führte den Vorsitz in der Bezirksstelle, im Engeren Ausschuß und im Finanzausschuß. Dr. Marks war zweiter Vorsitzender und bearbeitete

die Verwaltung und Organisation. Ich selbst wurde zum Vorsitzenden des Propagandaausschusses und zum Leiter der Propaganda gewählt. Herr Borowski bearbeitete die Rückführung und Unterbringung der Abstimmungsberechtigten aus dem Reiche. Die Arbeitseinteilung war so zweckmäßig wie möglich erstrebt worden. Jeder sollte möglichst selbstständig vorgehen, um seine volle Arbeitskraft für Sacharbeit auszunutzen. Die Gemeinsamkeit des Vorgehens wurde durchaus gewahrt durch die regelmäßigen wöchentlichen Vorstands- und Ausschusssitzungen. Für Zuständigkeitsstreitigkeiten, persönliche Eifersüchteleien und Neibereien war in dieser Organisation, die sich das Ziel gesetzt hatte, vollkommen auf sich allein gestellt einen deutschen Gau vor dem nationalen Tod zu retten, ganz gewiß kein Platz. Wie sehr die Männer, die den Kampf mit der polnischen Gefahr auf sich nahmen, von dem Ernst der Lage und ihrer Aufgabe durchdrungen waren, beweist am besten die Tatsache, daß die Bezirksstelle eineinhalb Jahre lang so bestand, wie sie sich im Anfange gebildet hatte, daß in den leitenden Stellen niemals ein Personenwechsel stattfand. Man stellte eben vollkommen die Sache über die Person, und es ist wohl niemals ein Beschluß von Wichtigkeit gefaßt worden, der nicht von Einstimmigkeit getragen war. Das soll nicht nur zum Ruhm der Bezirksstelle gesagt sein, sondern es bildet vor allem die Erklärung dafür, daß die gewaltige Arbeit von wenigen Männern ehren- und nebenamtlich geschafft werden konnte. Wir wären alle unter der Arbeitslast zusammengebrochen, denn jeder von uns hatte doch noch seinen Beruf zu versehen, wenn nicht dieses rein sachliche Zusammenwirken die Arbeit zur Lust und Befriedigung gestaltet hätte. Und das gleiche war erfreulicherweise auch draußen der Fall. Denn die Organisation war natürlich sofort über das ganze Abstimmungsgebiet ausgedehnt worden. In jeder Kreisstadt wurde nach dem Muster der Allensteiner Hauptstelle eine Kreisstelle geschaffen, an deren Spitze ein Kreisstellenleiter stand. Die Kreisstelle ihrerseits wählte sich in jedem Dorf des Kreises eine Anzahl von Vertrauensleuten, durchschnittlich 5—8, so daß die Hauptstelle in Allenstein sehr bald ein kleines Heer von Vertrauensleuten auf dem Wege über die Kreisstellen fest in der Hand hatte. Dadurch wurde es möglich, den Kampf, die Propaganda vollkommen einheitlich zu gestalten. Es war aber nicht so leicht, wie es jetzt scheinen könnte, diese Tausende von Helfern zu

finden. Denn nicht jeder Beliebige besaß die Eignung dazu, und im Anfange waren es erklärlicherweise nicht viele, die auch den Mut hatten, ihre Existenz aufs Spiel zu setzen und offen als Kämpfer für das Deutschtum aufzutreten. Es wäre eine Pflicht der Dankbarkeit, die Namen aller dieser Männer, vor allem unserer tapferen, opferwilligen Lehrer, aufzuführen. Da das aber nicht möglich ist, einige auszuwählen und namhaft zu machen, aber ebensowenig angängig ist, da sie sich alle in gleicher Weise um unsere Heimat verdient gemacht haben, so muß ich mich auch darauf beschränken, nur die Namen der Führer zu nennen. Es wirkten als Kreisstellenleiter:

- in Osterode der Lehrer Schymanski,
- „ Neidenburg der Kreistierarzt Veterinärtrat Hesse,
- „ Ortelsburg der Studiendirektor Bunnemann,
- „ Sensburg der Lehrer Langecker,
- „ Johannisburg der Rechtsanwalt v. Lojewski,
- „ Löben der Amtsgerichtsrat Ehlers und Lehrer Britt,
- „ Lyk der Pfarrer Rathke,
- „ Marggrabowa der Mendant Buchholz,
- „ Bischofsburg-Mössel die Lehrerin Maria Lehmann,
- „ Allenstein-Stadt der Rektor Funk,

im Landkreise Allenstein übernahm ich die Leitung der Kreisstelle selbst, da er am meisten gefährdet und deshalb seine direkte Bearbeitung durch die Propagandaleitung erwünscht war.

Die Organisation des Ostdeutschen Heimatdienstes war in kaum zwei Monaten ausgebaut und hatte sich überall reibungslos durchgesetzt. Daß die Durchführung so glatt vor sich ging, hatte seinen Grund darin, daß die Organisation nach ganz bestimmten Grundsätzen aufgebaut und geleitet wurde, die streng eingehalten wurden. Man war sich von vornherein darüber klar, daß ein Erfolg bei der Abstimmung nur zu erzielen war, wenn es gelang, alles an die Wahlurnen zu schleppen und eine sehr starke deutsche Mehrheit durchzubringen. Die Mehrheit mußte so klar und überwältigend werden, daß ihr Gewicht die — feindliche — interalliierte Verwaltungskommission vor einer offenbaren Vergewaltigung zurückschrecken ließ. Um das zu erreichen, war es notwendig, einen einheitlichen Zusammenschluß der gesamten Bevölkerung zustande zu bringen, der nur auf das eine, allen Kreisen gemeinsame Ziel:

Deutsch bleiben! gerichtet war, ohne durch konfessionelle oder parteipolitische Gesichtspunkte belastet zu sein. Eine so rein nationale Arbeit, wie sie in den Abstimmungsgebieten getan werden mußte oder in den abgetretenen Gebieten noch zu tun ist, kann mit wirklichem Erfolg niemals etwa durch die politischen Parteien geleistet werden. Denn die Parteien stellen ja in jedem Staate nicht den einheitlichen nationalen Willen, sondern ganz im Gegenteil das trennende, das die Verschiedenheit der Anschauungen unterstreichende Element dar. Und sie müssen es tun, da sie sonst aufhören würden Parteien zu sein. Die Organisation also, die wir brauchten, um den einheitlichen Willen unserer Bevölkerung körperlich zu gestalten, den Kampf um das eigene Volkstum zielbewußt durchzuführen, mußte überparteilich und überkonfessionell sein. Voraussetzung dafür war natürlich, daß diese Organisation sich der Grenzen ihrer Aufgabe stets bewußt war und diese Grenzen auch einhielt, und zweitens, daß alle Bevölkerungsschichten an der Organisation beteiligt waren. Beides war durchaus der Fall, so daß nirgends nennenswerte Schwierigkeiten entstanden. Mit einer einzigen Ausnahme! Diese Ausnahme ist so charakteristisch, so echt deutsch, daß ich sie schildern muß.

Die Schwierigkeit erwuchs uns nämlich — von außen her. Unser parlamentarisches System ist ja noch so funkelneuen, unseren politischen Parteien war über Nacht eine so überwältigende Machtfülle in den Schoß gefallen, daß sie vorläufig noch nichts Rechtes damit anzufangen wissen. Es ist ihnen noch nicht recht klar, daß das Wesen jeder Partei Begrenztheit und nicht Allmacht heißt. Sie geben sich mit Lust der Freude an der Macht hin, wie etwa ein junger Niese, der plötzlich in das durch vieltausendjährige Entwicklung bis in die feinsten Teilchen durchgearbeitete Getriebe der menschlichen Gesellschaft gerät. Natürlich nicht gerade zum Nutzen der Menschenwelt. Aus solchen Vorstellungen heraus mag wohl auch den Provinzialleitungen der ostpreussischen Parteien das dunkle, unbehagliche Gefühl aufgestiegen sein, daß da unten im Süden der Provinz — denn schließlich gehörte doch das Abstimmungsgebiet noch zu Ostpreußen — sich eine Organisation gebildet hatte, sozusagen von sich selbst beauftragt, und was das bedenklichste war, ohne vorher die Provinzialleitungen der Parteien gefragt zu haben. Das durfte entschieden nicht geduldet werden! Man

beschloß also, die Allensteiner auf den richtigen Weg zu bringen. Am 21. August 1919 fand die wichtige Sitzung in Allenstein statt, in der die Provinzialleiter der ostpreussischen Parteien der Bezirksstelle ihre Wünsche oder besser Forderungen persönlich vortrugen. Verlangt wurde folgendes. Die Bezirksstelle sollte dahin umgewandelt werden, daß die politischen Parteien in ihr genau nach ihrer zahlenmäßigen Stärke vertreten sein müßten. Der Vorstand aber sollte abgesetzt und durch fünf Beauftragte der fünf Parteien ersetzt werden. Der Angriff richtete sich also gegen den Lebensnerv unserer Organisation, das Prinzip der Überparteilichkeit. Es gelang aber, den Angriff in eleganter Form abzuschlagen. Der Vorstand der Bezirksstelle hatte nämlich zu der Sitzung auch die Vertreter der Allensteiner Bezirksleitungen der Parteien geladen. Und diese Herren standen nun einer nach dem andern auf, vom Deutschnationalen bis zum Sozialdemokraten und erklärten übereinstimmend, es läge kein Grund vor, die Bezirksstelle Allenstein des Ostdeutschen Heimatdienstes irgendwie zu verändern. Eine andere Vertretung, als wie sie sie bisher in ihr hätten, beanspruchten sie nicht. Diese Erklärungen ihrer eigenen Leute kamen den Königsberger Herren gewiß überraschend, aber da sie an diesem einheitlichen und sehr deutlichen Vertrauensvotum nicht gut vorbeikommen, traten sie den Rückzug an. Die Aussprache hatte übrigens viel Gutes im Gefolge, man hatte sich überzeugt, daß wir nicht so schlimm wären, und man ließ uns fortan in Ruhe, so daß wir, getragen von dem Vertrauen unserer Bevölkerung, auch weiter wie bisher uns ganz unserer Kampfarbeit widmen konnten.

Diese Arbeit war planmäßig auf folgende Erwägungen eingestellt. Es mußte unbedingt vorausgesetzt werden, daß die zu erwartende interalliierte Kommission, wenn nicht offen feindlich, so doch zum mindesten stark polenfreundlich auftreten würde. Die deutsche Kampforganisation mußte also damit rechnen, daß die Wünsche der Polen in weitestem Maße erfüllt werden würden. Dazu gehörten aber in erster Linie: Verbot der deutschen Kampforganisation und möglichstes Hinauschieben der Abstimmung. Der Friedensvertrag hatte gelehrt, daß bei unseren Feinden alles möglich war. Der Heimatdienst mußte sich also auf die schlimmsten Möglichkeiten gefaßt machen.

Die erste Sorge war natürlich die, möglichst viel Geld aufzutreiben.

Das geschah durch einen Aufruf, der an sämtliche Städte und Kommunalverbände, an alle größeren Firmen des Handels und der Industrie im ganzen Deutschen Reiche versandt wurde und einen guten Erfolg zeitigte. Das Vaterland ließ uns nicht im Stich, trotz seiner bedrängten Lage — es war in der ersten Hälfte des Jahres 1919! Das war für uns nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine moralische Stütze. Die einkommenden Gelder wurden aufs sparsamste ausgegeben. Oberster Grundsatz im Heimatdienst war die ehrenamtliche Arbeit. Es mußte Ehrensache eines jeden sein, für seine Heimat zu arbeiten. Dieser Grundsatz wurde nicht nur mit Rücksicht darauf aufgestellt, daß die gesammelten Mittel unter Umständen für Jahre ausreichen mußten, sondern auch in der Absicht, unsere Bevölkerung dadurch, daß die Heimatdienstarbeit zur Ehrenarbeit geadelt wurde, gegen die Korruption zu feien. Es ließ sich unschwer voraussehen, daß, wenn jahrelang von zwei Seiten um ein Volk gerungen wurde und Geld dabei die Hauptrolle spielte, die Volksseele unfehlbar bis zur Korruption vergiftet werden mußte. Damit entglitt die breite Masse den Führern der einen wie der andern Seite, wurde etwas ganz Unberechenbares, das letzten Endes demjenigen zufallen mußte, der am Schluß das meiste Geld besaß. Die Polen verfielen von vornherein in den Fehler, das zweischneidige Schwert der Geldpropaganda und der materiellen Versprechungen anzuwenden. Sie haben es, wie wir später sehen werden, am eigenen Leibe spüren müssen, daß diese giftige Waffe sich gegen sie selbst richtete.

Notwendig war es ferner, den Heimatdienst auch auf den Fall einzustellen, daß seine Führer von der Kommission ausgewiesen würden. Die Organisation durfte dadurch auf keinen Fall lahm gelegt werden. Dafür sollte nun ein in allen Einzelteilen genau durchdachtes System sorgen. Es war ja verhältnismäßig leicht zu erreichen, daß die große Masse der Vertrauensleute unbekannt blieb. Für jede führende Persönlichkeit aber war ein Stellvertreter und für diesen wieder ein zweiter und dritter Stellvertreter bestellt, die es von vornherein aufs peinlichste vermeiden mußten, sich irgendwie öffentlich hervorzutun. Sie waren aber in alles eingeweiht und sollten, sobald die offiziellen Führer ausgewiesen wurden, die geheime Leitung übernehmen. Wurde der eine oder der andere ertappt, so war ja immer noch ein zweiter und dritter

Stellvertreter da. Die ausgewiesenen Führer sollten sich in einer kleinen Stadt Ostpreußens, möglich in der Nähe der Abstimmungsgebietsgrenze sammeln und von dort aus die Leitung weiterführen. Es waren, sozusagen als Hauptquartiere, vorgesehen: für die Finanzabteilung, die Organisationsabteilung und die Rückführungsabteilung die Stadt Rastenburg, für die Propagandaabteilung das ganz dicht an der Abstimmungsgebietsgrenze gelegene Städtchen Guttstadt. Nun war nur noch das schwierigste zu schaffen, ein in jedem Falle sicher arbeitender Nachrichtenübermittlungsapparat. Zu diesem Zwecke wurde ein Läuferdienst eingerichtet, für den sich Hunderte von jungen Leuten mit Freuden zur Verfügung stellten. Die Wege, die sie zu nehmen hatten, wurden genau festgelegt. Sie hatten den Verkehr zwischen den geheimen Kreisstellen zu vermitteln und die Verbindung mit den beiden Hauptquartieren aufrecht zu erhalten. Nun war außerdem als sicher anzusehen, daß die Grenze des Abstimmungsgebietes auch gegen Ostpreußen besetzt wurde, was später tatsächlich der Fall war. Es mußten also auch geheime Grenzübergänge gesucht und festgelegt werden. Auch das hielt nicht schwer. Wozu haben wir denn unsere großen meilenweiten Wälder! Die stellten sich gern in den Dienst für die Heimat und boten unseren firen Zungen Dutzende von verschwiegeneu Schleichpfaden. Natürlich sollte dieser Läuferdienst erst im äußersten Falle in Tätigkeit treten. Blieb die Postzensur aus, so konnte der Verkehr in der Hauptsache ja schriftlich aufrechterhalten werden. Für alle Fälle wurden der Vorsicht halber Deckadressen vereinbart. Aber noch eins will ich erwähnen. Dieser Nachrichtenübermittlungsapparat hat gewiß, dem Zwange sich fügend, etwas romantisch-verschwörertümliches an sich. Daneben aber beabsichtigte der Heimatdienst auch, sich der modernsten Errungenschaften unserer Technik zu bedienen. Es sollte bei Guttstadt eine kleine Funkenstation, und im Abstimmungsgebiet selbst eine kleine Empfangsstelle errichtet werden. Allerdings würde uns die Kommission mit ihrer großen Funkenstation, die sie in Allenstein errichtete, diese Verbindung wohl sehr bald versperren haben.

Der Heimatdienst war also vollkommen gerüstet. Die schlimmsten Möglichkeiten waren in Rechnung gestellt, die Wege genau bezeichnet, die Rollen unter die Tausende von Helfern verteilt. Alle diese Vorbereitungen erforderten natürlich eine gewaltige Arbeit, deren finan-

zieller Teil von Herrn Thiel mit seinem Finanzausschuß, deren organisatorischer Teil von Dr. Marks, dem Hauptgeschäftsführer Eichler und den Kreisstellenleitern geleistet wurde. Daneben liefen natürlich noch andere Arbeiten. An den im ersten Kapitel geschilderten Vorgängen, den Tagungen in Danzig und Marienburg, nahm der Heimatdienst lebhaftesten Anteil. Als seine Vertreter wirkten dort Dr. Marks, später Dr. Czwalina und der bekannte Heerführer Erzellenz von Scholtz. Am 17. Mai entsandte der Heimatdienst eine Abordnung von Masuren und Ermländern aller Bevölkerungsschichten, unter Führung des Superintendenten Hensel und des Pfarrers Kriz-Gr. Lemkendorf, zum Reichspräsidenten, um gegen jede Vergewaltigung der deutschen Ostmark und die Abstimmung in unserem Gebiet Verwahrung einzulegen. Sie hatte den Auftrag, gegebenenfalls sogar nach Versailles zu fahren. Den Jahrestag der Schlacht bei Tannenberg, die unsere Heimat im Jahre 1914 von den Russen befreite, benutzte der Heimatdienst, um eine große deutsche Kundgebung auf dem Schlachtfelde selbst zu veranstalten. Der Tag, der 28. August, verregnete leider vollständig, zur großen Freude der Polen. Trotzdem hatte sich auf dem Festplatze bei Hohenstein eine gewaltige Menge, etwa 40 000 Personen, eingefunden. Die Veranstaltung machte einen starken Eindruck, der durch die Ansprachen des Oberpräsidenten Winnig, des Kommandierenden Generals des XX. Armeekorps, Erzellenz Albrecht und des Abgeordneten Dr. Fleischer noch vertieft wurde. Das Treuegelöbniß, das dort abgegeben wurde, haben die Masuren und Ermländer getreu gehalten. Um die Veranstaltung besonders verdient gemacht hat sich der Leiter der Aufklärungsstelle Ost, Major Erfurth, dem der Heimatdienst und unser ganzes Abstimmungsgebiet auch sonst zu größtem Dank verpflichtet sind.

Im Oktober 1919 entsandte der Heimatdienst nochmals unter meiner Führung eine Deputation nach Berlin, und zwar zu den Chefs der dortigen englischen, französischen, italienischen Militärmissionen. Der Grund war folgender. Die Polen arbeiteten gerade damals wieder sehr stark damit, in bestimmtester Form die Nachricht auszustreuen, daß die zu erwartende Kommission sich polnischer Truppen zur Besetzung des Abstimmungsgebietes bedienen würde. Um der dadurch entstandenen allgemeinen Beunruhigung entgegenzutreten zu können, wollte der Heimat-

dienst wenigstens den Versuch machen, jetzt schon Klarheit in diesem Punkte zu erlangen. Die Abordnung hatte einen guten Erfolg. Superintendent Hensel verhandelte mit dem englischen Oberst Malcolm, ich selbst mit dem italienischen General Bencivenga und dem französischen General Dupont. Von allen Dreien erhielten wir die Versicherung, daß polnische Truppen unter keinen Umständen, alliierte Truppen aber nur im bescheidensten Maße eingesetzt werden würden. Der Schutz des Gebietes sollte durch die Sicherheitspolizei und die Einwohnerwehren geleistet werden. In der Tat hat sich die Kommission an diese Erklärung auch gehalten. Das Ergebnis dieser Abordnung trug natürlich wesentlich dazu bei, unsere Zuversicht zu erhöhen. Wir machten von ihm in der Öffentlichkeit keinen Gebrauch, um die Polen nicht zu erneuten Wühlereien in Paris anzuregen, waren aber doch in der Lage, beruhigend zu wirken.

Die gewaltigste Leistung aber, die der Heimdienst im Sommer 1919 vollbrachte, war die Organisation der gesamten masurisch-ermländischen Bevölkerung in den Heimatvereinen des Masuren- und Ermländerbundes. Diese Organisation erfolgte aus propagandistischen Erwägungen heraus. Ich muß deshalb zunächst auf das Wesen der deutschen Propaganda eingehen.

Die Propagandaabteilung des Allensteiner Heimdienstes eröffnete den Angriff gegen die Polen im April 1919. Sie ging natürlich auch methodisch und nach einem bestimmten Plane vor. Der Erfolg gründete sich ganz wesentlich darauf, daß die Leitung in einer Hand lag. Ziel der Propaganda war mit einem Wort gesagt: Die Schlacht mußte geschlagen sein noch vor dem Eintreffen der interalliierten Kommission. Zu der Zeit, da diese die Verwaltung übernahm, mußte das Abstimmungsergebnis schon gesichert sein. Wenn dann auch im Laufe einer vielleicht jahrelangen Besetzung das eine oder das andere Glied absprang oder sich einschüchtern ließ, das Kernwerk mußte so gefestigt sein, daß es jedem Angriff standhielt. Der Propagandaleitung verblieben neun Monate, um diese Aufgabe zu erfüllen, denn die Kommission traf ja erst im Februar 1920 ein. Das war gewiß eine lange Zeit und stellte eine harte Geduldsprobe dar, nun aber, da sie überstanden ist, muß man rückblickend sagen, es war gut so. Die deutsche Propaganda arbeitete in Schrift und Wort. Zunächst mit

Flugblättern, aber bereits im Mai 1919 entschloß sie sich, ein eigenes Organ zu schaffen, die „Ostdeutschen Nachrichten“. Redigiert wurde das Blatt von mir selbst in meiner Eigenschaft als Propagandaleiter. Die „Ostdeutschen Nachrichten“ waren ein reines Kampforgan. Sie erschienen wöchentlich einmal, vom Erscheinen der Kommission ab wöchentlich zweimal. Sie wurden sämtlichen Zeitungen des Bezirkes beigelegt und außerdem allen denjenigen, die keine Zeitung hielten, durch die Vertrauensleute des Heimatdienstes zugestellt. Auf diese Weise erreichten sie sehr bald eine Auflage von über 200 000 und drangen mit Sicherheit bis in jedes Dorf, in die kleinste Hütte durch. Damit hatte die Propagandaleitung sich ein Werkzeug geschaffen, das sie instandsetzte, an alle Bewohner Masurens und des Ermlandes heranzukommen und sie ganz einheitlich in einer einzigen Richtung zu beeinflussen. Die teure Flugblattpropaganda wurde durch diese lückenlose Verbreitung der „Ostdeutschen Nachrichten“ fast vollständig ersetzt. Hier möchte ich noch erwähnen, daß wir ein zweites Kampforgan besaßen, den in masurischer Sprache geschriebenen „Pruski Przyjaciel Ludu“ („Preußischer Volksfreund“), der hauptsächlich ein Gegengewicht gegen den in Ortelsburg erscheinenden polnischen „Mazur“ bilden sollte. Er erschien in einer bedeutend geringeren Auflage und wurde herausgegeben von dem Pfarrer Max Skowronnek in Groß-Schöndamerau. Da die Masuren ja als Schriftsprache das Deutsche gebrauchen, mit Ausnahme der ältesten Generation, so lag die Notwendigkeit einer masurischen Zeitung im Umfange der „Ostdeutschen Nachrichten“ nicht vor. Die Polen selbst sahen sich gezwungen, neben ihren oben erwähnten polnischen Zeitungen drei Blätter in deutscher Sprache herauszugeben. Die Flugblätter wurden von uns meistens zweisprachig gedruckt.

Die schwierigste Aufgabe, vor die sich die deutsche Propaganda im Anfang gestellt sah, war die, die allgemeine Niedergeschlagenheit in den eigenen Reihen zu bekämpfen. Es mußte das Gerede mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden, daß über das Gebiet bereits entschieden und die Abstimmung nur ein Scheinmanöver wäre. Um das zu erreichen, wurde der Ton der „Ostdeutschen Nachrichten“ auf eine ganz bestimmte Note gestimmt. In möglichst launigen und witzigen Artikeln wurde die ganze Aufgeblasenheit der siegesfähigeren Polen ins Lächerliche gezogen.

Nicht grob, aber unterhaltsam und scherzhaft. Die polnischen Propagandaleiter vertrugen gerade diesen ruhigen, scherzhaften Ton am allerwenigsten. Sie begannen zu toben, in der unflätigsten Weise den Gegner zu beschimpfen und übersahen ganz, daß sie dadurch den „Ostdeutschen Nachrichten“ nur immer neuen Stoff lieferten. Der Erfolg blieb nicht aus. Dadurch, daß man über sie zu lachen begann, verlor die polnische Gefahr an Schrecken. Die Stimmung im Abstimmungsgebiet begann sich langsam zu heben. Daneben wurde noch ein anderer Trick angewandt, der unseren Landsleuten immer wieder vor Augen führen sollte, daß die polnischen Propagandisten Eindringlinge, Landfremde waren. Sie wurden stets nur als die Posener, die Warschauer bezeichnet und die einzelnen Personen nur mit ihren bei uns nicht gebräuchlichen polnischen Vornamen Kasimir, Zenon genannt. Dadurch wurde eine unsichtbare Schranke zwischen ihnen und unseren Masuren und Ermländern aufgerichtet.

Mit den, wenn man sie überhaupt so nennen darf, sachlichen Beweisführungen der Polen fertig zu werden, hielt nicht schwer. Der Standpunkt der deutschen Propaganda war einfach und klar. Sie betonte ganz offen, daß das Abstimmungsgebiet auf sich gestellt und nur durch die Willenskraft seiner Bevölkerung zu retten wäre. Sie hütete sich, die Verhältnisse im Deutschen Reiche irgendwie zu beschönigen, sondern verwies nur immer darauf, daß ein so hoch kultiviertes, in Wissenschaft und Technik so turmhoch über Polen stehendes Volk sich ohne Zweifel wieder emporarbeiten würde. Außerdem wurde natürlich immer wieder betont und bewiesen, daß die Masuren und Ermländer trotz ihrer Sprache keine Polen wären. Daß ihr Geschick von Anbeginn an mit dem preussischen Staate unlösbar verknüpft wäre, dem sie nicht nur die kulturellen Güter, sondern auch den Wohlstand verdankten, den sie besonders durch den wirtschaftlichen Aufschwung der letzten 70 Jahre erlangt hätten. Ein sehr starkes Argument war natürlich auch der Hinweis darauf, mit welcher bewundernswürdigen Tatkraft und Opferwilligkeit des ganzen deutschen Volkes der Wiederaufbau der durch die Russen in Trümmer und Asche gelegten masurischen Dörfer und Städte betrieben worden war. Es wäre also einfachste Pflicht der Dankbarkeit, dem Deutschen Reiche die Treue zu halten. Das Gegenteil wäre der schmähhlichste Verrat.

Die polnische Propaganda dagegen arbeitete in herzlich plumper Weise mit törichtesten materiellen Lockungen und Verheißungen. Polen, das Land der unendlich reichen Bodenschätze, der Fruchtbarkeit! Das Land, das von der ganzen Welt geliebt würde, das vor allem keine Kriegsschulden hätte. Dem gegenüber war es nicht allzu schwer, den Nachweis zu erbringen, daß Polen zwar ein freier Staat geworden, aber vor der unlöslichen Aufgabe stand, einem Bettler gleich, ohne einen Pfennig Geld auf einem Trümmerhaufen seine Wirtschaft aufzubauen. Und es war leicht, die Entwicklung vorauszusagen, die der polnische Staat wirtschaftlich nehmen mußte, woran dann natürlich sofort die Folgerung geknüpft wurde, daß Polen die deutschen Gebiete begehre, um sie zu schröpfen und seiner von Anbeginn bankrotten Wirtschaft auf die Beine zu helfen. Sehr peinlich für unsere polnischen Gegner war es, daß wir dauernd Auszüge aus der polnischen Presse, die Reden im Warschauer Landtag und den jeweiligen Stand der polnischen Mark veröffentlichten. Was für Krampfhaftige Versuche haben sie doch gemacht, das ständige Sinken der polnischen Mark als die natürlichste Sache der Welt, ja sogar als wirtschaftlich von Vorteil zu erklären. Die polnische Propaganda litt darunter, daß ihr die bodenständige Intelligenz fehlte. Und was sie da aus Warschau, Posen und Galizien heranschleppten, war auch nicht viel wert. Nur, daß diese Leute uns noch den Vorteil boten, daß sie den Verhältnissen im Abstimmungsgebiet eine geradezu erstaunliche Ahnungslosigkeit entgegenbrachten, und meistens gröblich daneben hauten. Alle diese Schwächen der Gegner auszunutzen, war natürlich eine dankbare Aufgabe. Das Übergewicht der deutschen Propaganda beruhte vor allem darauf, daß sie einheitlich und von Einheimischen geführt wurde, und daß sie, ohne Überhebung sei es gesagt, klügere Köpfe aufzuweisen hatte als die Polen. So war der Kampf der Geister sehr bald zu unseren Gunsten entschieden, es half nichts, daß die Polen immer neue Leute heranzogen und immer neue Zeitungen gründeten. Ihre Weisheit war bald erschöpft, so daß sie schließlich nur noch mit den bereits erwähnten, ebenso verzweifelten wie unanständigen Mitteln arbeiteten: Mißbrauch der Religion, Drohungen und Geld.

Inzwischen hatte aber die deutsche Propagandaleitung einen Schlag vorbereitet, der alle polnischen Hoffnungen vernichten sollte, die Gründung des „Masuren- und Ermländerbundes“. Bereits Ende Mai 1919

wurde der Bezirksstelle der Plan vorgelegt, die gesamte deutschgesinnte Bevölkerung Masurens und des Ermlandes vereinsmäßig zusammenzufassen. Und zwar sollten in jedem Dorf und in jeder Stadt alle Deutschgesinnten zu einem Verein zusammengeschlossen werden. Die Vereine sollten den Namen „Heimatverein“ tragen, weil ja die treibende Kraft im Kampfe gegen das Polentum die Liebe zur Heimat war. Eine ganz schlichte Satzung sollte die Mitglieder nur darauf verpflichten, dem Deutschen Reiche die Treue zu geloben, das heißt bei der Abstimmung deutsch zu stimmen, und durch Veranstaltungen deutsche Kultur und deutsches Wesen zu pflegen. Die einzelnen Vereine sollten dann kreisweise und schließlich landsmannschaftlich zu einem Masuren- und einem Ermländerbunde zusammengeschlossen werden. Beide Bünde sollten zum „Masuren- und Ermländerbund“ verschmolzen werden und eine gemeinsame Spitze haben.

Die Erwägungen, aus denen heraus ich diesen Plan schuf, waren folgende. Die deutsche Propaganda hatte gewiß gute Erfolge erzielt. Aber ließ es sich mit Sicherheit nachprüfen, wie tief tatsächlich ihre Wirkung in die Bevölkerung eingedrungen war? Die Meinungen waren unter den Sachverständigen gerade in diesem Punkte sehr geteilt. Gewiß hatte die Stimmung sich gehoben, aber ob für die Dauer, ob sie unter der Last der fremden Verwaltung und Besetzung, und der polnischen Drohungen standhalten würde, das war sehr schwer zu sagen. War es da nicht sicherer, jetzt schon jedermann dazu zu bringen, seine deutsche Gesinnung offen zu bekennen? Hatte er das erst einmal getan und sich dann dauernd daran gewöhnt, so würde es ihm doch wohl schwerer werden, wieder umzufallen. Und andererseits, wenn die Gründung der Heimatvereine in jedem, auch dem letzten Dorfe glückte, dann würde es ja offenbar werden, wieviel Deutschgesinnte es im Lande gab. Das mußte doch die Willenskraft der Bevölkerung festigen, wenn sie sah, daß nicht einzelne, sondern eine gewaltige Mehrheit den Mut hatte, durch den Beitritt zu den Heimatvereinen jetzt schon ihre deutsche Gesinnung offen zu bekennen. Und zweitens: für die Propaganda mußte die Gründung der Heimatvereine von entscheidender Bedeutung werden. Es ist bisher nur von der Propaganda durch die Schrift gesprochen worden, die gewiß durch die „Ostdeutschen Nachrichten“ das entlegenste Dorf erfaßte. Aber es war doch unbedingt notwendig, sie auch durch

das Wort zu ergänzen. Um aber 1600 Ortschaften — die Hauptarbeit war ja doch auf dem platten Lande zu leisten — durch Redner zu bearbeiten, und dauernd zu bearbeiten, dazu hätten wir Hunderte von Rednern gebraucht und einen Apparat in Bewegung setzen müssen, der unsere finanzielle Leistungsfähigkeit bei weitem überstieg. Die Propaganda durch die Heimatvereine ging von einem ganz anderen Grundsatz aus. Die breite Masse sollte nun nicht mehr Objekt sondern Subjekt der Propagandatätigkeit sein, das heißt, sie sollte nicht mehr nur bearbeitet werden, sondern selbst mitarbeiten. Dazu waren keine unerschwinglichen Mittel erforderlich. Und noch eine Erwägung fiel sehr ins Gewicht. Im Friedensvertrag war die Bestimmung enthalten, daß die Kommission bei ihrer Tätigkeit sich Berater aus der bodenständigen Bevölkerung erwählen sollte. Gelang es nun, schon vorher die gesamte deutschgesinnte Bevölkerung einheitlich im „Masuren- und Ermländerbund“ zu organisieren, so nahm sie natürlich von vornherein der Kommission gegenüber eine ganz andere, gefestigte Stellung ein. Die gewählten Führer des Bundes konnten sich dann mit Recht als die berufenen Vertreter der bodenständigen Bevölkerung betrachten und mit diesem Anspruch der Kommission gegenüberreten.

Die spätere Entwicklung der Dinge hat erwiesen, daß die Rechnung durchaus richtig war. Aber als die Propagandaleitung mit ihrem Plan hervortrat, stieß sie in der Bezirksstelle wie bei den Kreisleitern zunächst auf starken Widerstand. Das Hauptbedenken, dessen Gewicht nicht zu unterschätzen war, lag in folgendem. Gelang es, die ganze Bevölkerung in die Organisation einzuspinnen, dann war gewiß damit ein gewaltiger Erfolg errungen, dessen Wirkung nicht ausbleiben konnte. Mißglückte aber die Organisation, oder blieb sie nur auf halbem Wege stecken, so erlitt die deutsche Propaganda eine schwere Niederlage, die so leicht nicht wieder wettzumachen war. Bei dieser Gelegenheit konnte man feststellen, wie schwer es ist, eine Volkstimmung zu schätzen. Aber schließlich entschloß man sich doch, den Versuch zu wagen.

Gerade in dem gefährdetsten Kreise Allenstein-Land, der, wie gesagt, von der Propagandaleitung selbst bearbeitet wurde, machte man sich zuerst ans Werk. Von öffentlichen Versammlungen sah man zunächst ab, da die von der Zentrumsparthei vor einigen Monaten abgehaltenen Versammlungen teilweise ganz verunglückt waren. Es wurden vielmehr

sämtliche Vertrauensleute des Heimatdienstes und eine große Zahl sonstiger freiwilliger Agitatoren, aufgeboten, die vier Wochen lang von Dorf zu Dorf, von Haus zu Haus wanderten und eifrigste Mundpropaganda betrieben, mit Unterstützung durch Flugblätter. Inzwischen war ein Dutzend geschickter Redner gewonnen und mit ihrer Aufgabe vertraut gemacht worden. Dann setzte die Gründung der Heimatvereine ein. Zu gleicher Zeit wurden in mehreren Dörfern öffentliche Versammlungen anberaumt, die Redner legten die Zwecke und Ziele der Heimatvereine dar und forderten zur Gründung auf. Erklärte sich die Versammlung einverstanden, so wurde sofort eine Mitgliederliste, in die sich jeder eigenhändig eintragen mußte, ausgelegt, zugleich wurden der Vorstand und der Vorsitzende gewählt. Die Mitgliederlisten mit den eigenhändigen Unterschriften wurden später aus dem ganzen Gebiet nach Allenstein geschafft, um jederzeit der Kommission den Beweis erbringen zu können, daß die ungeheure Mitgliederzahl des „Masuren- und Ermländerbundes“ keine Fälschung war.

Die Heimatvereinsbewegung setzte sich glatt durch, da die Polen überrascht und verblüfft waren. Die örtlichen Parteien hatten in dankenswerter Weise dem Heimatdienst ihre geschulten Redner, vor allem die Parteisekretäre zur Verfügung gestellt. Zum Lobe dieser Männer muß es ausgesprochen werden, daß sie sich streng im Rahmen ihrer Aufgabe gehalten und niemals den Versuch gemacht haben, den Heimatvereinsgedanken durch Parteipolitik zu trüben. Erfreulich war es, daß auch die Sozialdemokratie sich mit gleichem Eifer an der Arbeit beteiligte. Als die Soldatenräte verschwunden waren, hatte sie sich auf sich selbst besonnen und unsere sozialdemokratischen Mitglieder haben den schweren Schaden, den uns jene durch das Wahlbündnis mit den Polen zugefügt hatten, wieder wettgemacht. Die Gründung der Heimatvereine in allen Kreisen des Abstimmungsgebietes ging so rasch vor sich, daß bereits am 14. Juli der „Masuren- und Ermländerbund“ erstehen konnte. In den Vorstand wurden gewählt: Superintendent Hensel, Rektor Funk=Altenstein, Lehrer Schymanski=Osterode, Besitzer Kruschik=Alt=Werda, an dessen Stelle später der Rechtsanwalt v. Lojewski=Johannisburg trat. Zum Vorsitzenden des Bundes wurde ich selbst gewählt. Und im September 1919 war der „Masuren- und Ermländerbund“ bereits so weit ausgebaut, daß er 1046

Heimatvereine mit 206 313 Mitgliedern zählte. Jedes Dorf, mit sehr wenigen Ausnahmen, hatte seinen Heimatverein. Es war gelungen, fast die gesamte Bevölkerung mitzureißen, 90 Prozent aller Stimmberechtigten des ganzen Abstimmungsgebietes waren einheitlich organisiert und dem Deutschtum verpflichtet.

Damit war aber das Werk noch nicht beendet. Es galt jetzt, den Bau so in sich zu festigen, daß er unzerstörbar wurde. Den Heimatvereinen mußte nun erst Leben eingestößt werden. Sie sollten ja selbsttätige Werkzeuge der Propaganda werden. Das war mit der Gründung allein natürlich nicht erreicht. Daher wurden die Vereine sofort in die Arbeit eingespannt. Diese Arbeit bestand zunächst in der Veranstaltung von Heimatfesten, die den Charakter richtiger deutscher Volksfeste trugen. Es war Pflicht eines jeden Mitgliedes, daran teilzunehmen, aber, was sehr wichtig war, auch die Kinder durften nicht fehlen. Die Sommerfeste wurden fast überall in unseren herrlichen Wäldern gefeiert. Die Vereine begannen miteinander zu wetteifern, um sie so würdig und schön als möglich zu gestalten. Die Darbietungen waren höchst mannigfaltig. Das deutsche Lied kam zu seinem Recht durch Kinderchöre — oder gemischte Chöre, die vielfach erst gegründet werden mußten, Reigen wurden aufgeführt, daneben fehlten natürlich nicht die Volksspiele, der Schießstand und schließlich der fröhliche Tanz auf grünem Rasen. Stets aber mußte in einer würdigen Festrede der hohen Aufgabe der Heimatvereine gedacht, jeder nochmals an seine deutsche Pflicht gemahnt werden. Tausendfach haben in den Sommern 1919 und 1920 unsere Wälder das Dreuegelobnis unserer Masuren und Ermländer gehört, das sich ausdrückte in einem begeisterten Hoch auf das deutsche Vaterland und in dem brausenden Lied: „Deutschland, Deutschland über alles!“ Mit diesem Liede ist es uns merkwürdig gegangen. Um unsere junge Organisation, die ja alle Volksklassen umfassen sollte, nicht zu gefährden, hatten wir anfänglich versucht, das von gewissen Parteien verpönte Lied durch ein neutrales: „O Deutschland hoch in Ehren!“ zu ersetzen. Aber unsere Heimatvereine, die sonst so vortrefflich Disziplin hielten, versagten sich in diesem Punkte unseren Bemühungen. Sie sangen unbekümmert ihr „Deutschland, Deutschland über alles!“ so daß es sehr bald das Lied der Heimatvereine wurde. Sollten wir uns dem gesunden Volksempfinden ent-

gegenstemmen aus papiernen Erwägungen heraus? O nein, ohne an unserer Führerautorität Schaden zu leiden, ließen wir uns gern an die Wand drücken und sangen fröhlich mit. So wurde es das Lied, das uns in den Kampf und zum Sieg geleitete. Bei den Vorführungen im Winter trat noch das sehr wichtige Liebhaberbühnenspiel hinzu. Der Weihnachtsabend versammelte Jung und Alt in allen Heimatvereinen zu einer würdigen Weihnachtsfeier. Es wurde eine der wichtigsten Aufgaben der Propagandaleitung, die Heimatvereine unausgesetzt zu beschäftigen und vor immer neue Aufgaben zu stellen. Es wurden ihnen Festprologe, Festansprachen geliefert, denn jeder Verein sollte sich ja seine Redner selbst heranziehen. Für die Liebhaberbühne wurden kleine Stücke geschrieben, darunter ein Weihnachtsstück, alle auf die Propaganda zugeschnitten. Außerdem wurde ein besonderer Abstimmungskalender herausgegeben. Endlich wurden Lichtbildervorträge zusammengestellt, um für aufklärende Abende verwandt zu werden. Alle diese Veranstaltungen hatten den Zweck, alle Schichten der Bevölkerung so häufig wie möglich unter dem Gesichtswinkel des gemeinsamen nationalen Interesses zusammenzuführen, sie zu einer Einheit zu verschmelzen und sie daran zu gewöhnen, ihre deutsche Gesinnung stets offen zur Schau zu tragen. Der „Masuren- und Ermländerbund“ hat die Erwartungen, die in seine Heimatvereine gesetzt wurden, voll und ganz erfüllt. Wir konnten dem Eintreffen der fremden Kommission und den dann mit erneuter Wucht einsetzenden Ansturm der Polen mit Ruhe entgegensehen.

V. Die Rückführung der Abstimmungsberechtigten
aus dem Reich.

Wir konnten mit um so mehr Ruhe dem Kampf entgegensehen, als uns ja noch eine gewaltige Reservetruppe zur Verfügung stand, die außerhalb wohnenden Abstimmungsberechtigten. Sie zu sammeln und alle Vorbereitungen für ihr Heranschaffen zu treffen, war der Ostdeutsche Heimatdienst schon lange am Werk. Es erscheint zunächst verwunderlich, daß die Entente unter die Abstimmungsbedingungen eine Bestimmung aufnahm, die in ihrer Wirkung so sehr zu unseren Gunsten ausfallen sollte. Nun, um uns einen Vorteil zu gewähren, geschah es in der That nicht. Gedacht war diese Bestimmung vielmehr so, daß auch sie den Polen zugute kommen sollte. Wenn sie diesen Zweck nicht erfüllte, sondern das gerade Gegenteil erreichte, so ist das dadurch zu erklären, daß auch in diesem Punkte die Verfasser des Friedensvertrages von ganz irrigen Voraussetzungen ausgingen. Sie mußten nach den Berichten der Polen und solch einer Denkschrift des Warschauer Konsistoriums, wie sie das Vorwort wörtlich bringt, unbedingt annehmen, daß die Polen in unserem Gebiet und die von den Polen als polnisch bezeichneten Masuren in den letztvergangenen Jahrzehnten die härteste Verfolgung und Unterdrückung durch die preussischen Behörden erlitten hätten. Daraus folgerten sie, daß in Polen und sonstwo sicherlich eine große Anzahl von Angehörigen unserer Bevölkerung säße, die wegen ihrer polnischen Gesinnung ausgewiesen oder wegen politischer Vergehen geflüchtet wären. Um diesen Flüchtlingen das Abstimmungsrecht zu geben, wurde die Bestimmung in den Friedensvertrag aufgenommen, daß auch diejenigen mitstimmen könnten, die nicht im Abstimmungsgebiet ansässig, wohl aber dort geboren wären. Als es sich dann herausstellte, daß diese große Zahl von Ausgewiesenen und Flüchtlingen nur in der Einbildung bestanden, in Wirklichkeit aber nicht ein einziger vorhanden war, da besaß der Hohe Rat in Paris doch soviel Respekt vor seinem eigenen Machwerk, daß er es nicht wagte, die Bestimmung, obwohl sie den Polen höchst unbequem wurde, wieder

umzustößen. Wir aber stellten mit Befriedigung fest, daß wieder einmal die Lüge sich an ihren Urhebern rächte, und entschlossen uns, diese falsche Rechnung unserer Feinde nach Kräften auszunützen.

Unser Masuren war in den leztvergangenen Jahrzehnten die stetig fließende Quelle gewesen, die das Industriegebiet des deutschen Westens mit einem ungeheuren Zustrom von menschlicher Arbeitskraft versorgte. Wenn man die inzwischen Verstorbenen abrechnete, so mußten nach unserer Schätzung im Deutschen Reiche immer noch mehr als hundertfünfzigtausend ausgewanderte Landsleute sitzen. Die Schwierigkeit lag nur darin, alle diese hundertfünfzigtausend Landsleute ausfindig zu machen, sie zu sammeln und zur Abstimmung heranzuschaffen. Es war klar, daß das eine ungeheure Arbeit erforderte. Der Ostdeutsche Heimatdienst machte sich deshalb, als seine Organisation ausgebaut war, sofort auch an diese Arbeit. Zunächst galt es, die außerhalb vorhandenen Abstimmungsberechtigten zu ermitteln. Das geschah auf zwei Wegen. Unsere Vertrauensleute wurden ersucht, in jeder Gemeinde festzustellen, wer ausgewandert war und wo der Ausgewanderte seinen augenblicklichen Wohnsitz hatte. Diese Adressensammlung hatte einen sehr guten Erfolg. Es wurden bereits im Juli 1919 gegen hunderttausend auswärtige Abstimmungsberechtigte ermittelt. Um die von den Vertrauensleuten eingesandten Adressen zu sammeln und auszuwerten, schuf der Ostdeutsche Heimatdienst eine besondere Stelle, die Abteilung für Volksabstimmung in Carlsdorf bei Rastenburg. Sie wurde von vornherein nach einem Orte außerhalb des Abstimmungsgebietes verlegt, damit ihr wertvolles und unerseßliches Material vollkommen vor irgendwelcher Gefährdung durch polnische Gewalttaten und auch vor jedem Zugriff durch die zu erwartende Kommission gesichert war. Geleitet wurde sie von dem jetzigen Stadtrat Borowski-Allenstein. Die Erfassungsarbeit ging nun so vor sich, daß an alle Abstimmungsberechtigten, deren Adressen ermittelt waren, ein Flugblatt geschickt wurde, das in herzlichen Worten die Heimatliebe der Landsleute anrief und sie dringend bat, ihre Pflicht gegenüber der bedrohten Heimat zu erfüllen. Gleichzeitig wurden sie ersucht, einen beigefügten Antrag zur Aufnahme in die Stimmlisten auszufüllen. Der Ruf an die Landsleute hatte den besten Erfolg. Bereits im August 1919 liefen die ersten Anträge bei der Abteilung für Volksabstimmung in Carlsdorf

ein. Und sehr bald schollen sie zu solch einer Flut an, daß Carlshof mehr als fünfzig Angestellte beschäftigte, die den gewaltigen Schriftverkehr zu bewältigen, die Anträge auf ihre Richtigkeit zu prüfen, zu sichten und zu sammeln hatten.

Das einfachste Verfahren, die Abstimmungsberechtigten zu ermitteln, wäre gewiß das gewesen, sie durch Aufrufe in allen größeren Zeitungen aufzufordern, sich bei uns zu melden. Aber wir beschritten diesen Weg absichtlich nicht. Auch dieser Schlag sollte in aller Stille vorbereitet werden. Als wir dann so weit waren, daß wir mit Bestimmtheit mehr als hunderttausend Landsleute aus dem Reich zur Abstimmung erwarten konnten, da erst kamen wir mit dieser Riesenzahl hervor. Die berechnete Wirkung blieb nicht aus, sie machte einen tiefen Eindruck. Dem polnischen Übermut setzte sie einen argen Dämpfer auf, in unseren Reihen stärkte sie die Zuversicht.

Fast gleichzeitig mit den Ermittlungen in der Heimat hatten wir einen zweiten Weg beschritten, um möglichst alle Abstimmungsberechtigten zu erfassen. Die ausgewanderten Masuren wohnen fast ausschließlich im rheinisch=westfälischen Industriegebiet. Dort sind sie zusammengeschlossen in den christlichen Gewerkschaften und landsmannschaftlichen Gebetsvereinen. Mit diesen nahmen wir die Verbindung auf, vor allem durch die Vermittelung und tatkräftige Hilfe des Vertrauensmannes der beiden Organisationen, Pfarrer Mückley, Gelsenkirchen, und des Lehrers Coroncy=Düsseldorf. Für die Ermittlungsarbeit an Ort und Stelle wurden zwei Geschäftsstellen des Allensteiner Heimatdienstes in Gelsenkirchen und Düsseldorf geschaffen, denen sich später eine dritte in Hamburg angliederte. Außerdem wurde eine zentrale Geschäftsstelle, anfänglich von Dr. Schauen, später von Herrn Eichler geleitet, in Berlin errichtet. Sie nahm die Verbindung mit allen auffindbaren Ostpreußen=Vereinigungen im ganzen Deutschen Reiche auf und war bemüht, zwischen ihnen und der Heimat ein lebendiges Band zu knüpfen. Zu diesem Zwecke gab sie unter anderen eine eigene Wochenschrift: „Der heimattreue Ostpreuße“ heraus.

Eine große Entlastung wurde uns dadurch zuteil, daß im Herbst 1919 der Deutsche Schutzbund die technischen Vorbereitungen für den Transport und die Verpflegung der Abstimmungsberechtigten aus dem Reiche nach dem Abstimmungsgebiete übernahm. Als einzig sicherer

Weg wurde der Seeweg von Swinemünde nach Pillau gewählt. Denn es war vorauszusehen, daß die Polen natürlich alle Anstrengungen machen würden, um das Heranschaffen dieser unserer gewaltigen Reservearmee zu verhindern. Der Korridor konnte ja leicht in den entscheidenden Tagen unter irgendeinem Vorwand gesperrt oder die Pafschwierigkeiten so schikanös gestaltet werden, daß sie einer Sperrung gleichkamen. In der Tat haben die Polen das auch versucht. Denn der Zustrom von Abstimmern aus dem Reich war so sehr viel stärker geworden, als wir erwartet hatten, daß wir doch auch auf den Weg durch den Korridor zurückgreifen und auf ihm nicht weniger als 40 000 Landsleute befördern wollten. Die ersten Züge wurden jedoch von den Polen angehalten und mußten nach den Ostseehäfen Swinemünde und Stolpmünde umgeleitet werden. Dann aber griff die Kommission ein.

Hier stand ihre Autorität auf dem Spiele. Sie schickte einen Vertreter mit energischen Weisungen nach Warschau und entsandte eine Anzahl von Offizieren nach den wichtigsten Eisenbahnstationen im Korridor, die dann auch dafür sorgten, daß die weiteren Transporte unbehelligt blieben.

Unsere Abteilung für Volksabstimmung Carlshof hatte trotz der sehr erwünschten Entlastung durch den Schutzbund noch eine riesige Arbeit zu leisten. Nicht weniger als 157 000 Anträge auf Eintragung in die Stimmlisten liefen ein. Als dann die Abstimmungsausschüsse ihre Tätigkeit begannen, mußten die Anträge rechtzeitig durch sichere Boten in die einzelnen Ortschaften geschafft werden. Darauf, nach erfolgter Eintragung in die Stimmlisten, mußten die Bescheinigungen darüber wieder gesammelt, nach Carlshof befördert und von dort aus den Abstimmungsberechtigten im Reiche zugestellt werden. Zugleich wurden ihnen auch die Fahrscheine von ihrem Wohnort nach dem Ort, wo sie abzustimmen hatten, und auch die Quartier- und Verpflegungsscheine ausgehändigt. Das alles klappte mit geringen Ausnahmen vorzüglich. Die große Fahrt nach dem Osten konnte jederzeit angetreten werden. Um die lange Fahrzeit zu verkürzen und den Landsleuten gleich beim Beginn der Fahrt einen Gruß aus der Heimat zu übermitteln, hatte die Allensteiner Propagandaleitung auch für Reiselektüre gesorgt. Sie gab zwei Abstimmungshefte heraus, ein humoristisches Heft „Fröhliche Fahrt“, das die Leser in humorvoller Weise über den langen Kampf

mit den Polen und die augenblicklichen Verhältnisse im Abstimmungsgebiet unterrichtete, und ein zweites Heft ernstes Inhaltes mit Beiträgen masurisch-ermländischer Schriftsteller. Die zahlreichen Zeichnungen, die beide Hefte schmückten, hatten erste deutsche Künstler geliefert. Die technischen Vorbereitungen für die Durchführung dieser Massentransporte hatte der deutsche Schutzbund in Gemeinschaft mit der Eisenbahnverwaltung und unseren großen Reedereien aufs sorgfältigste getroffen. Überall hatte er Verpflegungsstationen eingerichtet, für die Ausschmückung der Bahnhöfe und einen herzlichen Empfang der Durchreisenden gesorgt. Beim Betreten des ostpreussischen Bodens, in Pillau und in Allenstein, wurden die eintreffenden Landsleute von unseren eigenen Vertretern begrüßt und empfangen. Die Unterbringung dieser unzähligen Gäste im Abstimmungsgebiet selbst schien zunächst unüberwindliche Schwierigkeiten zu bereiten. Wo sollte man bei dem allgemeinen Wohnungsmangel hundertfünfzigtausend Quartiere schaffen! Aber die Heimatvereine, denen diese Aufgabe gestellt wurde, schafften sie doch. Man rückte eben noch mehr zusammen, und wenn es auch ein bißchen eng war, der gute Wille auf beiden Seiten und die allgemeine Freude und Hochstimmung halfen leicht über alle Unbequemlichkeiten hinweg.

Der Hauptwert dieser gewaltigen Massenwanderung nach dem Osten lag ja überhaupt in ihrer ideellen Wirkung. Nach dem großen Zusammenbruch trat wieder einmal klar zutage, welche Seelenkräfte trotz allem noch in unserem Volke steckten. Die starke Liebe zur Heimat hatten der verlorene Krieg, Hungersnot und Revolution nicht ertöten können. In überfüllten Zügen durch ganz Deutschland zu fahren, auf den kleinen Schiffen eng zusammengepfercht die Ostsee zu durchqueren, das war gewiß nicht verlockend und mutete einem jeden eine gewaltige Anstrengung zu. Und doch, wer nur fortgeschafft werden konnte, kam, da die Heimat rief. Es half den Polen auch nichts, daß sie überall das Gerücht austreuten, die Abstimmerzüge würden im Korridor in die Luft gesprengt werden. Die Masuren und Ermländer ließen sich nicht abschrecken. 128 000 Abgewanderte gaben am 11. Juli ihre Stimmen ab. Und als sie nach erfüllter Pflicht die alte Heimat verließen, um an ihre Arbeitsstätten und neuen Wohnorte zurückzukehren, da nahmen sie neue Kräfte aus der Heimat mit. Sie hatten

mit eigenen Augen gesehen, was die Liebe zur Heimat vermag und wie selbst ein kleines Volk allen Stürmen zu trotzen imstande ist, wenn es einig und in sich geschlossen ist. Diese Erkenntnis wird vielen für die Dauer ein seelischer Gewinn geworden sein. Und den können wir in unserem heutigen Deutschland gebrauchen. Uns aber, die wir in der alten Heimat geblieben sind, ist die Überzeugung aufs neue gefestigt worden, daß die deutsche Treue lebt und kein leerer Wahn ist. Die Rückführung der Abstimmungsberechtigten aus dem Reiche war ein großes Werk, das nur durch die Opferwilligkeit von Hunderttausenden, Abstimmern wie Helfern, ermöglicht werden konnte. Aber seine Früchte werden von Dauer sein, nicht allein für uns, sondern für unser ganzes deutsches Vaterland.

VI. Unter der Herrschaft der Kommission.

Der Friedensvertrag von Versailles war am 10. Januar ratifiziert worden. Nun mußte unser Abstimmungsgebiet mit dem Gedanken sich vertraut machen, daß in kurzer Zeit eine fremde Kommission eintreffen und die Verwaltung übernehmen würde. Dann waren wir losgetrennt von unserem deutschen Vaterlande und uns selbst überlassen. Und nur von der Kraft unseres Willens hing es ab, ob wir in seine Arme zurückkehren würden, oder nicht. In der Woche vom 1. bis 6. Februar verließ die Reichswehr unser Gebiet. Sie wurde herzlich verabschiedet und das „Auf Wiedersehen!“, das unsere Bevölkerung ihr nachrief, klang durchaus zuversichtlich. Wenige Tage später rückte bereits ein englisches Bataillon in Allenstein ein und am 12. Februar kam dann auch endlich die Kommission mit ihrem großen Beamtenstabe an. Der Empfang, der ihr zuteil wurde, fiel etwas merkwürdig aus. Aus irgendwelchen Gründen war der Sonderzug der Kommission um Berlin herumgeleitet worden, so daß die Allensteiner Regierung nicht rechtzeitig benachrichtigt werden konnte. So kam es, daß die hohe interalliierte Kommission auf dem Allensteiner Bahnhof eintraf und niemand da war, um sie zu empfangen. Es mußte erst schnell ein höherer Regierungsbeamter herangeholt werden, dem es mit viel Gewandtheit gelang, den Unwillen der Kommission zu beschwichtigen. Dann begab man sich zur Stadt in die bereitgehaltenen Quartiere. Dabei zeigte es sich aber sofort, daß die fixen Polen auf dem Posten waren. Vor dem Bahnhofsgebäude stand fein säuberlich eine große Deputation, bei der sogar die Ehrenjungfrauen mit den Blumensträußen nicht fehlten. Das polnische Theater begann, aber die Kommission verhielt sich ablehnend. Sie bestieg sofort die Autos, um davonzufahren. Doch die Ehrenjungfrauen ließen es sich nicht nehmen, wenigstens ihre Blumensträuße an den Mann zu bringen. In dem ersten voranfahrenden Auto saß der Botenmeister der Regierung. Weil er allein fuhr, hielt man ihn wohl für den Vornehmsten und bedachte ihn mit einer reichlichen Blumenpende, die er auch schmunzelnd annahm. Im zweiten Auto

saßen englische Offiziere. Auch sie sollten ihr Teil erhalten. Aber lag es am schlechten Zielen, oder wer weiß sonst woran, die Sträuße prallten ab und fielen in den Straßenschmutz. Diese kleine heitere Episode hätte den Polen ein Menetekel sein sollen, aber dieser Gedanke kam ihnen nicht. Sie nahmen gleich von vornherein, als ob das selbstverständlich sein mußte, die Kommission, „unsere Verbündeten und Freunde“, für sich in Beschlag.

Am Tage darauf übergab der Regierungspräsident die Regierungsgeschäfte der Kommission und verließ bestimmungsgemäß das Land. Damit waren wir in der Tat selbständiges Abstimmungsgebiet geworden. Zur Wahrnehmung der Interessen des Deutschen Reiches war ein Reichskommissar, Freiherr v. Gail-Königsberg, bestellt worden, der sofort sein schweres Amt antrat, unterstützt von einem kleinen Stabe, seinem Stellvertreter Geh. Regierungsrat v. Terin, zwei Offizieren als Vertretern der Reichswehr, einem höheren Post- und einem höheren Finanzbeamten. Der polnische Staat dagegen war nicht durch einen Kommissar, sondern durch einen Konsul vertreten. Und zwar wurde zum ersten Konsul der vorher erwähnte Herr Zenon Lewandowski erwählt. Die Kommission richtete sich sofort im Regierungsgebäude, wo auch das deutsche Reichskommissariat untergebracht war, häuslich ein. An der Zusammensetzung der Kommission waren die Mächte England, Frankreich, Italien und Japan beteiligt und zwar durch die Gesandten Rennie als Vorsitzenden, Couget, Marchese Fracassi und Marumo. In gleicher Weise gehörte auch der große Beamtenstab den vier Nationen an. Die erste Maßnahme der Kommission war die, die gesamte Beamtenschaft des Abstimmungsgebietes durch eine schriftliche Loyalitätserklärung sich zu verpflichten. Diese Loyalitätserklärung bestimmte, daß die Beamten ihre Pflichten wie bisher wahrzunehmen hätten, daß sie ihr Amt nicht mißbrauchen dürften, um irgendeinen Druck in dem einen oder andern Sinne auf die Bevölkerung auszuüben und endlich, daß sie sich der Kommission gegenüber loyal zu verhalten hätten. Die Beamten haben sich verständigerweise genau an diese Erklärung, die ihnen ja nichts Unbilliges auferlegte, gehalten, so daß es zu fast gar keinen Ausweisungen kam. Die Sicherheitswehr wurde natürlich ebenfalls der Kommission unterstellt, und zwar dem Dezernenten für Inneres und Polizei, dem eng-

lischen Oberstleutnant Bennett. Dann wurde die Grenze des Abstimmungsgebietes von Sicherheitswehr und Einwohnerwehr abgesperrt und der Paßzwang eingeführt. Das Gebiet durfte nur noch auf Grund einer Einreiseerlaubnis betreten werden. Endlich wurden Offiziere in die elf Kreisstädte kommandiert, um dort die Kontrolle über die Landräte auszuüben. In den Kreisen Allenstein-Stadt, Osterode und Bischofsburg (Rößel) saßen je zwei französische Offiziere, in Allenstein-Land, Ortelsburg und Lyck je ein Italiener, in Neidenburg, Sensburg, Johannisburg, Löben, Marggrabowa je ein Engländer. Es war bezeichnend, daß die Franzosen zu zweien auftraten. Die Besatzungstruppen, das bereits erwähnte Bataillon Engländer und ein später eintreffendes Bataillon Italiener, wurden so verteilt, daß die Engländer in Allenstein und Osterode lagen, die Italiener in Allenstein, Lyck und Löben.

So war denn die Verwaltung des Gebietes in die Hand der Kommission gelegt. Sie begab sich jetzt daran, die Fühlung mit der Bevölkerung aufzunehmen. Nachdem zunächst Vertretungen der Stadt Allenstein, der berufsständigen Verbände, Handelskammer, Landwirtschaftlicher Zentralverein, Gewerkschaften gehört waren, wurden dann am 17. Februar der Vorstand des „Masuren- und Ermländerbundes“ und darauf eine Abordnung der Polen empfangen. Unsere Stellung war ja ganz klar. Wir hatten kein Interesse daran, der Kommission die Arbeit zu erschweren, solange sie sich an die Bestimmungen des Friedensvertrages hielt. Wir erstrebten nur eine möglichste Beschleunigung der Abstimmung. In diesem Sinne war auch die Ansprache gehalten, die der Vorsitzende des „Masuren- und Ermländerbundes“ an die Kommission richtete. Er legte kurz und sachlich die Organisation der Deutschgesinnten dar, die über 90 Prozent aller Stimmberechtigten in sich vereinigte und stellte sich und den Vorstand zur Verfügung, falls die Kommission auf Berater aus der bodenständigen Bevölkerung Wert legte. Zugleich bat er darum, die Abstimmung möglichst zu beschleunigen, da die finanziellen Lasten mit der Länge der Zeit unerträglich werden würden. Außerdem hätte jeder deutsche Gau jetzt die Pflicht, am Wiederaufbau mitzuarbeiten. Das wäre uns unmöglich gemacht, solange nicht über unsere Zukunft die Entscheidung gefällt wäre. Darauf erwiderte der Vorsitzende der Kommission, Nennie — allerdings

erst, als ein kleines Zwischenspiel erledigt war. Draußen hatte sich nämlich inzwischen die Abordnung der Polen gesammelt und erfüllte in ungeahnter Zahl und mit echt polnischem Temperament die Korridore, so daß erst Ruhe geschaffen werden mußte, damit Herr Kennie sprechen konnte. Seine Entgegnung war in verbindlichster Form gehalten. Er versicherte, daß unter allen Umständen die Abstimmung frei, gerecht und geheim sein würde und bat darum, unsere große Organisation in den Dienst der Sache zu stellen und vor allem dafür zu sorgen, daß die Ruhe im Abstimmungsgebiet aufrechterhalten bliebe. Das versprachen wir gern.

Die Unterredung hatte auf uns einen guten Eindruck gemacht. Wir alle, auch der Reichskommissar, der zugegen gewesen war, hatten den Eindruck gewonnen, daß die Kommission den guten Willen mitgebracht hätte, nach Möglichkeit die Neutralität zu wahren. Wir haben uns nicht getäuscht. Wenn später so manches geschah, was eine ganz offenbare Bevorzugung der Polen war, so geschah das wohl mehr auf einen gewissen Druck von Paris her, wo die Polen natürlich eifrigst in ihrem Sinne mit französischer Hilfe arbeiteten. Aus dem Eindruck, den uns die Kommission gemacht hatte, zogen wir die Folgerung, daß der „Ostdeutsche Heimatdienst“, abgesehen, wie erwähnt, von der Abteilung Volksabstimmung, in Allenstein blieb, allerdings ohne an die Öffentlichkeit zu treten. Ihr wie der Kommission gegenüber trat nur der „Masuren- und Ermländerbund“ in Erscheinung. Die „Ostdeutschen Nachrichten“ waren sein Organ, die Propaganda wurde in seinem Namen weitergeführt. Abgesehen von dieser ersten Unterredung ist der Vorstand des Bundes nie mehr mit der Kommission in persönliche Berührung gekommen. Wir bedienten uns ausschließlich der Vermittlung des Reichskommissars, an dem wir eine hervorragende Stütze gefunden hatten. Nur in einigen Zeitpunkten höchster Krisis mußte ich selbst vor der Kommission antreten. Sonst war es stets der Reichskommissar, der die Verhandlungen führte. Er hatte unser vollstes Vertrauen gefunden und hat es sich zu bewahren gewußt. Ein besseres Zusammenarbeiten in unausgesetzter gegenseitiger Verständigung ist schlechterdings nicht denkbar.

Unsere Zurückhaltung der Kommission gegenüber hatte aber auch noch einen anderen Zweck. Es sollte der Eindruck, den die Polen auf

sie machten, unterstrichen werden. Die Polen befolgten nämlich gerade die entgegengesetzte Taktik wie wir. Genau so, wie sie die Kommission gleich bei ihrem Eintreffen am Bahnhof überfallen hatten, so überfielen sie sie auch später tagtäglich. Sie überliefen sie mit immer neuen Bitten, Wünschen und Beschwerden. Beschwerden natürlich über die Deutschen. Die Kommission ließ alles gewissenhaft durch ihre Kontrolloffiziere untersuchen. Da sich aber immer wieder, bei Tausenden von Beschwerden, herausstellte, daß es sich mehr um Kindereien als um ernsthafte Dinge, sehr häufig aber auch um Erfindungen und Lügen handelte, so wurden die Kontrolloffiziere sehr bald nervös. Mir erklärte eines Tages der Kontrolloffizier Capitano Riccardi ganz wild: „Wenn irgendwo der Küster die Kirchenglocken läutet, so beschweren sich die Polen sofort, daß er bloß für die Deutschen läutet, und nicht auch für die Polen.“ Die Nervosität der Kontrolloffiziere übertrug sich dann auch auf die Kommission. Und das konnte uns ja nur lieb sein.

Das unkluge Vorgehen der Polen war wohl nicht nur aus ihrer mangelnden Selbstkritik zu erklären, sondern vor allem daraus, daß ihnen die Kommission, so wie sie war, an und für sich eine schwere Enttäuschung bedeutete. Sie hatten die bestimmte Hoffnung gehabt, die Abstimmung würde von einem Franzosen geleitet werden. Und alle Städte und Dörfer würden von französischen Truppen besetzt werden. Voreilig genug, oder von ihrer Regierung falsch informiert, hatten sie ihren Anhängern in bestimmter Form die Versicherung gegeben, daß nach dem Eintreffen der Kommission alle deutschen Beamten, und vor allem die Lehrer, ihre gefürchtetsten Gegner, ausgewiesen und durch polnische ersetzt werden würden. Die Sicherheitswehr würde verschwinden müssen, die Heimatvereine des „Masuren- und Ermländerbundes“, diese „Spitzelorganisation“, verboten werden, selbstverständlicherweise auch die „Ostdeutschen Nachrichten“, dieser Schimpf und Schande für die deutsche Kultur, und vor allem natürlich ihr Redakteur, der „Nene-gat“, „Teufel mit Hörnern“, das „mißratene Erzeugnis zweier Nationen“. Dann würden herrliche Zeiten anbrechen für das polnische Volk in Ermland und Masuren. Aber leider, leider, tat ihnen die Kommission den Gefallen nicht. Die Beamten und Lehrer blieben und die Sicherheitswehr blieb, der „Masuren- und Ermländerbund“, die „Ostdeutschen Nachrichten“ wurden nicht verboten, und auch der verhasste

„Nenegat“ blieb. Die im Abstimmungsreglement verbürgte Freiheit der Agitation und der Presse wurde nicht angetastet.

Nur ein Trost blieb den Polen. Die französischen Kontrolloffiziere und was sonst noch an französischen Militärs da war, stellte sich ganz ungeniert in den Dienst der polnischen Propaganda. Ihr ganzes Verhalten bezeugte das ganz offensichtlich, aber es lagen uns auch schriftliche Beweise vor. Einer davon mag genügen, und zwar nachstehender Brief — in deutscher Übersetzung — des polnischen Kreisstellenleiters von Bischofsburg-Rössel an den polnischen Konsul, Herrn Zenon Lewandowski:

Bischofsburg, den 21. März 1920.

Hotel Bischofsburger Hof.

Dem

Generalkonsulat der polnischen Republik

Allenstein.

Zu Tagebuch-Nr. 446/20.

Der Kommandant des Rösseler Kreises, der französische Major Hugues verlangt von uns, daß wir ihm jedes Material vorlegen. Wir tun dies täglich, indem wir jedesmal einige unserer Anträge und Beschwerden beifügen; und der Unterzeichnete pflegt mit dem oben Erwähnten und dem Hauptmann de Saint Sernin auf ihre Forderung jeden Tag 10 Uhr vormittags eine einstündige ausführliche Konferenz. Es kommen Tage vor, wo man sich auf ihren Ruf auch in den Vormittagsstunden in ihrer Privatwohnung im Kasino einstellen muß. Diese Herren arbeiten mit uns mit Anstrengung. Alle unsere Anträge, soweit sie zur Erledigung vorlagen, erledigten sie unverzüglich zu unseren Gunsten. Die schwierigen Anträge und Beschwerden gaben sie an ihre Allensteiner Behörde weiter und wie aus den gepflegten Konferenzen und ihren Aussagen hervorgeht — und diese Aussagen sind durch Zeugen bewiesen — haben wir in dem Allensteiner Gebiete ihnen eine ganze Reihe neu herausgegebener Vorschriften zu unseren Gunsten zu verdanken. Die erwähnten Herren verlangen, daß wir ihnen alles Material überweisen. Wenn wir ihnen die Angelegenheit des Bürgermeisters Kellmann nicht vorgelegt hätten, wären sie bereit, uns das übel zu nehmen usw.

Der Volksrat.

Die französischen Beamten der Kommission waren vorsichtiger, aber wir wußten es, daß auch sie nach Kräften sich für die Polen einsetzten. Der französische Gesandte Couget schien anfänglich zwar bereit, sachlich und objektiv zu bleiben, so weit er es gegen sein Gefühl vermochte. Er wurde aber bereits nach drei Monaten durch einen Herrn Chevalier abgelöst, der sich diese Rücksichtnahme nicht mehr auferlegte. Der oben angeführte Brief hatte übrigens doch eine gewisse politische Wirkung. Er war mir von unbekannter Seite durch die Post zugesandt worden, und da ich ihn als Eigentum des polnischen Konsulates erkannte, so begab ich mich zu Oberstleutnant Bennet, übergab ihn und bat, in Anbetracht der gespannten Beziehungen, die zwischen dem polnischen Konsulat und mir beständen, möchte Bennet doch die Freundlichkeit haben, ihn von sich aus dem rechtmäßigen Eigentümer zuzustellen. Herr Bennet machte erst ein verdutztes Gesicht, besah die polnische Schrift von oben bis unten, und fragte: „Sie wissen, was da drin steht?“ Ich entgegnete unbefangen: „Natürlich. Und wenn es Sie auch interessiert — ich habe gleich eine Übersetzung mitgebracht.“ Darauf las Herr Bennet die Übersetzung und sagte dann mit einem leisen Lächeln: „Gut, ich will Ihnen den Gefallen tun. Aber erst werde ich den Brief der Kommission vorlegen.“ Das geschah auch. Die beiden französischen Offiziere wurden — nicht abgesetzt, o nein, sondern der polnische Konsul, der arme Herr Zenon Lewandowski. An seine Stelle trat ein Fürst Korybut-Woroniecki.

Die offene Unterstützung, die die Polen bei den Franzosen fanden, half ihnen aber doch nicht über die bittere Erkenntnis hinweg, daß die Kommission nicht gewillt war, ihre Neutralität aufzugeben und sich für ihre Zwecke einzusetzen zu lassen. So begannen sie bald, sehr energische Forderungen zu stellen, Drohungen auszustößen, die ihren Widerhall im Warschauer Landtag fanden und dort unterstützt wurden. Als alles nichts half, arbeiteten polnische Propaganda und polnische Regierung mit vereinten Kräften dahin, die Kommission zu beseitigen. Erreichten die Polen ihr Ziel, so hätte das für uns die schwersten Folgen gehabt, die Abstimmung wäre auf einen unabsehbaren Zeitpunkt hinausgeschoben worden. Das mußte unter allen Umständen verhindert werden. So ergab sich denn die merkwürdige Tatsache, daß das deutsch-polnische Duell sich zu einem Kampf um die Kommission auswuchs,

von dem zwar die Öffentlichkeit wenig merkte, der aber um so schwerwiegender war und mit äußerster Erbitterung geführt wurde. Da er von entscheidender Bedeutung und viel wichtiger als der eigentliche Propaganda-Abstimmungskampf war, so will ich ihn später ausführlich schildern, vorher aber erst auf jenen, weniger wichtig gewordenen eingehen.

Die Polen hatten alle Anstalten getroffen, um sofort nach dem Eintreffen der Kommission mit einer Propaganda größten Stiles einzusetzen zu können. Das berühmte, im dritten Kapitel aufgeführte Programm sollte nun zur Tat werden. Der erste Schritt war der, daß die Polen, wo sie nur konnten, in den Städten Häuser, in erster Linie Saalgrundstücke, kauften, um dort ihre Kreisleiter unterzubringen. In Allenstein erstanden sie ein großes Hotel, den Reichshof, der das polnische Hauptquartier wurde. Dorthin übersiedelte das Masurische Komitee, das bisher von Warschau aus gewirkt hatte, an seiner Spitze der Generalsekretär Stanislaw Zielinski, und der polnische Landtagsabgeordnete Wladislaw Herz, als Leiter der Propagandaabteilung. Die Organisation, die die Polen sich zur Durchführung des Abstimmungskampfes geschaffen hatten, war der des „Ostdeutschen Heimatdienstes“ ähnlich, nur viel, viel großartiger. In Polen arbeiteten die Zentralleitungen des Ermländischen und des Masurischen Komitees, die dem Ministerium des Innern in Warschau direkt unterstellt waren. Unterstützend wirkten mit die schon erwähnte „Abstimmungsvereinigung der evangelischen Polen“ und eine andere private Organisation, das „Komitee zur Befreiung Ermlands und Masurens“. Im Abstimmungsgebiet wirkten die eigentlichen Arbeitsabteilungen der beiden Komitees, und zwar gab es da eine Agitationsabteilung, eine Kulturabteilung, eine Finanzabteilung, eine Wirtschaftsabteilung. Die eigentlichen Führer waren Zielinski und Herz. Daneben aber hatte jede Abteilung ihren eigenen Leiter und ein Heer von Angestellten. Der „Reichshof“ war trotz seiner Größe buchstäblich vom Keller bis zum Dach gefüllt. Draußen in den Kreisen hatte in jeder Kreisstadt ein Kreisleiter seinen Sitz. Er verfügte über die notwendigen Bureaukräfte und eine Schar bezahlter Agitatoren. Hand in Hand mit den beiden Propagandakomitees arbeitete der polnische Konsul, Herr Zenon, bis er infolge des oben angeführten Briefes wieder heimgeschickt wurde.

Natürlich entsprach seine agitatorische Tätigkeit keineswegs seinen Befugnissen als Konsul. Deswegen sprachen die polnischen Zeitungen, wenn er irgendwo eine Agitationsrede gehalten hatte, von ihm immer nur als einem „Unbekannten aber sehr aufgeklärten Polen“. Wer allerdings nicht erschienen war, das war, zu unserer eigenen Überraschung, der Generalsuperintendent Bursche. Er blieb in Warschau. Dieser Herr faßte die Sache sehr vorsichtig an. Er entsandte zunächst einmal zwei Rundschafter nach Masuren, den evangelisch polnischen Pfarrer Lodwisch und eine Pfarrerrwitwe Frau Erdmann aus Warschau. Sie fuhren im Lande umher, besuchten auch mehrfach unsere masurischen Geistlichen, aber die Berichte, die sie danach Herrn Bursche erstatteten, müssen doch wohl so gewesen sein, daß er es nicht wagte, seinen Vorschußlorbeeren als Retter Masurens die Tat folgen zu lassen. Er blieb also in Warschau. Abseits von der großen Zentrale blieb auch Herr Kasimir Zaroszyk, der alte Vorkämpfer für das Polentum in Masuren. Zwar redigierte er seinen „Mazur“ ruhig weiter und schimpfte tapfer nach wie vor, aber mit den Warschauer Herren im Allensteiner Reichshof trat er niemals in ein freundschaftliches Verhältnis. Er fühlte sich wohl ein wenig übergangen (das Masurische Komitee sollte ja doch eigentlich nach Ortelsburg und nicht nach Allenstein verlegt werden), und wohl auch von dem ganzen Treiben der Warschauer sehr wenig erbaut. Denn Zaroszyk war von allen polnischen Propagandahelden der einzige, der aus wirklichem Idealismus, wenn auch reichlich mit Fanatismus gepaart, sich für die polnische Sache einsetzte. Allerdings hatte er damals bereits in seinem Tagebuch vermerkt, daß ein polnischer Erfolg in Masuren ausgeschlossen wäre, da den Masuren nicht zu trauen sei.

Die beiden polnischen Abstimmungskomitees aber waren durchaus nicht dieser Ansicht, sondern warfen sich mit Feuereifer auf die Arbeit. Freilich bestand diese Arbeit hauptsächlich im Planemachen. Es wurde Hunderterlei angefangen, aber sehr bald wieder liegen gelassen und etwas Neues vorgenommen. Die Agitationsabteilung bewies, daß sie von uns etwas gelernt hatte. Als Gegenstück zu den Heimatvereinen begann sie polnische Volksvereine zu gründen, die zu einem Ermländerbund und einem Masurenbund zusammengefaßt wurden. Der polnische Masurenbund wurde übrigens bemerkenswerterweise im Dezember 1919

in Warschau gegründet. Man hatte sich dazu etwa 30 Mann kommen lassen. Die Warschauer Agitatorenschule war auch nach Allenstein verlegt worden und bildete eifrig Verfechter des polnischen Gedankens aus. Sie wurde gut besucht, da jeder der Schüler ein Monatsgehalt von 1000 Mark bezog. Die Presseabteilung arbeitete höchst eifrig, sie fabriizierte Flugblätter über Flugblätter, in der Masse groß, im Geiste klein. Dazu kauften sie in Allenstein eine deutsche Druckerei, der gesinnungstüchtige Deutsche Frank Klapperich machte das Geschäft, das gewiß glänzend war, denn auf 100 000 Mark mehr oder weniger kam es den Polen nicht an. Außerdem richteten sie eine zweite deutsche Druckerei im Reichshof ein. Die Zahl der Zeitungen wurde vermehrt. Außer der „Gazeta Nizyńska“ und dem „Mazur“ nahmen den Kampf gegen unsere „Ostdeutschen Nachrichten“ auf: eine deutsche Beilage der Gazeta, die ebenfalls deutsch geschriebene „Masurische Volkszeitung“ und „Der Beckruf“. Der letzte wurde in Graudenz hergestellt und schlug eine ganz unglaubliche Tonart an. In der unflätigsten Weise zog er alles Deutsche und Preußen in den Schmutz. Wir ließen ihn ruhig gewähren, denn gerade dadurch hat er uns vortreffliche Dienste geleistet.

Was die statistische Abteilung der polnischen Komitees zu tun hatte, ist mir nicht recht klar geworden. Sie zählte wohl die Häupter ihrer Lieben. Die Finanzabteilung dagegen hatte die nötigen Gelder aus Warschau heranzuschaffen. Das tat sie auch, millionenweise, durch besondere Kuriere. Es war stets deutsches Geld, deutsche Scheine, sehr hübsch geordnet in Päckchen mit einem Band herum, das ganz ungeniert den Stempel einer polnischen Staatskasse trug. Die Finanzverwaltung war allerdings etwas eigentümlicher Art. Bald schwamm das ganze polnische Volk in Masuren und Ermland im Geld, bald waren die Kassen so leer, daß nicht einmal die Gehälter ausgezahlt werden konnten. Es ist mehrfach vorgekommen, daß in solchen Fällen die polnischen Agitatoren sich zu Hunderten zusammenrotteten, um den Reichshof zu stürmen und das ganze Komitee zu verprügeln. Die Wirtschaftsabteilung hatte die seltsame Aufgabe, billige Lebensmittel, Stoffe, Schuhe aus Polen (!) einzuführen. Dazu ist nur zu sagen, daß wir herzlich froh waren, daß die polnische Grenze nicht geöffnet wurde, sondern gesperrt blieb. Sonst wären wir wohl gänzlich ausgeplündert worden.

Und nun noch eine sehr wichtige Abteilung, die Kulturabteilung. Sie hatte die Aufgabe, für die Bildung der Masuren und Ermländer zu sorgen. Ihr verdanken wir es, daß Allenstein zum Range einer Universitätsstadt erhoben wurde, wenn auch nur für drei Wochen. Die polnische Universität, die die Kulturabteilung im Reichshof eingerichtet hatte, vermittelte folgende Kenntnisse: Lesen, Schreiben, Rechnen, Geographie — natürlich polnische — und Geschichte. Die Anforderungen an die Hörer waren aber wohl zu hoch, denn die Universität ging sehr bald wieder ein. Neben ihr, natürlich im Bildungsniveau eine Stufe tiefer als die Hochschule, bestand immer noch die Schule des Herrn Professor Sossna, die unentwegt Lehrer, Lehrerinnen und Gouvernanten ausbildete. Endlich wurden noch, ebenfalls für Bildungszwecke, eine Volksbibliothek und ein Wandertheater eingerichtet. Dann aber machte sich die Kulturabteilung daran, auch draußen auf dem Lande zu wirken. Sie errichtete, allerdings nur im Kreise Allenstein-Land, eine Anzahl Kleinkinderschulen und Privatschulen. Da aber schritt der „Masuren- und Ermländerbund“ ein und verlangte von der Kommission gleiches Recht für alle. Auch die polnischen Lehrer mußten den Befähigungsnachweis erbringen, wie er von jedem deutschen Lehrer verlangt würde. Die Kommission konnte nicht umhin, die Berechtigung dieser Forderung anzuerkennen und der Franzose Fontanges, der Leiter der Schulabteilung, mußte, gewiß nicht gern, feststellen, daß die in der Sossnashule erworbenen Kenntnisse zu einer Lehrbefähigung nicht ausreichten.

So viel Pläne, so viel Fehlschläge. Die Agitation wollte nicht in Fluß kommen. Zwar gelang es in Ermland, eine Reihe von polnischen Volksvereinen zustande zu bringen. Sie hielten sogar am 24. Februar in Allenstein eine Versammlung ab, die mit gewaltigem Trara in Szene gesetzt und als „Landtag des ermländischen Volkes“ bezeichnet wurde, aber was half ihnen das Komödie spielen. Die Heimatvereine hielten stand, und damit war die Abstimmung entschieden. Im Januar begannen die Polen damit, eine Anzahl von öffentlichen Versammlungen zu veranstalten. Aber die einzelnen Heimatvereine, unterstützt durch die Nachbarvereine, traten ihnen überall geschlossen entgegen und jede dieser polnischen Versammlungen endete mit dem Liede: „Deutschland, Deutschland über alles!“ In Masuren kamen sie noch viel weniger vorwärts. Wo sie auch hinkamen, stießen sie auf

die harte Mauer eines Heimatvereins. Dadurch wurde die Leitung des Komitees in Allenstein mit der Zeit so nervös, daß Herr Herz Anfangs März sich selbst auf den Weg machte zu einer Erkundungsfahrt durch Masuren. Nach seiner Rückkehr berichtete er, daß er überall, in den Städten wie in den Dörfern, feindselig empfangen worden wäre. Das polnische Volk in Masuren wäre trotz seines echten Polentums noch ganz „unaufgeklärt“. Überall machten sich nur deutsche Banditen und Straßenräuber breit, die bösen Heimatvereiner. Der Kommission gegenüber beklagten sich Herz und Zielinski immer wieder, daß sie an die Bevölkerung gar nicht herankämen. Um nun endlich doch irgendwie zum Ziele zu kommen, um dieses Herankommen zu erzwingen, verfielen sie auf einen unglückseligen Gedanken, der geeignet war, die Ruhe und den Frieden im Abstimmungsgebiet aufs allerschwerste zu gefährden. Sie organisierten die berüchtigte Bojuwka. Der Name bedeutet auf deutsch: Kampftrupp, Stoßtrupp. Ihre Verwendung war folgendermaßen gedacht. Man wollte es nochmals mit öffentlichen Versammlungen versuchen, aber zu jeder Versammlung wurde, angeblich zum Schutze der Redner, ein Kommando Bojuwka, etwa 50 Mann stark, beordert. Mit Knüppeln und teilweise mit Revolvern bewaffnet, hatten diese Kerle die Aufgabe, die deutschen Gegenredner in den Versammlungen niederzuschreien, und wenn das nicht half, die deutsche Opposition niederzuknütteln. Handelte es sich um deutsche Versammlungen, so wurde sie entsandt, um sie zu sprengen. Nach den einzelnen Orten hinausbefördert wurden die Bojuwka-Kommandos durch Lastautos, von denen die Polen sich einen ganzen Park zugelegt hatten. Die Bojuwka zählte etwa 2000 Mann, von denen jeder 1000 Mark monatlich erhielt. Natürlich befanden sich in ihren Reihen alle Lagediebe und Laugenichtse aus dem ganzen Abstimmungsgebiete. Die Führer waren zunächst Einheimische, die aber später durch Posener, Warschauer und Galizier ersetzt wurden. Das Auftreten der Bojuwka konnte die gefährlichsten Folgen zeitigen. Unsere masurisch-ermländische Bevölkerung hatte durch die Tätigkeit in den Heimatvereinen bereits ein solches Bewußtsein der eigenen nationalen Stärke erlangt, daß sie sich niemals widerstandslos von bezahlten Strolchen hätte niederknütteln lassen. Es war leicht vorauszusehen, daß es zu harten Zusammenstößen kommen mußte, die dann auch nicht ausblieben. Der Ermländer-

und Masurenbund machte daher die Kommission auf die drohende Gefahr aufmerksam und ersuchte darum, die Bojuwka zu verbieten. Die Polen leugneten zunächst das Bestehen der Bojuwka einfach ab. Da wir aber die vollständigen Mannschftslisten und den ganzen, vollkommen militärisch gehaltenen Organisationsplan vorzulegen in der Lage waren, entschloß sich die Kommission endlich doch, das Verbot zu erlassen. Die Polen gehorchten, entließen auch die Bojuwkamannschaft, um sie sofort, für einen anderen Zweck, wieder einzustellen. Das heißt, sie blieb bestehen, aber da sie sich inzwischen vielfach blutige Köpfe geholt hatte, wurde sie vorsichtiger und wagte sich nicht recht vor. Nur in einigen Teilen der ermländischen Kreise blieb sie eine wahre Landplage.

Außer der Bojuwka hatten schließlich die Polen noch etwas anderes ausgeheckt. Sie machten sich an die Führer unserer eigenen Linkradikalen heran. Und es gelang ihnen tatsächlich, eine Anzahl von ihnen zu kaufen. Im April erfuhren wir, daß sieben Unabhängige nach Warschau gefahren wären. Der gefährlichste von ihnen war ein gewisser Karl Kaczinski, der wegen seiner unverwüßlichen Redegewandtheit unter der Allensteiner Arbeiterschaft eine bedeutende Rolle spielte. Als die sieben aus Warschau zurückkehrten, schlugen wir Lärm. Und nun zeigte es sich, daß auch diese Spekulation der Polen falsch berechnet war. Die ganz überwiegende Mehrzahl unserer Unabhängigen verurteilte das Verhalten der Warschaufahrer aufs schärfste, und verlangte, sie sollten aus der Partei ausgeschlossen werden. Kaczinski und Genossen versuchten sich zwar zu retten, dadurch, daß sie erklärten, sie wären nur nach Warschau gefahren, um die Verhältnisse der dortigen Arbeiterschaft zu studieren. Es half ihnen aber nichts, da wir nachweisen konnten, daß sie seit Monaten bereits von den Polen ein festes Gehalt bezogen. Die Empörung ihrer Genossen segte sie hinweg. Herz hatte inzwischen bereits eine große Anzahl von Flugblättern drucken lassen, die sich im Namen der Warschaufahrer an unsere Arbeiterschaft wandten, um für Polen Stimmung zu machen. Diese Flugblätter waren in aller Stille in Königsberg gedruckt worden, aber unsere Eisenbahner paßten auf. Sie erreichten zwar die Station Allenstein, aber was dann mit ihnen geschah, weiß man nicht. Verteilt werden konnten sie jedenfalls nicht. So erfreulich nun auch das Ver-

halten unserer Unabhängigen war, so zweifelhaft war doch das Gebaren der Parteileitung. Der Allensteiner unabhängige Parteisekretär Drescher, der zwar nicht die Dummheit gemacht hatte, nach Warschau mitzufahren, sonst aber durchaus mit den Polen, besonders mit Herz, in freundschaftlicher Verbindung stand, hatte mehrfach seinen Genossen Stimmenenthaltung empfohlen — womit er allerdings auch nicht durchdrang. Die Königsberger Parteileitung gar war nicht zu bewegen, die sieben Warschaufahrer aus der Partei auszustoßen. Sie drückte sich auch um eine klare Stellungnahme zu der Abstimmungsfrage herum, und erst ganz vor Loresschluß ließ sie sich von der immer schärfer werdenden Opposition ihrer Wähler aus dem Abstimmungsgebiet folgende Entschließung abringen: „Jeder stimme, wie es ihm sein Gewissen vorschreibt. Es liegt aber im Interesse der Partei, daß das deutsche Wirtschaftsgebiet nicht zerrissen wird.“ Die Polen hatten also wieder einmal ihre Gelder schlecht angelegt. Der Kauf der sieben unabhängigen Warschaufahrer hatte sich gegen sie selbst gekehrt.

Die deutsche Propaganda war inzwischen nicht müßig geblieben. Als der große polnische Generalangriff im Januar und Februar 1920 einsetzte, beobachtete sie zunächst mit gespannter Aufmerksamkeit, wie die Heimatvereine sich bewähren würden. Sehr bald konnte sie beruhigt feststellen, daß die Schutzmauer des „Masuren- und Ermländerbundes“ jeder Möglichkeit standhalten würde. Es war in der Tat erreicht worden, was erreicht werden sollte. Als die Kommission eintraf, war die Schlacht bereits geschlagen, das Abstimmungsergebnis gesichert. Es galt nun, den Erfolg so groß wie möglich auszubauen und zu verhindern, daß die Abstimmung um Jahre hinausgeschoben würde. Der Flut von Flugblättern und den polnischen Zeitungen trat die Propagandaleitung wie bisher in den „Ostdeutschen Nachrichten“ durch launige und witzige Artikel entgegen, die eine immer steigende Wirkung erzielten. Dann wurden natürlich alle Stimmungsmomente ausgenutzt, wie sie sich gerade boten. Die Art und Weise, wie die polnische Armee unter General Haller von unserer armen Schwesterprovinz Westpreußen Besitz ergriff, unter strengsten, sonst nur im Kriege und in Feindesland üblichen Maßregeln gegenüber der Bevölkerung; die katastrophalen wirtschaftlichen Folgen, die sich durch die Übernahme ergaben, die Gleichstellung der deutschen mit der polnischen Mark, die

Scharen Warschauer und galizischer Händler, die wie ein Heuschreckenschwarm sich auf das bebauenswerte Land stürzten, um alles aufzukaufen und herauszuschleppen — das alles wurde möglichst anschaulich geschildert. Und dann Soldau! Das war ja ein Stück von uns selbst. Sozusagen vor unseren Augen spielte sich die Tragödie ab. Täglich fast kamen Flüchtlinge über die Grenze, um von ihrem jammervollen Schicksal zu berichten. Das war ein Agitationsstoff, den die polnische Regierung uns da lieferte, der die tiefste Wirkung erzielte. Der Feldzug gegen die Bolschewisten, den Polen leichtsinnig vom Zaun brach, wurde natürlich auch nach Kräften ausgenutzt. Zwar erfolgte die eigentliche Niederlage erst nach der Abstimmung, aber als Kiew erobert und unsere Reichshospolen große Siegesfeste feierten, wurde von uns die unausbleibliche Niederlage vorausgesagt. Die Rückschläge traten denn auch, fast möchte man sagen, programmäßig ein und lieferten ebenfalls einen vortrefflichen Stoff. Der Rapp-Putsch ließ übrigens unser Abstimmungsgebiet ganz unberührt. Günstig wirkte andererseits die Abstimmung in der zweiten Zone Schlesiens, weil sie den Beweis brachte, daß die Entente sich an das Ergebnis gebunden fühlte. Wir durften demnach dasselbe hoffen.

Ihres Sieges sicher, steckte sich die deutsche Propagandaleitung nun noch ganz andere Ziele. Sie ging daran, die polnische Organisation zu zerschlagen und von ihren einheimischen Anhängern ihnen so viel abzusagen, als irgend möglich. Die Polen waren so unvorsichtig gewesen, in die leitenden Stellen Männer zu berufen, die zum Teil recht dunkle Ehrenmänner waren. Im Grunde genommen eine unbegreifliche Sache. Die Polen hatten doch allen Anlaß, wenn sie überhaupt auf Erfolg rechnen wollten, uns das Polentum von seiner besten Seite zu zeigen. Die besten Männer, die Polen besaß, hätten sie herschicken müssen, wenn der polnische Gedanke etwas Verlockendes, Verführendes haben sollte. Ganz das Gegenteil war der Fall. Es rächte sich von vornherein, daß die polnische Propaganda Mittel im Überfluß besaß und sie auch im großen Stille anwandte. Unter den Tausenden von Agitatoren und Bojuwkaleuten, die sie gegen hohes Gehalt anstellten, befand sich zum Teil eine wahre Auslese von gescheiterten Existenzen, Tagedieben und Verbrechern, die doch natürlich unserer Bevölkerung als solche wohl bekannt waren. Wir veröffentlichten die gesamten Listen

dieser Leute und stellten dar, in welcher Gesellschaft die polnischen Führer sich befänden. Das mußte auch in polnischen Kreisen verwirrend wirken. Auf die frommen katholischen, polnischen Ermländer machte es großen Eindruck, als wir die Zusammenarbeit der polnischen Komitees mit den Unabhängigen und den Spartakisten öffentlich feststellten. Schon damals trat ein deutlich erkennbarer Riß in der polnischen Gefolgschaft im Ermland ein. Aber wir gingen sehr bald gegen die Führer selbst vor. Der erste, den wir erledigten, war der sogenannte Professor Sossna, der von der Revolution bis zum Februar 1920 eine große Rolle spielte, die deutsche Beilage der „Gazeta“ herausgab und die polnische Schule in Allenstein leitete. Dieser Mann war kein Professor, sondern ein ehemaliger preussischer Lehrer aus der Provinz Posen, der fünfzehn Jahre vorher aus dem Amte gejagt war, wegen unheilbarer Trunksucht und schwerer Sittlichkeitsverbrechen. Bis zum Kriege hatte er sein Leben als Wagabund verbracht. Dann wurde er eingezogen, wurde Dolmetscher im Kriegsgefangenenlager Arys und tauchte plötzlich nach der Revolution als Professor und Führer der polnischen Bewegung in Allenstein auf. Diese Art polnischer Kulturträger mußten wir doch eigentlich als eine Beleidigung empfinden. Wir gaben ihm durch unsere Zeitung einen deutlichen Wink, und er verschwand. Dann ertappten wir den Redakteur der „Gazeta Olsztynska“, Nowakowski, auf einem unglaublichen Schwindel. Im Frühjahr 1919 wurde er von der polnischen Regierung nach Frankreich geschickt. Dort besuchte er die deutschen Kriegsgefangenenlager, um gefangene Ermländer und Masuren zu ermitteln. Sie sollten sich melden, um als zukünftige polnische Staatsangehörige die Bevorzugung zu erhalten, sofort in ihre Heimat befördert zu werden. Es meldete sich, verlockt von der Aussicht, bald heimzukommen, eine große Anzahl, leider auch sehr viele gute, brave Deutsche. Sie wurden in ein besonderes Lager gebracht und mit der Hallerarmee nach Polen befördert. Dort wurden sie jedoch nicht entlassen, sondern in das polnische Heer gesteckt. Einigen gelang es zu entfliehen, die übrigen wurden erst sehr viel später entlassen, als unsere Kriegsgefangenen längst wieder zu Hause saßen, zum Teil haben sie gar noch den Bolschewistenkrieg mitmachen müssen. Die Enthüllung dieses Schwindels trug natürlich auch dazu bei, den moralischen Kredit der polnischen Propaganda zu untergraben. Eine

geradezu prächtige Gelegenheit dazu bot ferner der polnische „Märtyrer“, der Mühlenbesitzer Franz Zielinski aus Kurziontken. Dieser Biedermann war im Jahre 1919 wegen bolschewistischer Umtriebe zu Festungshaft verurteilt worden. Bei seiner Überführung nach einer deutschen Festung sprang er in der Nähe von Dirschau aus dem Zuge und war verschwunden. Ein paar Tage später aber las man in den polnischen Blättern lange rührende Artikel, daß der arme Franz Zielinski, den deutsche Soldaten wegen seiner echt polnischen Gesinnung aus dem fahrenden Zuge geworfen hätten, nach Warschau gebracht wäre und dort schwer krank darniederläge. Aber ganz Warschau brächte dem „edlen Märtyrer für die polnische Sache in Masuren“ seine Huldigung dar. Als Antwort darauf konnten wir folgende nette Geschichte bringen. Dieser Franz Zielinski war gar kein Pole, sondern ein Masure. Er war erst Weichensteller gewesen, hatte es irgendwie zu Geld gebracht und kaufte sich eine kleine Mühle in Kurziontken, Kreis Johannisburg, nahe der Grenze. Als nun im Jahre 1915 die deutschen Heere die Russen aus Polen vertrieben, und infolge des schnellen Vormarsches die Etappenverwaltung noch nicht überall durchgeführt war, kam Zielinski auf einen genialen Gedanken. Er setzte sich seine alte Eisenbahnermütze auf, zog einen Soldatenmantel an, hängte ein Gewehr um und fuhr mit seinem Wagen über die Grenze nach dem nächsten polnischen Dorf. Dort gab er sich als deutscher Feldgendarm aus und begann zu requirieren. Im Laufe weniger Wochen brachte er es fertig, fast sämtliche Dörfer des polnischen Kreises Schtschutschin bis aufs letzte auszuplündern. Schließlich aber faßte ihn ein wirklicher Feldgendarm ab und ein deutsches Gericht verurteilte ihn wegen fortgesetzten Raubes in 32 Fällen zu einer schweren Gefängnisstrafe. Dieser Räuber tauchte nun plötzlich als gefeierter, polnischer Märtyrer auf! Nun, man wird sich nicht zu sehr darüber wundern, wenn man hört, daß der Namensvetter dieses polnischen Helden, der allmächtige Generalsekretär des Masurischen Komitees, Stanislaw Zielinski, nicht viel weniger auf dem Kerbholz hatte. Dieser Biedermann war Beamter des polnischen Nationalkomitees in Rapperswyl gewesen und hatte seine Stellung dazu benutzt, um wichtige Papiere an — Deutschland zu verkaufen. Und dieser Patriot war nun bei uns Leiter der Propaganda für Polen! Es genügte übrigens ein Wink und eine kleine Anspielung auf Nap-

perswyl in unseren „Ostdeutschen Nachrichten“, um den allmächtigen Generalsekretär zu veranlassen, schleunigst das Feld zu räumen und nach Warschau zu verschwinden. An seine Stelle trat der Redakteur des Krakauer „Czas“, Herr Beaupré.

Diese Enthüllungen unseres Kampfblattes wirkten natürlich im Polenlager wie Bombeneinschläge. Wie über die Personen, so waren wir auch über alle Vorgänge im Reichshof aufs genaueste unterrichtet. Wir waren oft in der Lage, früher darüber zu berichten, als selbst die polnische Presse. Und uns bereitete es ein herzliches Vergnügen, den Polen dagegen manche peinliche Überraschung, wenn wir Dinge veröffentlichten, die im Dunkel des Reichshofes begraben bleiben sollten. Vor allem die Berichte über die immer heftiger werdenden Zusammenstöße zwischen den Warschauern unter sich, und zwischen den Warschauern und den einheimischen Polenanhängern. Es gelang uns durch geschicktes Vorgehen allmählich im polnischen Hauptquartier eine solche Verwirrung anzurichten, daß selbst unter den Führern einer dem andern nicht mehr traute, die Spionenfurcht bald eine geradezu lächerliche Form annahm, die der Arbeit der Komitees gewiß nicht förderlich war. Herz ließ sich schließlich eine Leibgarde von 200 Mann aus Posen kommen, lauter richtige schwere Jungs, Helden aus dem Posener Aufstand, die nicht nur den Reichshof zu schützen, sondern vor allem die deutsche Propagandaleitung Tag und Nacht zu bewachen hatten, um der vermeintlichen Spione habhaft zu werden. Aber es half ihnen nichts. Sie kamen nie dahinter, was so manche schöne Sommernacht hätte erzählen können. Nebenbei hatten diese Posener die löbliche Absicht, die verhaßtesten deutschen Gegner gelegentlich auch um die Ecke zu bringen. Sie hatten da ganz witzige Pläne ausgearbeitet, ganz modern-romantisch: vorbeifahrendes Auto, plötzliches Anhalten, blitzschneller Überfall, Tuch um den Kopf, rein ins Auto, rasende Fahrt zur Grenze, Schluß. Nur hatte die Sache einen Fehler, der deutsche Vogel ging nicht ins Netz. Er wußte Bescheid und die Sicherheitswehr paßte auch auf. Einmal ist es ihnen gelungen, einen von uns, den zweiten Redakteur der „Ostdeutschen Nachrichten“, Dr. Noehl, zu überlisten. Er kam, wenn auch schwer verletzt, zum Glück mit dem Leben davon. Nur eine kleine Unbequemlichkeit brachte diese bewegte Zeit mit sich, man mußte dauernd in seiner eigenen Heimat wie im Räuber-

lande schwer bewaffnet umherlaufen. Doch dafür wurde man reichlich entschädigt, wenn man mit stiller Heiterkeit die ohnmächtige Wut der Polen im Reichshof beobachtete. Es herrschte dort bald andauernd, um einen Kriegsausdruck zu gebrauchen, dicke Luft.

Aber es sollte noch besser kommen. Vom April ab, als wir mit einiger Bestimmtheit annehmen konnten, daß uns nur noch drei Monate von der Abstimmung trennten, begannen wir eine neue Taktik einzuschlagen, die wir die Versöhnungspolitik nannten. Wir waren uns vollkommen dessen bewußt, daß die Polen auch nach ihrer Niederlage im Abstimmungskampf auf das Gebiet nicht verzichten, sondern dann mit allen Kräften bemüht sein würden, wenigstens eine polnische Irredenta zu schaffen. Das wäre eine dauernde Quelle der Beunruhigung geworden, der Nationalitätenkampf mit all seinen unliebsamen, häßlichen Nebenerscheinungen hätte eine Verlängerung ins Endlose erfahren. Wir mußten also jetzt schon auch an die Zeit nach der Abstimmung denken. Der Streit mußte doch einmal begraben werden, es mußte wieder Ruhe und Frieden in unseren Dörfern einkehren! Das konnte erreicht werden, wenn es gelang, zwischen den ehrlichen, aus Überzeugung polnischgesinnten, und unseren deutschgesinnten Masuren und Ermländern eine Verständigung herzustellen. Warum aber sollte man eigentlich mit der Anbahnung dieser Verständigung bis nach der Abstimmung warten? Gelang sie vorher, so war das ein Schlag, der die Warschauer ihrer letzten Gefolgschaft beraubte und sie zugleich unheilbar dem Gelächter der Welt preisgab. Die Aufgabe war zu reizend, als daß wir uns nicht mit Feuereifer, wenn auch höchst vorsichtig auf sie gestürzt hätten. Die Aussichten auf Erfolg waren nicht ungünstig. Es war uns wohl bekannt, daß sehr bald nach dem Eintreffen des Masurischen Komitees sich zwischen den Fremden, den Warschauern, und den einheimischen Polen starke Reibungen entwickelt hatten. Die Warschauer führten ein herrisches Regiment, berücksichtigten die Wünsche der Einheimischen sehr wenig und verdrängten sie langsam aus den führenden Stellen, in der Propaganda, in der Verwaltung, wie auch in der Bojuwka. Da sie zudem, aus Unkenntnis der Verhältnisse, die schwersten taktischen Fehler machten, ohne auf die Warnungen der Einheimischen zu hören, so kam es bald zu sehr heftigen Zusammenstößen. Am 14. April fand im Reichshof eine stark besuchte Versammlung des

polnischen Masurenbundes statt, in der die Warschauer auf das heftigste angegriffen wurden. Es kam sogar so weit, daß ein Antrag eingebracht wurde, man sollte die Kommission ersuchen, alle landfremden Agitatoren auszuweisen. Begründet wurde der Antrag damit, daß durch diese Landfremden der polnischen Sache mehr geschadet als genützt würde. Unter den ermländischen Polen gab es auch bereits sehr viele, die mit dem Kurs der Warschauer gar nicht einverstanden waren. Wir taten natürlich alles, um den unter der Decke schwälenden Brand anzufachen. Ganz unauffällig stellten wir langsam alle Angriffe gegen die einheimischen Polen ein. Immer wieder brachten wir Artikel, die davon berichteten, wie friedlich früher alle Masuren und Ermländer untereinander gelebt hätten und daß der augenblickliche widerwärtige Streit doch nur durch die Warschauer hervorgerufen wäre. Unsere Enthüllungen setzten wir nebenbei fleißig fort, aber nur, soweit sie sich auf die Landfremden bezogen! Als wir merkten, daß im Reichshof eine unverkennbare Verwirrung sich einstellte, die Warschauer an Sympathien und Achtung zu verlieren begannen, da sprachen wir es dann ganz offen aus, daß wir keinerlei Rachegefühle hätten, sondern gern bereit wären, unseren ins polnische Lager verirrten Landsleuten nach der Abstimmung die versöhnende Hand entgegenzustrecken. Es käme uns nur darauf an, die Urheber alles Übels, die Warschauer herauszubekommen. Unsere Taktik wirkte. Im Juni nahmen wir bereits die direkte Fühlung mit dem polnischen Masurenbunde auf, und wenn das auch nicht so einfach war, wie es sich jetzt erzählen läßt, es kam doch der „historische“ Tag, da der Vorsitzende des polnischen Masurenbundes, Friedrich Leyk, am helllichten Tag dem Vorsitzenden des Masuren- und Ermländerbundes seinen Besuch machte. Nach endlosen Verhandlungen — sie waren nicht leicht, da Herr Friedrich Leyk im Kriege aus dem Heere wegen geistigen Mangels entlassen war — kam dann folgende Vereinbarung zustande: der polnische Masurenbund sollte an einem bestimmten Tage möglichst zahlreich in Allenstein versammelt werden und in feierlicher Sitzung seinen Anschluß an den deutschen Masuren- und Ermländerbund aussprechen. Dann sollte die Versammlung in geschlossenem Zuge durch die Stadt bis zum Regierungsgebäude ziehen, wo die Kommission ihren Sitz hatte. Das wäre ein imposantes Schauspiel geworden, aber leider erlebten wir eine Enttäuschung, der schöne

Plan fiel ins Wasser. Aus einem Grunde, der uns selbst höchlichst überraschte. Als nämlich Leyk die Liste seiner Bundesmitglieder überbrachte, mußten wir feststellen, daß unter den 1800 Mitgliedern dieses angeblichen Masurenbundes kaum 200 wirkliche Masuren sich befanden. Die übrigen waren Polen, aus den polnischen Kolonistendörfern an der osteroder-westpreußischen Grenze, von denen außerdem kaum ein Drittel stimmberechtigt war. Diese Gesellschaft konnten wir nun freilich nicht gebrauchen. Wir ließen also Herrn Leyk wieder laufen, der reumütig zu den Polen zurückkehrte. Inzwischen hatten wir aber einen gleichen Vorstoß im Ermland vorbereitet. Er glückte besser. Am 26. Juni wurde der „Bund zur Erhaltung des Ermlandes“ gegründet, der die Polen im Landkreise Allenstein ein Drittel ihrer Gesellschaft kostete.

Die deutsche Propagandaleitung hatte in den sechs Monaten unter der Herrschaft der Kommission ein frohes Arbeiten. Die Freiheit der Presse und der Agitation wurde nicht angetastet, der Ausgang des Kampfes war von vornherein gesichert, da die feste Mauer des Masuren- und Ermländerbundes sich vortrefflich bewährte. Sie konnte also mit vollem Eifer sich auf ihre Gegner stürzen und ihren Witz von Erfolg zu Erfolg sich austoben lassen. Die zum wilden Haß gesteigerte Wut der Gegner brachte gewiß sehr häufig Augenblicke der Gefahr für Leib und Leben, aber diese Arbeit, die täglich sichtbare Erfolge und den besten Ansporn, den Beifall der Landsleute eintrug, war und blieb eine dankbare, hoch befriedigende Aufgabe, die die Spannkraft wachhielt. Eine, in diesem Sinne viel undankbarere, aber um so schwerere Aufgabe hatte unterdes in aller Stille unsere Organisationsabteilung zu erfüllen. Die organisatorische und technische Vorbereitung der Abstimmung so durchzuführen, alles so einzuspielen, daß alles klappte, wie es geklappt hat, das stellte an die Arbeitskraft und Energie des Leiters dieser Abteilung, Dr. Marks, des Hauptgeschäftsführers des Heimatdienstes, Eichler, der Kreisstellenleiter bis zum letzten Vertrauensmann herunter ungeheure Ansprüche. Niemand, der es nicht selbst miterlebt hat, kann sich eine Vorstellung von der Größe dieser Arbeit machen.

Und noch eine unendlich schwierige Arbeit war in dieser Zeit geleistet worden, der oben bereits angedeutete Kampf um die Kommission. Ihn

siegreich, durch mancherlei Wechselfälle hindurch geleitet zu haben, ist das große Verdienst unseres damaligen Reichskommissars, Freiherrn v. Gayl. Ein feines, diplomatisches Geschick, verbunden mit echt ostpreussischer Zähigkeit und harter Energie befähigten ihn in hervorragendem Maße dazu, seiner Aufgabe gerecht zu werden. Eine gute Stütze ist ihm dabei ohne Zweifel das unbedingte Vertrauen geworden, das er sich in kurzer Zeit gewann, das ihm dann auch rückhaltlos von der ganzen deutschgesinnten masurisch-ermländischen Bevölkerung entgegengebracht wurde. Die Kommission hatte gewiß den guten Willen, neutral zu sein und beiden Parteien gerecht zu werden. Aber der französische Einfluß, in der Kommission wie von Paris her, war doch sehr stark, und der englische Vorsitzende Rennie, ein liebenswürdiger Diplomat, war nicht der Mann, sich diesem Einfluß mit steter Festigkeit zu widersetzen. Diese vierköpfige Kommission erwies sich sehr bald als ein unberechenbares, aalgattes Wesen, das auf eine bestimmte, klare Maßnahme festzulegen, unendlich schwierig war und eine unerschöpfliche Geduld erforderte. Der Reichskommissar brachte sie auf, wie er andererseits die harte Energie aufbrachte, wo unbeugsame Festigkeit nottat.

Französischer Einfluß war natürlich gleichbedeutend mit polnischem Einfluß. Den Polen war die Kommission nicht genehm, sobald sich herausstellte, daß sie sich bemühte, unparteiisch zu sein. Angesichts der fertigen, festgefühten Organisation der deutschgesinnten Masuren und Ermländer war ja irgendeine Aussicht auf Erfolg für sie nur unter der Voraussetzung vorhanden, daß die Kommission sich einseitig für sie einsetzte. Da sich aber die Kommission der Erfüllung dieser Voraussetzung versagte, so arbeiteten die Polen sehr bald zielbewußt darauf hin, die Kommission zu beseitigen. Sie traten mit allen möglichen Forderungen auf. Den „Masuren- und Ermländerbund“ mit seinen Heimatvereinen und sein Organ, die „Ostdeutschen Nachrichten“ zu verbieten, weigerte sich die Kommission. Die Polen begannen deshalb einen geradezu ungeheuerlichen Verleumdungsfeldzug, der schließlich darin gipfelte, daß eines Tages durch die gesamte polnische Presse die Nachricht lief, die Heimatvereine wären heimlich bewaffnet und wollten an einem bestimmten Tage die gesamte englische und italienische Besatzung niedermachen und die Kommission davon-

jagen. Das war zu dumm und zu grob und erreichte nur die der Absicht entgegengesetzte Wirkung. Dann kamen die Polen mit der Forderung, die zugesicherte Gleichberechtigung der Sprachen müßte restlos durchgeführt werden. Zu diesem Zwecke sollte jedem deutschen Beamten ein polnischer, das heißt aber ein Pole von drüben, beigegeben werden. Das war ein Verlangen, dessen Sinnlosigkeit die Kommission sich nicht verschloß. Sie lehnte es ebenfalls ab. Ihre amtlichen Bekanntmachungen ließ sie freilich, den Bestimmungen gemäß, zweisprachig drucken! Das tat gewiß niemandem weh, aber wir ließen uns die Gelegenheit nicht entgehen, der Kommission an einem schlagenden Beispiel zu beweisen, daß die Dinge bei uns ganz anders lagen, als die Polen sie darzustellen liebten. Als Amtssprachen wurden das Deutsche und das Polnische anerkannt. Als nun die ersten Bekanntmachungen erschienen, waren sie deutsch und hochpolnisch abgefaßt, aber das Hochpolnische war mit Rücksicht auf die Masuren in gotischen Lettern gesetzt. Das Masurische kennt nämlich nicht die lateinische, sondern nur die gotische Schrift. Wir erlaubten uns nun, bei der hohen Kommission anzufragen, für wen die zweite Amtssprache eigentlich bestimmt wäre. Die Masuren könnten sie zwar lesen, aber, weil hochpolnisch, nicht verstehen. Die Ermländer könnten sie nicht lesen, weil sie die lateinische Schrift gebrauchten, und verstehen könnten sie sie ebenfalls nicht, selbst wenn sie sie lesen könnten. Die geringe Zahl (1 Prozent) von echten Polen aber könnten sie wohl verstehen, jedoch wieder nicht lesen. Die Kommission ließ sich aber durch dieses heitere Rechenexempel nicht beirren, sondern druckte ruhig weiter Hochpolnisch mit gotischen Lettern. Nun, es sah doch wenigstens zweisprachig aus, und dann war ja das Deutsche da, das jeder verstand.

Ein Dorn im Auge war den Polen auch die Sicherheitswehr. Sie forderten im Namen der Gleichberechtigung, daß sie aufgelöst und durch eine Abstimmungspolizei ersetzt würde, die zur Hälfte aus Polen bestehen sollte. Als die Kommission, wenigstens vorläufig, auch das ablehnte, begannen die Polen schwerstes Geschütz aufzufahren. Es setzte der große Verleumdungsangriff, die Lüge von dem deutschen Terror, ein. Die Polen hatten sich nämlich davon überzeugt, daß ihre großartige Propagandaaktion, die im Januar begonnen hatte, kläglich gescheitert war. Jede Aussicht auf Erfolg war in undurchbringliche

Fernen gerückt. Es mußte also vor allem Zeit, eine Zeit von Jahren gewonnen werden. Um das zu erreichen, begann mit einem Schlage in allen polnischen Zeitungen das Geschrei über den deutschen Terror. Spaltenlange Artikel berichteten von den unglaublichsten deutschen Gewalttaten in Masuren und Ermland, die jede polnische Propaganda unmöglich machten. Die Kommission wurde wild beschimpft, weil sie unfähig wäre, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Der Pressefeldzug wurde unterstützt durch einen Antrag des polnischen Geistlichen Ludwiczak, der selbst als Agitator tätig gewesen war, im polnischen Landtag. Er forderte am 3. April den Landtag auf zu beschließen:

1. Die polnische Regierung möge energische Schritte bei dem Hohen Rat in Paris zwecks Herbeiführung einer Abstimmungsgleichberechtigung unternehmen:
 - a) damit die Sicherheitspolizei aus dem Abstimmungsgebiet entfernt werde;
 - b) damit alle höheren deutschen Beamten entfernt werden;
 - c) damit den deutschen Beamten in den einzelnen Abteilungen polnische Ratgeber mit entscheidender Stimme beigegeben werden.
2. Die Hohe Kommission möge erklären, daß sie es infolge der vollführten Gewalttaten für unmöglich hält, unter diesen Bedingungen eine Abstimmung durchzuführen.
3. Die polnische Regierung möge sich bereit erklären, zum Nutzen der Polen in Masuren, Ermland und dem Weichselgebiet, mit allen Mitteln handelnd einzugreifen, falls die Abstimmungskommission weiter ihre Unfähigkeit zum Schutze der polnischen Bevölkerung beweisen würde.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Und in der Tat hat die polnische Regierung daraufhin in Paris wiederholt Schritte getan — den letzten wenige Tage vor dem 11. Juli — um die Kommission zu beseitigen oder zum mindesten zu erreichen, daß die Abstimmung auf unbestimmte Zeit verschoben würde. Der Antrag Ludwiczak hatte den Ernst der Lage blitzartig beleuchtet. In der Tat machte unser Gebiet in den nächsten 6—8 Wochen eine schwere Krise durch. Es gab Lage, da es fast Gewißheit schien, daß die Abstimmung um lange Zeit verschoben würde. Und was das Schlimmste war, aus dem Antrag

Ludwiczak sprach eine offene Drohung und Aufforderung zur Gewalt. Daß es den Polen damit ernst war, dafür erlangten wir bald darauf den Beweis.

Es war uns durch Nachrichten von verschiedenen Seiten und durch Originalschriftstücke bekannt geworden, daß ganz in der Stille eine polnische, militärische Organisation geschaffen worden war, die „Straz masowiecka“, die „Masurenwehr“, die den ausgesprochenen Zweck hatte, bei einem Einfall in das Abstimmungsgebiet verwandt zu werden. Die Fäden dieser militärischen Organisation liefen im Warschauer Kriegsministerium zusammen. Die Sache war etwa so gedacht. Bei irgend-einer Gelegenheit sollte die oben erwähnte 2000 Mann starke Bojuwka einen Aufruhr erregen. Die „Masurenwehr“, die längs der Grenze ihre Standorte hatte, sollte dann sofort einrücken und losschlagen. Ihr Name: „Masurenwehr“ hatte den Anschein zu erwecken, daß es sich um einen Aufstand der Masuren gegen die Deutschen handelte. Damit war der Vorwand gegeben, reguläres polnisches Militär zum Schutze der polnischen Bevölkerung in Masuren einrücken zu lassen. Dann war das Schicksal des Abstimmungsgebietes besiegelt. Vorbereitet war das polnische Militär auf den Einmarsch. Man hatte Vorträge über Masuren und Ermland halten und unter den Soldaten Karten von unserem Gebiet verteilen lassen, die eine (lügenhafte) Statistik enthielten, wonach in Masuren 345 000 Polen neben nur 105 000 Deutschen wohnen sollten. Wir ließen das ganze unschätzbare Material über die „Masurenwehr“ und die militärischen Vorbereitungen der Polen sorgfältig sammeln, prüfen und durch unseren Mitarbeiter Herrn Leck-czyk, zu einer Denkschrift zusammenstellen, die wir der Kommission überreichten. Die Gefahr eines polnischen Einmarsches wurde aber endgültig erst gebannt, als der polnisch-bolschewistische Krieg zu schweren Rückschlägen für Polen führte.

Was war es nun eigentlich mit dem sogenannten deutschen Terror, der als Anlaß für alle diese Dinge herhalten mußte? Gewiß, es war zu zahlreichen Zusammenstößen gekommen. Aber sie waren zu erklären durch die geradezu unerhörte Art und Weise, wie die Polen die Propaganda betrieben. Dem Tone der Zeitungen entsprechend war auch der Ton in den Versammlungen gehalten. Die polnischen Agitatoren traten mit einer Frechheit auf, beschimpften alles Deutsche

in einer Weise und mit so gemeinen, schmutzigen Ausdrücken, daß sie unsere, sonst gewiß friedliche Bevölkerung bis aufs Blut reizten. Schlägereien waren unter diesen Umständen gar nicht zu vermeiden. Zu einem schweren Zusammenstoß war es am 23. Januar in Ortelsburg gekommen, wo die 42 Mitglieder des polnischen Volksrates von deutschen Arbeitern und masurischen Bauern — es war gerade Wochenmarkt — sehr übel verprügelt wurden. Am 7. März war es in Allenstein zu einem Krawall vor dem polnischen Konsulat gekommen. Der Konsul hatte an diesem Tage — es war ein Sonntag — zum ersten Male seine Flagge hissen lassen. Eine polnische Flagge in Allenstein lockte natürlich eine große Menschenmenge an, die immer erregter wurde und schließlich die Flagge herunterriß! Der Konsul verlangte nun strengste Sühne. Die Kommission verlangte, der Oberbürgermeister sollte sich beim polnischen Konsul entschuldigen. Der Oberbürgermeister weigerte sich, da der polnische Konsul am 7. März noch gar nicht anerkannt und bestätigt gewesen wäre. Es war ein endloses Hin und Her, Recht hatte jeder, aber schließlich wurden doch Oberbürgermeister Zülch und der Kommandeur der Sicherheitswehr, Oldenburg, ausgewiesen. Die Gefahr und die Häufigkeit der Zusammenstöße wurden aber bedrohlich, als die Polen mit ihrer Bojuwka auf den Plan traten. Es mußte natürlich auf unsere Bevölkerung höchst aufreizend wirken, wenn zu den Versammlungen in geschlossenem Zuge fünfzig Kerle anrückten, mit dicken Knüppeln bewaffnet, den Hemdkragen weit offen, zum großen Teil richtige Verbrechertypen. Am 13. April kam es zu einem sehr schweren Zusammenstoß in der Stadt Bischofsburg. Durch das provozierende Benehmen der aus Allenstein dorthin geschickten Bojuwka und einiger polnischer Schauspieler, die dort spielen sollten, aufs Äußerste gereizt, stürmte die Menge das Hotel Bischofsburger Hof, den Sitz der polnischen Kreisstelle, und verprügelte Bojuwka, Schauspieler und zugleich einen der anwesenden französischen Offiziere. Die Schuld lag auch hier auf seiten der Polen, aber der Vorfall war doch höchst bedenklich. Die Kommission zog sehr ernste Gesichter und machte den Reichskommissar auf die Folgen solcher Zusammenstöße in sehr dringender Form aufmerksam. Aber schon acht Tage darauf traf die peinliche Nachricht von einem neuen schweren Zusammenstoß in Löben ein. Dorthin hatte sich Herz selbst begeben unter Begleitung einer

starken Horde von Bojowkaleuten. Sein aufreizendes Verhalten blieb nicht ohne Folgen, er selbst wie alle seine Begleiter wurden sehr kräftig angefaßt. Nun geriet die Kommission außer sich. Sie erklärte rundweg: noch ein solcher Vorfall und die Abstimmung würde unweigerlich verschoben werden. Der Reichskommissar hatte tagelang einen sehr schweren Stand. Wir konnten nicht daran zweifeln, daß es dieses Mal ernst würde. Wir mußten ein Mittel finden, um die Gefahr zu beseitigen, ein Mittel, um überhaupt die Möglichkeit solcher Zusammenstöße aus der Welt zu schaffen. Kurz entschlossen gaben wir an unsere Heimatsvereine die Weisung heraus: Polnische Versammlungen werden von deutschgesinnten Masuren und Ermländern nicht besucht. Diese neue Weisung wurde durch die „Ostdeutschen Nachrichten“ eingehend begründet, die Folgen, die eine Verschiebung des Abstimmungstermines für uns haben würde, eindringlichst geschildert. Ich selbst setzte mich außerdem sofort ins Auto und fuhr von Stadt zu Stadt, durch das ganze Abstimmungsgebiet, erklärte in Versammlungen den Ernst der Lage und verpflichtete alle unsere Vertrauensleute unbedingt dafür zu sorgen, daß die neue Weisung überall befolgt würde. Und sie ist befolgt worden. Unsere Bevölkerung verschloß sich den Erwägungen der Vernunft nicht, obwohl sehr, sehr vielen dieses Abbrechen des Versammlungskampfes unsererseits nicht nach dem Herzen war, und hielt ausgezeichnet Disziplin. Es ist nichts Ernstliches mehr vorgekommen. Wer aber damit nicht zufrieden war, das waren die Polen. Seitdem sie nämlich gemerkt hatten, daß aus diesen Zusammenstößen sich in Paris ausgezeichnet Kapital schlagen ließ, hatten sie rücksichtslos ihre Bojowka eingesetzt, um Prügeleien zu provozieren. Wozu bekamen die Leute denn 1000 Mark monatlich, wenn man sie dafür nicht einmal sollte verprügeln lassen! Die „Verwundeten“ wurden regelmäßig nach dem Reichshof gebracht, dort kunstgerecht verbunden, so daß nur noch die Nasenspitze und höchstens ein Auge zu sehen war, und photographiert. Die Photographien flogen dann in alle Welt hinaus, vor allem aber nach Paris. Seitdem aber unsere neue Parole wirksam wurde, war es aus mit der schönen Greuelstatenfabrikation. Und die polnischen Redner konnten vor leeren Bänken sprechen. Natürlich beschwerten sich die Polen sofort bei der Kommission, daß wir die Bevölkerung mit Gewalt davon abhielten, die Versammlungen zu besuchen. Die Kom-

mission war aber wohl im Innersten froh, daß nun Ruhe im Abstimmungsgebiet herrschte — ihre größte Sorge war stets, daß ihre Autorität irgendwie Schaden nehmen könnte — und machte sich ernsthaft an die eigentliche Abstimmungsarbeit.

Bereits Ende März wurde der japanische Delegierte beauftragt, ein Abstimmungsreglement zu entwerfen. Nachdem der Entwurf dem deutschen Reichskommissar und dem polnischen Konsul vorgelegt war und in einzelnen Dingen gewisse unbedeutende Abänderungen erfahren hatte, wurde das endgültige Reglement am 15. April veröffentlicht. Es enthielt kurz folgende Bestimmungen:

Abstimmungsberechtigt ist jede Person, die das 20. Lebensjahr vollendet hat, im Abstimmungsgebiet geboren oder in ihm seit dem 1. Januar 1905 dauernd ansässig ist.

Die Abstimmung erfolgt gemeindeweise, jede Gemeinde stellt einen Wahlbezirk dar.

Die Durchführung der Abstimmung in den einzelnen Gemeinden liegt in den Händen eines aus zwei Deutschen und zwei Polen zusammengesetzten Abstimmungsausschusses. Als Aufsichtsbehörde dient in jedem Kreise eine ebenfalls aus Polen und Deutschen in gleicher Zahl zusammengesetzte Kontrollkommission.

Zugleich wurden die Fristen für die Bildung der Ausschüsse, die Aufstellung der Listen, ihre öffentliche Auslegung, die Einsprüche bekanntgegeben, mit Ausnahme des Abstimmungstages selbst. Wir rechneten aber schon damals mit Bestimmtheit auf die erste Hälfte des Juli. Die drei verschiedenen Arten der Abstimmungsberechtigten: im Abstimmungsgebiete Geborene und auch dort Ansässige, im Abstimmungsgebiete Geborene, aber außerhalb wohnende, im Abstimmungsgebiete nicht Geborene, aber seit 1905 dauernd ansässige, wurden auch in drei verschiedenen Listen geführt.

Die erste Aufgabe war nun, die Abstimmungsausschüsse und Kontrollkommissionen zusammenzusetzen. Es sollten von deutscher, wie von polnischer Seite Vorschläge gemacht werden. Und nun sahen sich die Polen in eine arge, reichlich komische Verlegenheit versetzt. In den masurischen Kreisen und auch in dem überwiegenden Teile des Kreises Nößel gelang es ihnen nur in einigen wenigen Ortschaften, Polen für die Abstimmungsausschüsse zu benennen. Ja in einzelnen Kreisen konn-

ten sie nicht einmal die Kontrollkommission besetzen. Die Hohe Kommission war erstaunt, die Polen blamiert. Nun war der ganze Schwindel von den polnischen Masuren offenbar geworden, und jeder vermochte sich auszurechnen, wie die Abstimmung auslaufen würde. In Warschau war man empört und versuchte noch ein letztes Mittel, die Lage zu retten. Dieses Mittel konnte nur ein Hinausschieben der Abstimmung sein. So wurde denn nochmals mit aller Lungenkraft der Presse das alte Märchen von dem deutschen Terror, frisch aufgewärmt, in die ganze Welt hinausposaunt. Jetzt hieß es, die Polen in Masuren hätten sich aus Angst vor dem deutschen Terror an der Bildung der Abstimmungsausschüsse nicht beteiligt. Zugleich wurde noch einmal in Paris der Oberste Rat bestürmt, um einen Aufschub der Abstimmung zu erlangen. Und um dem diplomatischen Schritt der Warschauer Regierung Nachdruck zu verleihen, verkündeten die polnischen Komitees in Allenstein den Abstimmungsstreik. Kein Pole sollte sich an Wahlausschüssen und Kontrollkommissionen beteiligen, und wer sich bereits hatte wählen lassen, mußte sein Amt niederlegen. Die Kommission wurde davon benachrichtigt, daß die Polen sich an den Abstimmungsarbeiten nicht beteiligen und auch die gesamte Propagandatätigkeit einstellen würden, solange der deutsche Terror ungehindert herrschte. Aber die Kommission ließ sich nicht verblüffen. Sie ließ alle Ausschüsse und Kontrollkommissionen, aus denen Polen ausgetreten waren, durch Deutsche und Masuren ergänzen und bestätigte sie. Die Listen wurden aufgestellt, die technischen Vorbereitungen für die Abstimmung in aller Ruhe durchgeführt. Ein um so heftigerer Kampf tobte aber inzwischen hinter den Kulissen. Es schien, als ob die Polen in Paris Erfolg haben sollten. Der Reichskommissar, der die Entwicklung der Dinge mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgte, hatte bereits den Rat gegeben, den Vorsitzenden des „Masuren- und Ermländerbundes“ nach Paris zu schicken, um dort an Ort und Stelle einen letzten Versuch zu machen, durch Vermittlung des deutschen Botschafters auf den Obersten Rat einzuwirken. Die Reise erübrigte sich jedoch, denn es gelang noch einmal, das Argste, das Hinausschieben der Abstimmung, zu verhindern. Die Kommission selbst wehrte sich dagegen, aber der Druck von Paris aus war doch so stark, daß sie nachzugeben und den polnischen Wünschen gefügiger zu werden begann. Es begann das, was man im parlamen-

tarischen Leben einen Kuhhandel zu nennen pflegt. Die Polen hatten folgende fünf Forderungen aufgestellt:

1. Besetzung des Abstimmungsgebietes durch alliierte Truppen;
2. Gleichheit in der Organisation der Sicherheitswehr;
3. Auflösung aller Einwohner- und Bürgerwehren;
4. Hinausschiebung des Abstimmungstermines wenigstens um einige Monate, und zwar von dem Zeitpunkt ab, an dem die polnischen Forderungen erfüllt wären;
5. Entsendung von alliierten Truppen in alle polnischen Versammlungen.

Um jeden dieser fünf Punkte wurde lange gefeilscht und gerungen, und unser Reichskommissar lag dabei sozusagen Tag und Nacht auf der Lauer, um sofort dazwischen zu fahren, wenn die Kommission auf Kosten der deutschen Interessen gar zu nachgiebig zu werden drohte. Sie war nämlich bereit, die Forderungen der Polen zu erfüllen, sobald diese die Beteiligung an den Abstimmungsausschüssen und Kontrollkommissionen zusagten. Die Polen taten das schließlich, nachdem die Kommission einige Proben ihrer Gefügigkeit gegeben hatte. Die Einwohnerwehren in den Städten mußten ihre Waffen abgeben und den alliierten Truppen ausliefern, die sie vernichteten. Am 3. Juni wurden durch Erlaß der Kommission allen Kontrolloffizieren polnische Beiräte zur Seite gestellt. Diese von ihnen so genannten „polnischen Landräte“ erregten das Entzücken der Polen, und sie wurden noch mehr zufriedengestellt, als jetzt auch die Umwandlung der Sicherheitspolizei in eine Abstimmungspolizei zur Tatsache wurde. Es wurden alle Nichtostpreußen entlassen und die Polen aufgefordert, ihrerseits die notwendigen Ersatzleute zu stellen. Freilich durften es nur Einheimische sein. Die Aufnahmebedingungen waren streng. Ein deutscher und ein polnischer Arzt untersuchten die Bewerber, dann entschied eine Kontrollkommission, die aus dem neu ernannten Kommandeur der Abstimmungspolizei, dem englischen General Hawker, einem höheren Offizier der alten Sicherheitspolizei und einem polnischen Delegierten bestand, über die Aufnahme. Die Polen hatten die Sache von langer Hand vorbereitet, aber sie lief doch aus, wie ein guter Schwanke, nämlich mit einem Witze. Nicht weniger als 1800 Mann, meistens Mitglieder der angeblich aufgelösten Bojuwka, ließen die Polen antreten. Doch nicht

viel mehr als 150 wurden überhaupt zur ärztlichen Untersuchung zugelassen. Die übrigen wurden von dem polnischen Delegierten, dem dieses erste Sichten, sicherlich nicht zu seiner Freude, zugefallen war, sofort zurückgewiesen, da sie nicht einem kleinen Paragraphen entsprachen, der da verlangte: Bewerber darf nicht vorbestraft sein. Das war gewiß peinlich, aber es sollte noch schlimmer kommen. Von den übriggebliebenen 150 wurden nur 37 für tauglich befunden, die aber zum größten Teil, ich glaube 24, nach einigen Tagen auf die Einstellung verzichteten. Inzwischen war nämlich der „Bund zur Erhaltung des Ermlandes“ gegründet. Dort einzutreten erschien ihnen sicherer, als bei der Abstimmungspolizei.

Auf jeden Fall hatte die Kommission den Beweis erbracht, daß sie bereit war, den Wünschen der Polen so weit als möglich entgegenzukommen. Nur an dem Abstimmungstermin selbst hielt sie fest. Andererseits ging sie sogar bis zu einem gewissen Grade auf die fünfte der Forderungen ein: Entsendung alliierter Truppen zu den polnischen Versammlungen. Zwar entsandte sie nicht ihre eigenen Truppen, wohl aber stets ein Kommando Abstimmungspolizei unter Leitung eines Offiziers, dem ein polnischer Offizier — ein Galizier — beigegeben wurde. So hatten die Polen, bis auf den einen Punkt, den Abstimmungstag, alles erreicht, was sie erstrebt hatten. Sie erklärten sich daher bereit, ihren Proteststreik aufzugeben und sich an den Abstimmungsausschüssen und Kontrollkommissionen wieder zu beteiligen. Sie taten es um so mehr, da die einheimischen Polen von vornherein gegen den Streik gewesen waren, besonders die ermländischen Polen, die immer noch die Hoffnung hegten, im Landkreise Allenstein eine Mehrheit zu erringen. Die Kommission verfügte also kurzerhand, es sollten aus den Abstimmungsausschüssen und Kontrollkommissionen die Hälfte der Mitglieder ausscheiden und durch Polen ersetzt werden. Nun entschlossen wir uns doch, im Einverständnis mit dem Reichskommissar, zu einem energischen Schritt. Einen guten Grund hatten wir, denn diese Anordnung der Kommission stellte einen glatten Rechtsbruch dar. Die Abstimmungsausschüsse und Kontrollkommissionen waren gemäß dem Abstimmungsreglement ernannt und ordnungsmäßig von der Kommission bestätigt worden. Sie bestanden zu Recht und konnten ohne Rechtsbeugung nicht einfach umgestoßen werden. Der „Masuren- und

Ermländerbund“ richtete daher am 19. Juni ein sehr ernst gehaltenes Schreiben an die Kommission, in dem er Verwahrung gegen den offenbaren Rechtsbruch einlegte. Er hätte aus Klugheitsgründen zu den zahlreichen Maßnahmen der Kommission, die eine unleugbare Bevorzugung der Polen darstellten, geschwiegen, weil ihm nur daran läge, so schnell wie möglich die Abstimmung hinter sich zu haben; aber es ginge nicht an, daß die deutschen Interessen ernstlich geschädigt würden, nur weil es der polnischen Laune so paßte. Unter Berufung auf das verbürgte Prinzip der Gleichberechtigung stellte er deshalb folgende Forderungen:

1. Die Abstimmungsausschüsse bleiben so bestehen, wie sie bestätigt sind.
2. Den Kontrolloffizieren wird außer den polnischen Beratern auch ein deutscher Vertrauensmann beigegeben.
3. Polnische Schulen dürfen nur eröffnet werden, wenn die polnischen Lehrkräfte den Anforderungen genügen, die nach den bestehenden Gesetzen von Lehrkräften gefordert werden.
4. Die Kontrolloffiziere für Allenstein-Stadt, Bischofsburg und Ostrode (Franzosen) müssen abgelöst werden, da ihr Verhalten geeignet ist, die Ruhe und Ordnung zu gefährden.

Sollten diese vier Forderungen nicht erfüllt werden, so lehne der „Masuren- und Ermländerbund“ jede Verantwortung für die Folgen ab. Für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung könne er sich dann nicht mehr verbürgen.

Zu gleicher Zeit wurde der Protest in den „Ostdeutschen Nachrichten“ veröffentlicht und alle Heimatvereine angewiesen, Protesttelegramme an die Kommission zu richten und die gleichen Forderungen zu erheben.

Den Herren der Kommission war dieser unser Schritt ebenso unerwartet wie peinlich. Sie sahen sich da plötzlich vor eine gewaltige Schwierigkeit gestellt, die sie nicht unterschätzten. Sie wußten es ja und hatten es bei mancherlei Gelegenheit erfahren, daß der „Masuren- und Ermländerbund“ tatsächlich die gesamte Bevölkerung verkörperte, die ihren Führern unbedingt vertraute. Was also tun? Der Reichskommissar wurde gebeten und ersucht, den „Masuren- und Ermländerbund“ zu veranlassen, seine Forderungen zurückzuziehen. Aber der Reichs-

Kommissar zuckte die Achseln, er könnte dem „Masuren- und Ermländerbund“ keine Weisungen erteilen. Er sei zwar bereit, den Wunsch der Kommission zu übermitteln, aber an einen Erfolg glaube er nicht. Die allgemeine Entrüstung sei zu groß. Im übrigen hätte er sich ja immer wieder erlaubt, warnend darauf hinzuweisen, daß ein zu weites Nachgeben den Polen gegenüber zu einer Reaktion von seiten der Deutschgesinnten führen würde. Es bereitete dem Herrn Reichskommissar augenscheinlich Vergnügen, die Kommission ein wenig zu zwickeln. Die Kommission war ratlos, ihre Autorität stand auf dem Spiele, und den Kampf offen mit uns aufzunehmen, schien ihr nicht verlockend. Da entschloß sich der Vorsitzende, Herr Rennie, die Lage persönlich zu retten. Er bat mich zu sich. Höchst liebenswürdig empfing er mich und erklärte mir, die Kommission hätte beschlossen, das Protestschreiben des „Masuren- und Ermländerbundes“ gar nicht zu beantworten. Denn die Antwort hätte nur eine sehr scharfe sein können, und das hätten sie uns um unserer Verdienste willen, die wir zweifellos um die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung hätten, nicht antun mögen. Er hätte es deshalb unternommen, die Angelegenheit persönlich aus der Welt zu schaffen. Ich müßte doch einsehen, daß wir — lies: Kleinen Leute — keine Forderungen (!) an eine Hohe Kommission stellen könnten, die vier Großmächte verträte. Das wäre ja ein ganz unmöglicher Gedanke! Im übrigen gäbe er gern zu, daß in den letzten Wochen gewisse Maßnahmen getroffen worden wären, die uns nicht angenehm berührt hätten. Aber ich wäre doch ein kluger Mann, ich müßte doch einsehen, daß in Paris usw. usw. Und zum Schluß holte er noch zu einem Schlage mit unserer eigenen Waffe aus, indem er sagte: „Im übrigen können Sie doch den Polen diese kleinen Vorteile ruhig gönnen. Sie haben doch bei unserer ersten Unterredung bereits festgestellt, daß Sie über 90 Prozent der Bevölkerung fest hinter sich hätten, und auf der Karte, die Sie herausgegeben haben, sind es gar 96 Prozent. Was kann Ihnen denn da in den drei Wochen, die uns von der Abstimmung noch trennen, geschehen!“ Nun, ich bekannte mich geschlagen und versprach, daß wir auf der Erfüllung unserer vier Forderungen nicht bestehen bleiben würden. Wir schieden, beide befriedigt. Ich hatte mit stillem Vergnügen — und nur deswegen teile ich diese Unterredung mit — festgestellt, daß unsere auf vollkommener Willenseinheit und

Geschlossenheit beruhende Volksorganisation sich gegenüber diesen Vertretern der Entente doch soviel Gewicht zu verschaffen gewußt hatte, daß ein großmächtiger Gesandter, Erzellenz, Vertreter der Weltmacht England, sich dazu hergab, mir kleinen Mann und Vertreter eines kleinen Völkchens gegenüber alle Künste der diplomatischen Geschmeidigkeit, der Überredung, sogar der Schmeichelei spielen zu lassen. Infolge dieser Unterredung stellten wir die Protestaktion ein. Wir hatten gezeigt, daß wir auf dem Posten waren und im gegebenen Moment die Zähne zu zeigen wußten. Wir ließen es daher ruhig geschehen, daß die Polen, wo sie es vermochten, ihre Vertreter wieder in die Abstimmungsausschüsse und Kontrollkommissionen hineinschickten. Es lag im übrigen durchaus in unserem Interesse, daß die Polen sich an der Durchführung der Abstimmung beteiligten. Damit war ihnen jede Möglichkeit genommen, die Rechtmäßigkeit der Abstimmung und des Ergebnisses anzugreifen. Außerdem konnten wir vollkommen beruhigt bleiben, solange an dem Termin für die Abstimmung nicht gerüttelt wurde. Und das geschah nicht. Es blieb beim 11. Juli.

Zwar unternahm die polnische Regierung noch in den ersten Tagen des Juli einen erneuten Schritt beim Obersten Rat in Paris, um vielleicht doch noch ein Hinausschieben der Abstimmung zu erlangen. Und im Abstimmungsgebiete selbst versuchten die Polen mit Hilfe des französischen Gesandten, Chevallet, noch eine Schwierigkeit in den Weg zu legen — sie verlangten, für die aus dem Reiche eintreffenden Abstimmungsberechtigten sollten besondere Urnen aufgestellt werden, wogegen der Reichskommissar natürlich sofort schärfsten Protest einlegte — aber es war bereits alles zu spät. Paris lehnte beide Forderungen ab, und so konnte denn endgültig der 11. Juli der Tag der Entscheidung und des deutschen Sieges werden.

VII. Der Endkampf. Sieg!

Die wenigen Wochen, die uns noch vom Abstimmungstage trennten, wurden Zeugen eines noch einmal heftig tobenden und lärmenden Endkampfes. Zugleich mit ihrem Wiedereintritt in die Abstimmungsausschüsse hatten die Polen auch ihre Propagandatätigkeit wieder aufgenommen. Zwar Masuren gaben sie wohl endgültig verloren. Aber im Ermland hofften sie noch immer auf einen Erfolg. Und sie vermeinten, wenn sie im Landkreise Allenstein eine Mehrheit erzielten, so würde es wohl möglich sein, daß wenigstens die masurischen Kreise, die zwischen ihm und der Grenze liegen, Osterode, Neidenburg und Ortelsburg, auf Grund des bekannten Kautschukparagraphen von den wirtschaftlichen und geographischen Notwendigkeiten mit zu Polen geschlagen würden. Diese Rechnung konnte in der That stimmen, wenn es, das war allerdings die Voraussetzung, den Polen wirklich gelang, den Landkreis Allenstein zu erobern. Sie sammelten also noch einmal alle ihre Kräfte und stürzten sich mit aller Macht auf diesen armen Kreis, der von jeher schon die Hauptstöße der polnischen Angriffe ausgehalten hatte. Der Endkampf wurde eingeleitet durch eine ungeheuerliche Flugblattoffensive. Täglich wurden mehrere Flugblätter herausgeworfen und mit den zahlreichen Lastautos über den ganzen Kreis, einer wahren Überschwemmung gleich, verteilt. Sie zählten noch einmal alle Herrlichkeiten Polens auf, beschimpften alles, was deutsch hieß, in der bekannten, nur noch gesteigert gemeinen Weise. Vor allem aber hatten sie es dieses Mal auf den deutschen Propagandaleiter abgesehen, dem sie alle nur erdenklichen Schandtaten andichteten. Dann mußten die Sturmtruppen vor. Voran zwei polnische Geistliche, ein gewisser Grossek und ein Bruder des bekannten Komponisten Nowowieski, der Professor Dr. Rudolf Nowowieski, Sekretär des Warschauer Erzbischofs. Dieser Nowowieski war uns von früher her persönlich bekannt. Er stammte aus dem kleinen Städtchen Wartenburg, hatte das Allensteiner Gymnasium besucht, allerdings ohne das Ziel zu erreichen, und war dann

verschwunden. Man hörte dann nur, daß er eine etwas abenteuerliche Laufbahn eingeschlagen hatte. Jetzt tauchte er plötzlich als polnischer Agitator auf. Die Polen setzten nun mit einer Versammlungstätigkeit größten Stiles ein, 16 bis 20 Versammlungen in der Woche. Und überall waren die Hauptredner die beiden Geistlichen. Sie hatten einen starken Erfolg und erreichten es, daß der ganze Landkreis Allenstein in fieberhafte Erregung geriet. Besonders Nowowieski arbeitete in unerhört skrupelloser Weise. Sein Priestergewand und seine Titel verschafften ihm ja von vornherein einen gewissen Vorteil. Dazu war er ein gewandter Redner, wenn er sein Polnisch auch sehr oft, wo es nicht ausreichte, durch deutsche Worte ersetzen mußte. Aber das machte er wett durch das, was er vorbrachte. Er verkündete überall, der Papst selbst hätte ihn hergeschickt, um dem guten polnischen Volke des Ermlandes seine Grüße und seinen Segen zu überbringen. Zum Schluß forderte er die Versammelten stets auf, niederzuknien, den Segen zu empfangen und zu schwören, daß sie für die Mutter Polen stimmen würden. So ging es Tag für Tag, drei Wochen lang. Die polnische Regierung unterstützte den Angriff, indem sie einen Erlaß herausgab, in dem sie Masuren und Ermland Autonomie versprach und seiner Bevölkerung die Befreiung vom Heeresdienst.

Die Erregung im Landkreise Allenstein war inzwischen so groß geworden, daß sie auch unsere eigenen Vertrauensleute ansteckte. Man begann das Schlimmste zu befürchten und bestürmte die Propagandaleitung etwas zu unternehmen, dem Treiben der beiden Geistlichen entgegenzutreten und ebenfalls öffentliche Versammlungen abzuhalten. Die Propagandaleitung hatte gegenüber dieser allgemeinen Nervosität einen schweren Stand. Welche Vorbereitungen sie inzwischen betrieb, um den letzten, entscheidenden Schlag zu führen, konnte sie natürlich nicht einmal andeuten. Sie konnte eben nur um Vertrauen bitten, und nur durch die Erklärung beruhigend wirken, daß es genau 14 Tage vor der Abstimmung losgehen würde, nach dem Rezept, wer das letzte Wort hat, behält Recht.

Und in der Tat wurde nach diesem Rezept verfahren. Bis zum 26. Juni wurde den Polen Zeit gelassen, den ganzen Landkreis Allenstein abzugrasen. Dann aber setzte der deutsche Gegenangriff schlagartig ein. Zuerst wurde in den „Ostdeutschen Nachrichten“ der Autonomiegedanke

abgetan. Es war ja nicht das erste Mal, daß wir uns damit zu befassen hatten. Der polnische Masurenbund hatte ihn seinerzeit auch verkündet, und mit dem Schlagwort: Masuren den Masuren! gearbeitet. Wir hatten ihn damals sofort mit Keulen totgeschlagen, um ihn überhaupt gar nicht erst hochkommen zu lassen. Denn darüber mußte sich jeder politisch denkende Mensch klar sein, daß eine staatliche Autonomie, selbst im Rahmen der deutschen Reichsgrenzen, für unser kleines Gebiet die sichere Polonisierung bedeutete. Diesen erneuten Versuch, mit dem Autonomiegedanken im Trüben zu fischen, erledigten wir sehr glatt. Unsere Reichshofpolen hatten die unbegreifliche Dummheit gemacht, den Erlaß der polnischen Regierung in der deutschen Übersetzung zu fälschen. Der polnische Urtext versprach gar keine Autonomie, sondern Selbstverwaltung, wie sie jede Provinz und jeder Kreis in Preußen besitzen. Und er versprach gar keine Befreiung vom Militärdienst an sich, sondern nur für den gegenwärtigen Bolschewistenkrieg. Diese ebenso grobe wie törichte Fälschung aufzudecken und durch Flugblätter und unsere Zeitung zu verbreiten, genügte, um den Schritt der Warschauer Regierung unwirksam zu machen. Der zweite Hieb erledigte den geistlichen Agitator Nowowieski. Unsere Zentrumsfreunde hatten den Weg bis zum Warschauer Erzbischof gefunden, und der Erfolg war der, daß wir Herrn Nowowieski öffentlich als Lügner und Betrüger an den Pranger stellen konnten. Er war weder Doktor, noch Professor, noch Sekretär eines Erzbischofs, sondern nur ein unbedeutender Religionslehrer an irgendeiner Schule in Warschau und hatte natürlich niemals einen Auftrag vom Papst erhalten. Nowowieski verschwand sofort. Die Entlarvung dieses frechen Schwindlers war ein schwerer Schlag für die Polen. Aber nun fielen sie hageldicht. Plötzlich begannen alle Setzer in sämtlichen Druckereien, die den Polen gehörten, zu streifen, sogar bei dem armen Herrn Kasimir in Ortelsburg. Ihnen folgten sofort die polnischen Chauffeure. Am 26. Juni wurde die Öffentlichkeit durch die Nachricht überrascht, daß bisher polnisch gesinnte Ermländer, an ihrer Spitze ein ehemaliger Bojuwkaführer, Jablonski, und ein Beamter des polnischen Konsulates, Jabka, einen polnischen Bund zur Erhaltung des Ermlandes gegründet hätten. Daß dieser Bund sofort mit dem deutschen „Masuren- und Ermländerbund“ Frieden geschlossen und sich zu gemeinsamem Vorgehen unter der Parole: „Die Warschauer

raus!“ entschlossen hätte. Der Kommission wurde ganz in aller Form von diesem neuen polnischen Bunde gegen die Warschauer Mitteilung gemacht, — was für Gesichter insbesondere die Franzosen dazu schnitten, wissen wir nicht —, und dafür gesorgt, daß die Nachricht überall mit dem nötigen Nachdruck bekanntgemacht wurde. Am Montag den 28. Juni begann dann der Generalangriff. Jeden Abend verließen sieben Autos das deutsche Hauptquartier, das Deutsche Haus in Allenstein, mit je vier Rednern besetzt, zwei polnischen Rednern vom neuen Bund zur Erhaltung des Ermlandes, und zwei deutschen Rednern vom „Masuren- und Ermländerbund“. Und jeden Abend gegen Mitternacht kehrte langsam ein Wagen nach dem andern zurück und die Redner erstatteten Bericht über den Verlauf der Versammlungen. Die Reden, die sie zu halten hatten, waren vorher in einem kleinen Rednerkursus genau festgelegt und wenn auch mit gewissen Verschiedenheiten für die polnischen und deutschen Redner, so doch auf einen Ton abgestimmt: „Über die Zukunft des Ermlandes haben nur wir Ermländer zu bestimmen. Fort mit dem Bruderzwist, an dem nur die Warschauer schuld sind. Darum: Die Warschauer raus!“ Diese Parole war ein wirkliches Schlagwort geworden, es schlug die Warschauer glatt aus dem Felde. Sie versuchten es überhaupt gar nicht mehr, sich dieser Flut von Versammlungen und Reden entgegenzustemmen. Bierzehn Tage lang, ohne Unterbrechung jeden Abend sieben Versammlungen abzuhalten, war gewiß eine Leistung. Doch es mußte programmäßig geschehen, damit den Polen nicht ein einziger Tag blieb, um noch ihrerseits zu Wort zu kommen. Das letzte Wort mußten wir haben, und wir hatten es. Als am letzten Tage, am Sonnabend den 10. Juli um die Mitternacht unsere Redner, gänzlich abgekämpft aber in vorzüglichster Stimmung in unser Hauptquartier zurückkehrten, um ihren letzten Bericht abzustatten, da wußten wir es, die Anstrengungen waren nicht umsonst gewesen. Ein glänzender Sieg war uns am eben anbrechenden 11. Juli gewiß.

Wirksam unterstützt wurde unser Angriff durch die Anwesenheit der Abstimmer aus dem Reich, die in hellen Scharen über See, aber auch durch den polnischen Korridor herbeieilten, und mit ihrer warmen Begeisterung unsere Dörfer und Städte füllten. Unsere Heimatvereine hatten vollauf zu tun, um diese kleine Völkerwanderung von lieben

Gästen — 128 000! — unterzubringen. Aber die Hochstimmung half über alle Schwierigkeiten hinweg. Wir boten, so gut wir es hatten, und unsere Gäste nahmen es, wie es geboten war: mit herzlicher Freude. Unser ganzes Abstimmungsgebiet hatte Festschmuck angelegt. Jede Stadt, jedes Dorf, jeder Bahnhof prangte im Schmuck des Laubes, des Tannengrüns, der lustigen Flaggen. Und überall dazwischen, an jedem Haus, bis zur kleinsten Dorfkate hinab, der weiße Schild mit dem ernst mahnenden schwarzen Kreuz, das Zeichen der Heimatvereine. Am Vorabend des Abstimmungstages wurde in sämtlichen Heimatvereinen ein würdiges und doch fröhliches Willkommfest unseren lieben Gästen gegeben. In den Städten geschah es in Form von Deutschen Tagen, mit vielfach prachtvoll gelungenen Festumzügen, Musik und Ansprachen. In der Hauptstadt Allenstein herrschte natürlich ein besonders reges Leben. Im Stadttheater fanden Festaufführungen statt unter Mitwirkung erster Berliner Künstler. Großen Eindruck machte die Aufführung des „Zell“ auf der Freilichtbühne. Die verschiedenen Gesangvereine wetteiferten miteinander, angestachelt durch das Vorbild des Berliner Lehrgesangvereins, der wenige Wochen vorher die weite Reise nach und durch das Abstimmungsgebiet nicht gescheut hatte, und durch seine herrliche Kunst uns allen Zuversicht und Erhebung gespendet hatte. Die Sportvereine durften in diesen Tagen natürlich auch nicht fehlen. Und auch die Presse war vollständig da. Bereits am 10. Mai hatten achtzehn Vertreter der größten deutschen Blätter dem Abstimmungsgebiet einen Besuch abgestattet und waren von uns als hochwillkommene Boten aus dem Reich mit herzlicher, dankbarer Freude empfangen worden. Nun waren sie wieder alle da, um am Abstimmungstage selbst Zeugen und Verkünder unseres Sieges zu sein.

Die festlichen Veranstaltungen erfüllten ihren Zweck. Helle Begeisterung wehte durch das ganze Land, und mit froher Zuversicht drängte sich alles an die Urnen, als der Entscheidungstag nach anderthalb Jahren quälender Erwartung, wechselnder Stimmungen, schwerer Krisen und lärmenden Kampfes endlich, endlich da war. Er brachte uns reichsten Lohn für alle unsere Mühen. Die Niederlage der Polen war vollständig, niederschmetternd, ja fast ein wenig lächerlich. 97,5 Prozent der Bevölkerung hatten für Deutschland gestimmt, und nur 2,5 Prozent für Polen. Das Ergebnis in den einzelnen Kreisen war folgendes:

Kreis	Anzahl der Gemeinden, die stimmten für		Anzahl der abgegebenen Stimmen für	
	Ostpreußen	Polen	Ostpreußen	Polen
Dlegko	121	—	28 625	2
Löben	116	—	29 378	9
Rößel	117	1	35 252	758
Allenstein (Stadt)	1	—	16 742	342
Osterode	244	4	46 385	1043
Johannisburg	198	—	34 036	14
Allenstein (Land)	179	3	31 486	4902
Sensburg	190	—	34 334	25
Neidenburg	142	1	22 233	330
	Eine Gemeinde mit gleichen Stimmen			
Ortelsburg	197		43 204	511
Lyd	190		36 534	44
Insgesamt:	1695	9	363 209	7980

Der Abstimmungstag selbst verlief in völliger Ruhe. Die Polen hielten sich zurück. Die Warschauer saßen still in ihrem Reichshof, der durch Stacheldraht und spanische Reiter wohl verwahrt und von der Abstimmungspolizei bewacht wurde. Die meisten von ihnen hatten allerdings schon in den letzten Tagen das Land verlassen. Auch die Posener Bojuwka war heimlich unter allen Vorsichtsmaßnahmen in kleinen Trupps über die Grenze zurückgeschafft worden. Als dann aber der Abend herniedersank, da begannen die Straßen und Plätze sich zu füllen. Eine froh erregte Menge harrete geduldig der Bekanntgabe der Resultate. Und als dann die ersten Nachrichten ausgegeben wurden und allmählich immer klarer die gewaltige, den meisten in diesem Maße unerwartete Größe des deutschen Sieges sich herausstellte, da flog ein Jubelsturm durch das ganze Land, von Dorf zu Dorf und von Stadt zu Stadt.

Man hatte geglaubt, das Endresultat etwa am Dienstag erwarten zu können. Aber die allgemeine Begeisterung und Erregung hatte auch die Kommission gepackt. Im Regierungsgebäude saßen die Beamten der Kommission und der Regierung und nahmen unermüdlich die Meldungen entgegen, die auf Tausenden von Drähten aus dem letzten

Dorf über die Kreisstädte nach Allenstein flogen. Sie arbeiteten unverdrossen die ganze Nacht hindurch. Unten aber saß der Reichskommissar mit seinem Stabe und rechnete und rechnete, bis morgens um halb sechs. Dann war das Endresultat heraus, und wir drückten uns bewegt, dankbar und stolz die Hände. An diesem Resultat konnten alle diplomatischen Künste, selbst der Hohe Rat in Paris nicht rütteln.

Und was sagte die Kommission dazu? Der Japaner blickte äußerlich unbeweglich drein, wie immer. Der Engländer lächelte sein liebenswürdiges Diplomatenlächeln. Der Italiener sann ein wenig nach, als er das Endresultat in Händen hielt, dann sagte er mit einem feinen Lächeln: „Wo waren da eigentlich die Sachverständigen von Versailles?“ Die Franzosen aber machten strenge Gesichter und sagten untereinander: „C'est incroyable!“

In der Tat, es war ein unglaublicher Erfolg. Sie alle, die Deutschen, die Masuren, die Ermländer, ob deutscher oder nichtdeutscher Muttersprache, alle hatten ihre Pflicht getan. Der Dank aber gehörte in erster Linie den vielen Tausenden von Helfern des Ostdeutschen Heimatdienstes und des Masuren- und Ermländerbundes, die als echte deutsche Kämpfer, furchtlos und treu, und opferwillig alles darangesetzt hatten, um das zu erringen und aufzubauen, was uns die Kraft zu diesem Siege gab: Die Einigkeit und die Geschlossenheit in unbeugsamem Willen des ganzen masurisch-ermländischen Volkes.

Und dann kam noch ein Tag, da wir wieder die Fahnen hervorholten. Der Tag, an dem die Kommission die Verwaltung des Abstimmungsgebietes in die Hände des heimgekehrten Regierungspräsidenten zurücklegte. Nur drei kleine Ortschaften an der Grenze des Kreises Osterode, die polnischen Dörfchen Klein-Nappern, Lobenstein und Groschken hatten wir verloren. Zwei Tage später war die Kommission bereits abgereist, die fremden Truppen folgten ihr auf dem Fuße, und an demselben Abend noch rückte, freudig begrüßt, unsere Reichswehr ein.

Aus Berlin trafen dann der Reichsminister und Vizekanzler Heinze und der preußische Minister des Innern Severing ein, um das bisherige Abstimmungsgebiet feierlich als wiedergewonnenes Glied des großen deutschen Vaterlandes zu begrüßen. Das geschah am 19. August des Jahres 1920.

Wir waren heimgekehrt!

Schlußwort.

Meine Erinnerungen als deutscher Reichs- und Staatskommissar für das ostpreussische Abstimmungsgebiet in Allenstein.

Von Wilhelm Freiherrn von Gayl, Königsberg i. Pr.

Am 11. Februar 1920 trat ich das Amt als deutscher Reichs- und preussischer Staatskommissar für das ostpreussische Abstimmungsgebiet an, am Tage des Eintreffens der interalliierten Kommission in Allenstein. Bis zum 1. Oktober war es mir vergönnt, in Allenstein für meine Heimat Ostpreußen und das Vaterland tätig zu sein. Heute vergoldet die Erinnerung dieses Stück Vergangenheit, das ich in meinem Leben nicht missen möchte. Es war eine bittertraurige Aufgabe, Vertreter eines geschlagenen und gedemütigten Reichs gegenüber einer Siegerkommission, aber auch eine unsagbar schöne und dankbare, Vertreter eines in sich einigen, in Treue und Liebe zu Heimat und Vaterland verbundenen Volks zu sein.

Mit mir trat mein kleiner Stab seinen Dienst an. Mit meinem Vertreter Geheimrat von Ferin, dem Legationsrat Baron Dr. Bachendorf, den Regierungsräten Ruge und Schütze, dem Postrat Consentius, dem Regierungsassessor Heller und den beiden Generalstabsoffizieren Major Lassen und Hauptmann Thomas, sowie dem Bureauvorsteher Obersekretär Kuckereit, seinen und unseren Hilfskräften verband mich sehr bald der gemeinsame Wille, dem Vaterlande unsere letzte Kraft zu weihen. Ihnen allen sei an dieser Stelle noch einmal vollste Anerkennung und warmer Dank gesagt.

Im Erdgeschoß des neuen und schönen Regierungsgebäudes, in dem auch die Kommission ihren Sitz hatte, war uns dank dem Entgegenkommen aller beteiligten Stellen bald eine würdige Stätte ernster Arbeit bereitet. Daß Kommission, Reichskommissar und Regierung unter einem Dache wohnten, hat sich außerordentlich bewährt.

Zu dem Versailler Vertrag war am 9. Januar 1920 ein Abkommen getroffen worden, das in großen Zügen den Rahmen für die Befugnisse und die Tätigkeit der interalliierten Kommission für die Verwaltung und die Abstimmung im Plebiszitgebiet Allenstein gab. Die Kommission

hatte versucht, durch Vorstudien ein Bild des ihr anvertrauten Bezirks und ihrer Aufgabe zu gewinnen. Sie hatte sich dazu der bereitwillig in Paris angebotenen polnischen Hilfe bedient. Wie nicht anders zu erwarten war, fand sie gänzlich andere Verhältnisse vor, als sie angenommen hatte. Ihr jubelte kein unterdrücktes Volk mit offenen Armen entgegen. Ablehnend in kalter Höflichkeit, ja zuzeiten trotzig und feindselig trat ihr die Bevölkerung Ermlands und Masurens entgegen. Gesellschaftlicher Verkehr wurde allgemein abgelehnt. Nicht hoch genug ist den Ermländern und Masuren diese Haltung anzurechnen. Sie haben sich zwar nicht die Zuneigung, wohl aber in hohem Maße die volle Achtung der Fremden erworben. Vielleicht zum ersten Male trat den Vertretern der siegreichen Nationen nach den Tagen der Schmach und des Zusammenbruchs das deutsche Volk achtunggebietend und frei von knechteliger Bewunderung Fremder gegenüber. Aus den Tagen ihres Aufenthalts in Allenstein haben die Ententevertreter das Bewußtsein mitgenommen, daß hier im äußersten Osten Deutschlands ein Volk lebt, dem Heimat und nationale Ehre über alles gehen und das gewillt ist, die Schmach der Fremdherrschaft mit allen Mitteln abzuwehren. Wenn die Erinnerungen bei den Fremden an die Verhältnisse im Plebiszitgebiet Allenstein dereinst verblaßt sein werden, dann wird das Gefühl hoher Achtung vor diesem deutschen Stamm allein übrig bleiben. Mögen Ermland und Masuren selbst in fernen Tagen dieser Haltung ihrer Vorfahren im für sie ewig denkwürdigen Jahre 1920 nie vergessen!

Die Kommission sah selbst bald ein, daß ihre vorgefaßten Ansichten und Pläne unhaltbar waren. Die in Paris unter lebhafter Einwirkung des aus Oberschlesien sattfam bekannten Generals Le Rond bereits entworfenen Bekanntmachungen und Verordnungen verschwanden in den mitgebrachten Aktenmappen. Soweit nicht eigene Erkenntnis die Kommission leitete, halfen deutsche Einflüsse nach. Schwierig war für die fremden Vertreter die Vielgestaltigkeit der deutschen Verwaltungsorganisation in Reich, Staat und Kommune. Bis zum letzten Tage blieben ihr viele Organisationsfragen schleierhaft. Die geschichtlich gewordenen Beziehungen zwischen Reich und Einzelstaaten waren auf manchen Gebieten erst durch die neue Reichsverfassung verschoben. Die gesamte Finanzverwaltung war in der Umbildung begriffen. In dieser schwierigen Lage tat die Kommission das Klügste, was sie tun konnte. Sie ließ die Dinge

zum Teil laufen, wie sie liefen und begnügte sich damit, die „Parität“ zwischen Polen und Deutschen zu wahren. Zu diesem Zweck kontrollierte sie durch ihren in keinem Verhältnis zum Umfang der Geschäfte und dem deutschen Behördenapparat stehenden Stab von mehr als 300 Personen sämtliche Verwaltungszweige mehr oder minder genau, je nach der Nationalität und der Arbeitslust ihres einzelnen Beamten. Die verschiedenen Verwaltungszweige waren den einzelnen Nationalitäten anvertraut. Gerichts- und Schulwesen, sowie Finanzen lagen in der Hand der Franzosen, deren Polenfreundlichkeit verbunden mit dem ihnen eigentümlichen Bürokratismus viel Reibungen und unangenehme Auseinandersetzungen mit sich brachte. Zur Ehre der Engländer, Italiener und Japaner muß betont werden, daß sie allgemein ihre Aufgabe großzügiger anfaßten.

Trotzdem hatten namentlich die obersten Vertreter der deutschen Behörden, unter diesen wieder der Stellvertreter des Regierungspräsidenten Oberregierungsrat Dr. Hoehnen und Landgerichtspräsident Wagener einen schweren Stand. Beide Herren, ebenso die übrigen Spitzen der deutschen Behörden, haben sich mit viel Selbstverleugnung und Lakt mit den interalliierten Vertretern und ihren oft von keinerlei Sachkenntnis getriebenen Wünschen in allen Lagen abgefunden. Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhange die gute und taktvolle Arbeit, welche Schutz- und Grenzpolizei vom obersten Führer bis zum letzten Untergebenen geleistet haben. Wie bereits in diesem Buche geschildert worden ist, brachten die Polen tagtäglich Waschkörbe voll von Beschwerden, die in elegantes Französisch übertragen, der Kommission so mundgerecht wie möglich gemacht wurden. Die Arbeitslast, welche dadurch der Kommission verursacht wurde, war so groß, daß die Bewegungsfreiheit der Behörden allgemein in dem Maße wuchs, als die Beschwerden zunahmen. Diejenigen deutschen Stellen jedoch, welche die Untersuchung dieser Eingaben über sich ergehen lassen mußten, haben eine unendliche Geduld aufbringen müssen, für welche ihnen der besondere Dank der Heimat gebührt.

Draußen in den Kreisen liefen die Dinge meistens gemüthlicher. Nur dort, wo französische Offiziere ihre polnischen Schutzbefohlenen betreuten, da wurden die Geduld der deutschgesinnten Bevölkerung und die Nerven der Landräte aufs äußerste angespannt. Aber auch diese Tätig-

keit der französischen Kontrolleure hatte ihr Gutes. Sie waren mit Vorbedacht in die Kreise gesetzt worden, in denen nicht mit Unrecht die stärksten Stützpunkte der Polen vermutet wurden. Es waren ausgesuchte Vertreter Frankreichs, zum Teil fanatische Lothringer, sprachgewandte, zähe und zielbewusste Männer, die ihre Aufgabe ernst nahmen und sehr bald die Schutzheiligen aller polnischgesinnten Einwohner wurden. Gerade aber die Tätigkeit dieser Franzosen reizte und stärkte das deutsche Gefühl der Bevölkerung. Gerade in diesen Kreisen konnte der deutsche Gedanke seinen schönsten Sieg erringen. Diese Franzosen waren ein Teil jener Kraft, die das Böse wollte und das Gute schaffte. Auch ihnen sei an dieser Stelle der deutsche Dank nicht versagt! Nie werde ich vergessen, welche reine und tiefe Begeisterung mir entgegenquoll, so oft ich die Gegend um Gilgenburg, in der Ecke zwischen den Kreisen Ofterode und Meidenburg besuchte, von der aus man schmerzerfüllt das ferndeutsche Soldauerland hinter den neuen polnischen Grenzpfählen sah! Diese Gegend war arg gefährdet, nicht etwa weil dort eine polnische Mehrheit gewesen wäre, sondern weil dort ein fanatischer Pole saß, welcher Himmel und Hölle, Warschau und Paris mit Hilfe des französischen Kreis-kontrolleurs in Ofterode in Bewegung setzte, um seinen Zipfel trotz des unzweifelhaften Abstimmungsergebnisses polnisch zu machen. Der Name dieses Dr. Wilemski wird dort ebenso unvergessen bleiben, wie der deutsche Name „Stoll“ des französischen Majors. Hier wie in anderen Grenzgebieten drohte täglich der Terror polnischer Banden von jenseits der Grenze. Hier floß auch deutsches Blut, als die friedlichen Abstimmler aus dem Reiche beim Verlassen des Bahnhofes Gilgenburg mit Schusswaffen, Drahtseilprügeln und Morgensternen von Bojuwkaleten überfallen wurden.

Was in diesem Buche von den Bojuwka gesagt worden ist, trifft vollständig zu. Vor uns lagen die Fäden einer polnischen Bandenbewegung im Stile der obereschlesischen Laten Korfantys. Deutlich aufgedeckt vom Warschauer Kriegsministerium bis zu den Soldlisten der örtlichen Führer und den heimlich von den französischen Kontrollloffizieren ausgestellten Waffenscheinen. Wo kein Franzose im Kreise saß, da trugen diese Waffenscheine die hinter dem Rücken der englischen oder italienischen Kontrolleure gemachten Unterschriften des benachbarten Franzosen. Die rechtzeitige Vorlage beweiskräftigen Materials allein

hätte trotz des Eingreifens des englischen Präsidenten den Ausbruch der Gewalttaten nicht verhindert. Was die Polen und ihre französischen Hintermänner von der Gewalttaktik abhielt, das war die Erkenntnis von der ernsten Entschlossenheit der ermländisch-masurischen Bevölkerung, welche keinen der einfallenden Erbfeinde lebendig hätte heimkommen lassen. So hat die ernste, deutlich jede Stunde zur Schau getragene Entschlossenheit der Grenzbevölkerung der Heimat den Frieden und dem Vaterlande schwere Verwicklungen erspart.

Dies war um so wertvoller, als in den Sommertagen 1920 die polnisch-bolschewistischen Kämpfe sich unmittelbar an unserer Grenze abspielten und uns alle in Atem hielten. Die Übertritte polnischer und russischer Heeresteile brachten eine besonders schwierige Lage, weil die Truppen der interalliierten Kommission für derartige Zwischenfälle nicht ausreichten. Dem bereits drohenden Übertritt von 70 000 Bolschewisten ging die Kommission durch schleunige Abreise aus dem Wege. Alles in allem aber hat die interalliierte Kommission mit Ausnahme der Franzosen sich ehrliche Mühe gegeben, ihre schwere Aufgabe zu erfüllen. Das anzuerkennen, gebietet die Gerechtigkeit. Irrtümer und Fehler sind Menschenlos. Es ist keine leichte Aufgabe, ein Land in einer Volksabstimmungszeit zu regieren. In dem Abstimmungsgedanken steckt an sich ein idealer Kern ausgleichender Gerechtigkeit auch gegenüber geschichtlich gewordenen Verhältnissen. Dieser ideale Kern kann aber nur dort herausgearbeitet und dort zum Segen werden, wo es sich um kulturell- und nationalgeschlossene und in geschichtlicher Zeit vergewaltigte Volkskörper handelt, welche dem Stammvolke wieder ohne Verletzung anderer Lebensinteressen zugeführt werden können. In Ermland und Masuren, die seit Jahrhunderten kulturell und wirtschaftlich zum deutschen Lebenskreis gehören, war die Volksabstimmung als Feigenblatt brutaler Annexionsabsichten ein wirkliches Verbrechen an der Bevölkerung. Haß und Mißgunst, Korruption und Niedertracht sind in dieses friedliche Land hineingetragen worden und wirken noch im kommenden Geschlecht, nachdem sogar die Seelen der Kinder durch den bis dahin fast unbekannt Nationalitätenhaß vergiftet worden sind. Diese Folgen, die kein Segen, sondern ein Fluch waren, haben den einsichtigen Elementen der Kommission den Aufenthalt in dem schönen Lande, das in voller Sommerpracht vor ihnen lag, gründlich verdorben.

Ich weiß bestimmt, daß der Präsident Rennie diesen Fluch seiner Tätigkeit empfunden hat. Er war ehrlich bemüht, diese Folgen zu mildern, gerecht und unparteiisch zu sein. Er war ein Gentleman im alten und wahren Sinne dieses englischen Wortes, aber auch ein in allen Sätteln gerechter, vorsichtiger Diplomat. Letzten Endes wurden die Fäden trotz der großen äußerlichen Vollmachten in Paris gezogen. Aus diesem Zustand ergaben sich eine gewisse Unsicherheit des Auftretens und eine zarte Rücksichtnahme auf französische Wünsche. Es lag den übrigen Ententemächten nichts daran, sich wegen dem bißchen Ostpreußen mit Frankreich zu überwerfen. Es offenbarte sich bereits deutlich in Allenstein die Schwäche der englischen Stellung nach dem Weltkriege gegenüber Frankreich, deren weltgeschichtliche Bedeutung sich heute noch nicht völlig absehen läßt. Wir lebten in diesem deutschen Winkel bereits 1920 im Vorschatten des welterschütternden Konflikts, der sich um die Herrschaft über die Ozeane abspielen wird, und in dem sich Frankreich in der Rolle der von zwei Seiten umworbenen, zurzeit stärksten Macht der alten europäischen Welt gefallen kann. In diesem Schatten die Interessen des geschlagenen deutschen Volkes zu vertreten, war oft eine bittere und unfruchtbare Aufgabe, die leidlich zu lösen der Kraft eines einzelnen Menschen nicht gelingen konnte. Nur die lebendige Flamme heiliger Heimats- und Vaterlandsliebe eines in sich einigen Volkes konnte als treibende Kraft hier hinter dem offiziellen Vertreter Deutschlands wirken und dieses Land deutsch erhalten.

Berlin konnte und wollte keine genauen Richtlinien der in Allenstein einzuschlagenden Politik geben. Die Erfahrungen in den übrigen Abstimmungsgebieten fußten auf vielfach anderen Voraussetzungen. Nur im westpreußischen Abstimmungsgebiet lagen etwas ähnliche Verhältnisse vor. Zwischen Marienwerder und Allenstein entwickelten sich daher bald reger Meinungsaustausch und treue Waffenbrüderschaft. Die Berliner Zentralstellen sorgten durch regelmäßige Nachrichten über die allgemeine Lage und die großen Richtlinien der deutschen Politik dafür, daß in Allenstein das deutsche Vorgehen im richtigen Rahmen blieb. Sonst ließ man in Würdigung der örtlichen Verhältnisse die dringend notwendige Freiheit des Handelns. Was sonst geschehen konnte für das Abstimmungsgebiet, ist geschehen. Im Auswärtigen Amt war der Spezialreferent Legationsrat Meyer Tag und Nacht für unsere Wünsche

zu haben. Im preußischen Ministerium des Innern sorgten Ministerialdirektor Loehrs und Regierungsrat Bohne in nie rastendem Eifer. Auch die übrigen Ressorts ließen selten eine Bitte unerhört verhallen. Das Abstimmungsgebiet hat alle Ursache, der jeweiligen Reichs- und Staatsregierung in Dankbarkeit zu gedenken, gleichviel wie der einzelne sonst über die Taten der wechselnden Regierungen nach seinem Parteistandpunkt denken mag.

Ostpreußen hat durch den Versailler Vertrag und seine Folgen ein hartes Los erhalten. Nicht immer hat man in Berlin für seine Wünsche das richtige Verständnis gezeigt. Viele seiner Forderungen sind heute noch unerfüllt. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Schuld an den Regierungen oder am gelegentlichen Versagen der ostpreußischen Behörden liegt. Das Eine ist gewiß, die Lage Ostpreußens zu Beginn des Jahres 1920 war nicht geeignet, rosige Zukunftshoffnungen zu erwecken und zum Verbleib des Abstimmungsgebiets bei Ostpreußen zu locken. Auch weite Kreise im Reich, namentlich Handel und Gewerbe schienen Ostpreußen und den Allensteiner Bezirk bereits abgeschrieben zu haben. Tägliche kleine und große Beispiele zeigten das. Bahnerpeditionen behaupteten, daß Allenstein bereits im Auslande läge und verlangten Zolldeklarationen. Kredite wurden nicht mehr gewährt. Eine staatliche Bergwerksbehörde verlangte von der Allensteiner Regierung Vorausbezahlung der bestellten Kohlen usw. Kurz, es war manches geschehen, was Zweifel an der Teilnahme und dem Verständnis im Reich für die schwere Lage Ostpreußens und vor allem des Abstimmungsgebiets aufkommen ließ. Es ist das große bleibende Verdienst des deutschen Schutzbundes in Berlin und der Organisationen Heimatreuer Ostpreußen, bald Wandel geschafft zu haben. Langsam aber immer stärker kam die werktätige Mithilfe des ganzen deutschen Volkes. Unter den vielen Zeichen treuen Gedenkens und warmer Hilfsbereitschaft seien hier die Bemühungen der deutschen Presse, des Berliner Lehrer-Männerfangvereins und namhafter deutscher Künstler genannt. Den Miterlebenden war die Aufführung von Goethes Iphigenie in Allenstein eine hohe Offenbarung des unzerreißbaren Bandes deutscher Kulturgemeinschaft zwischen dem Reich und Ostpreußen. Auch wir suchten in diesen Tagen das deutsche Vaterland mit der Seele!

Es ging ein großer Zug durch das Volk Ermlands und Masuriens.

Es war ein Erlebnis großen Ausmaßes, ihn entstehen, wachsen und zum Siege führen zu sehen. Dieses Erlebnis wiegt heute in der Erinnerung vielfach auf, was ich an bitteren und trüben Stunden in jenen Monaten habe erdulden müssen. Wenn ich heute rückblickend nach der ersten Ursache jener großen Volksbewegung forsche, so drängt sich mir immer mehr die Erkenntnis auf, daß am Anfange nicht Erwägungen und Worte, sondern Taten standen. Die ersten Taten der Männer und Frauen, die nicht verzweifeln, sondern arbeiten wollten für ihre Heimat.

In diesem Buche ist bereits eingehend geschildert wie Not und Zweifel in den Herzen eines Volkes herrschten, das sein Schicksal gar nicht begreifen wollte und wie aus kleinen Anfängen jene große Bewegung entstanden ist, welche Ermland und Masuren rettete. Bereits im Jahre 1919 hatte ich die Freude, den kleinen Kreis entschlossener Männer und Frauen kennen zu lernen, welche sich um die abwärtsgleitende deutsche Flagge scharten. Wir waren damals schon einig in dem Grundgedanken, daß nur Selbsthilfe des Volkes Rettung bringen würde, und daß diese Selbsthilfe nicht von den politischen Parteien kommen konnte. So sah ich die aus der Tat eines raschen, befreienden Entschlusses geborenen Organisationen des Ostdeutschen Heimatdienstes bereits im Aufblühen, als der damalige Oberpräsident von Ostpreußen August Winnig zuerst an mich die Frage richtete, ob ich als deutscher Kommissar nach Allenstein gehen wollte. Der Entschluß zur Antwort ward mir nicht leicht. Daß Ehre und Reputation in Allenstein zu verlieren waren, sprach dabei angesichts des Gefühls in schwerster Stunde der Heimat dienen zu können, nicht mit. Schwerer fiel ins Gewicht die Tatsache, daß ich in unserer von Parteileidenschaft durchzitterten Zeit in meiner Heimat mit Recht als ein Mann galt, der nach Herkunft, Erziehung und selbst-erworbener Überzeugung durchaus rechts stand. Parteipolitisch war ich nicht hervorgetreten. Ich sehe in der Zugehörigkeit zu einer Partei ein notwendiges Übel, dem sich aber in den gegenwärtigen Verhältnissen niemand entziehen kann. Ich fürchtete — die Entwicklung hat es bestätigt, zum Glück nur teilweise —, daß meine Person geeignet sein könnte, im deutschen Lager mehr zu schaden, als zu nützen.

In diesen Tagen der Entscheidung suchte ich wieder Fühlung mit den leitenden Männern des Heimatdienstes Allenstein und ließ mir ihre Grundgedanken, Absichten und Erfolge klar legen. Der Geist, den ich

dort fand, gab mir den Entschluß zur Zusage. Von dieser Stunde an haben wir miteinander und füreinander gearbeitet. Wir fragten uns nicht nach dem parteipolitischen Standpunkt, sondern sprachen nur von dem Ziel, das uns vorschwebte, der Rettung der Heimat. Wir schalteten die politischen Parteien aus und hielten uns grundsätzlich nur an die Person derer, die gewillt waren, durch die Tat ihre Liebe und Treue zur Heimat zu beweisen. Es wäre undankbar, wenn ich nicht auch an dieser Stelle den Parteiorganisationen der Provinz dafür danke, daß sie tatsächlich, von wenigen Entgleisungen in allen Lagern abgesehen, den Entschluß zum Burgfrieden faßten und hielten. Die Durchführung der Abstimmung aber gelang durch eine parteipolitisch völlig neutrale Organisation. Aus dieser Erfahrung habe ich die Hoffnung mit hinübergenommen in die Gegenwart, daß es auch in Deutschland möglich ist, alle Kreise des Volkes zu einen, wenn die höchsten Güter der Nation auf dem Spiele stehen. Noch scheint diese Erfahrung vereinzelt bleiben zu sollen. Trotzdem glaube ich wieder an eine Zukunft meines Volkes!

So haben wir denn beraten und getatet mit allen, die helfen wollten. vielerlei Menschen kamen und gingen, viele gute und bedachtame Rat schläge wurden uns zugetragen. Soweit die Tätigkeit bei der Kommission Zeit ließ, regelmäßig von Sonnabend mittag bis Montag früh sauste mein Kraftwagen durchs Land von Ort zu Ort, von Besprechung zu Besprechung, und je näher die Abstimmung kam, von Fest zu Fest. Überall traf ich denselben Geist der Versöhnung zwischen den deutschen Brüdern, der Zuversicht und der Entschlossenheit. Der Großgrundbesitzer und der Justmann, der Fabrikbesitzer und der Arbeiter, der Monarchist und der unabhängige Sozialdemokrat versprachen mir in die Hand, ihr Bestes zu tun und haben es gehalten. Was ich überall traf, war Geist vom Geist der Führer jenes Heimatdienstes. Letzthin ist die Entfaltung und Erhaltung deutschen Geistes ihre geschichtliche Tat. Sie vereinten in sich die Kraft zur Erweckung der Begeisterung mit kühlem, realpolitischem Denken, richtiger Einschätzung ihrer eigenen Landsleute, wie der Gegner, und einem feinen Gefühl für die im gegebenen Augenblick einzuschlagende Taktik. Mar Worgitzki, Regierungs- und Veterinärart Dr. Marks, Fabrikbesitzer Thiel und der Leiter der Zweigstelle Carlshof Borowski teilen sich jeder an seinem Platze in den Ruhm des Erfolges. Von den Kreisstellenleitern und ihren Helfern einzeln zu

sprechen, ist bei dem beschränkten Raum leider nicht möglich. Jeder hat seinen vollen Anteil am Siege. Ehre und Dank besonders den treuen und aufrechten Männern und Frauen, die auf unkämpftem Posten inmitten der Polennefer unter Einsatz von Leib und Leben gewirkt haben.

Gegenüber der Erinnerung an alle jene wahren und erprobten Mitstreiter und an ihre Arbeit verblaffen die wenigen Bilder trüber Erfahrungen, die auch nicht fehlten. Ehrgeiz, Gewinnsucht, oft auch nur Gedankenlosigkeit trieben einzelne dazu, ihr Glück bei der interalliierten Kommission zu versuchen. Um die Vertretung aller deutschen Interessen einheitlich und zielbewußt zu gestalten, wurde daher nach Möglichkeit jeder Verkehr deutscher Einzelpersonen und Organisationen aller Art durch die Hand des Reichskommissars geleitet. Manche Wünsche, viele notwendige Bitten blieben trotz aller Mühe unerfüllt. Das störte aber auf die Dauer die auf gegenseitigem Vertrauen beruhende Zusammenarbeit zwischen der deutschgesinnten Bevölkerung und ihrer Interessenvertretung nicht. Lohnstreitigkeiten usw. ließen sich bei Entgegenkommen von beiden Seiten unparteiisch schlichten.

Der Rapputsch im März 1920 drohte einen Augenblick die Einheitsfront zu sprengen. Die allgemeine Ansicht aber, daß dieses Unternehmen, so folgenschwer es auch für ganz Deutschland und die freien Teile Ostpreußens war, für das unter fremder Herrschaft stehende Abstimmungsgebiet im Augenblick keine Bedeutung haben durfte, ließ die begreifliche Erregung der ersten Stunden bald abflauen. Sofort einsetzende Besprechungen in diesem Sinne mit maßgebenden Persönlichkeiten schalteten von Anfang an ernstere Folgen aus. Der Burgfrieden wurde erhalten.

Nachdem das Durcheinander der ersten Wochen vorüber und der Kampfplatz erkundet war, ergaben sich für den Reichskommissar drei hauptfächliche Richtlinien der deutschen Politik im Abstimmungsgebiet.

I. Die deutsche Einheitsfront mußte trotz aller Zwischenfälle und der im Reich bevorstehenden Neuwahlen zum Reichstag aufrecht erhalten und gefestigt werden. Dazu gehörte ein ungestörtes Arbeiten des Heimatdienstes auf allen Gebieten. Dies wurde vielfach durch Zugeständnisse an die interalliierte Kommission und auf deren Betreiben sogar an die Polen erkaufte, nach dem Grundsatz der Leistung Zug um Zug. Jede Zuwendung an die Polen mußte durch einen unmittelbaren oder mittel-

baren Vorteil für die deutsche Propaganda erkauft werden. Von wenigen Ausnahmen abgesehen konnte dieses Ziel erreicht werden.

II. Jeder Schachzug von polnisch-französischer Seite mußte rechtzeitig erkannt und vorher, mindestens aber innerhalb 24 Stunden matt gesetzt werden. Gute Dienste leistete dabei die Geschwägigkeit und Wichtigtuerei polnischer Agitatoren, die vielfach gackerten, ehe sie ihr Ei gelegt hatten, und die Aufmerksamkeit der deutschgesinnten Bevölkerung, welche ihre Beobachtungen und Befürchtungen durch den Heimatdienst rechtzeitig meldete. So gelang es meistens, Vorfälle und Beschwerden, welche die Polen der Kommission zutragen wollten, wahrheitsgemäß und offen vorzutragen und zu erklären, ehe die polnisch-französische Einwirkung einsetzen konnte. Gegenüber der Kommission hatten Sachlichkeit und Offenheit jedesmal ihre gute Wirkung gegenüber den polnischen Deklamationen, ebenso wie kühle Zurückhaltung im persönlichen und von jedem gesellschaftlichen Verkehr gegenüber der polnischen Aufdringlichkeit. Nur die Franzosen genossen die polnische Gastfreundschaft in vollen Zügen.

III. Der Versailler Vertrag und seine Nebenbestimmungen mußten von deutscher Seite im Abstimmungsgebiet peinlich inne gehalten werden. Die deutschen Behörden mußten vollständig loyal arbeiten. Kein Buchstabe durfte verlekt werden. Nur so war es möglich, von dem Gegner das Gleiche zu verlangen und jeden Seitensprung sofort festzunageln und zu rügen. Das geschah, wenn es sein mußte, in voller Öffentlichkeit und in scharfen Worten. Kleine Gefälligkeiten unverbindlicher Art gegenüber besonderen persönlichen Wünschen und Steckpferden einzelner Kommissionsmitglieder mußten erfüllt werden, um Größeres zu retten. So gelang es auch, den Gang der deutschen Verwaltungsmaschine vor allzu störenden Eingriffen zu bewahren. Vor allen Dingen aber kam es darauf an, die gesamte deutsche Politik so einzustellen, daß allen Gegenwirkungen zum Trotz das Abstimmungsreglement und seine Handhabung, sowie die Auswertung des Abstimmungsergebnisses genau nach dem Wortlaut des Vertrages zustande kamen. Diesem Ziel mußte vieles, zum Beispiel die Schutzpolizei, der Widerstand gegen polnische Weiräte bei den Behörden usw. geopfert werden. Es war oft nicht leicht, im Augenblick das Richtige zu treffen und die Auswirkung der getroffenen raschen Entscheidung zu übersehen.

Mit diesen drei Grundsätzen ist trotz vieler Einzelfehler schließlich ein Erfolg erzielt worden, der aber sicherlich ausgeblieben wäre, wenn nicht alle Deutsche an einem Strange gezogen hätten. Das Abstimmungsgebiet besaß die seltene Gabe, auch zur Zeit Unverständenes im Hinblick auf das Ziel schweigend aufzunehmen.

Viel könnte ich noch sagen aus jenen Tagen, Erhebendes und Trauriges, Ernstes und Heiteres. Es würde ein dickes Buch für sich werden.

Endlich kam der 11. Juli 1920, eingeleitet durch den festlichen Empfang der Abstimmer, welche trotz aller Mühe in einem durch den Schutzbund glänzend geleiteten Aufmarsch zur Erfüllung ihrer Pflicht kamen. Auch sie hatten, übermannt von dem Ernst der Stunde und der Freude des Wiedersehens, des Parteigezänks und des Klassenhaders vergessen. Stadt und Dorf prangten im Schmuck der Ehrenpforten, Kränze und Flaggen. Das Land lag in strahlendem Sonnenglanz, die Gesichter der Menschen glühten in Begeisterung und Zuversicht. Überall leuchteten die Farben schwarz=weiß=rot! Es waren keine Zeugen einer einseitigen Parteirichtung, sondern die alten deutschen Fahnen, unter denen auf dem Abstimmungsboden Tannenbergs geschlagen war. Unter vielen Bannern und Fahnen eines deutschen Tages bleibt mir eine unvergeßlich: Ein rotes Schild mit der Aufschrift „Ortsgruppe der U.S.V.D.“, darunter die Worte: „Wir sind deutsch bis auf den Knochen“, und an derselben Stange eine schwarz=weiß=rote Fahne! Es war eben die deutsche Flagge!

Ein großer unblutiger Sieg ward erfochten, über Erwarten groß und schön. Als ich am 12. Juli morgens 5 1/2 Uhr das Ergebnis nach Berlin meldete, ging ein neuer Tag strahlend über Allenstein auf. Der Schlußakt begann, das zähe Ringen um die gerechte Wertung der Abstimmung. In der Gilsenburger Ecke bestand die Gefahr, daß neben einigen polnisch gerichteten auch deutsche Ortschaften verloren gehen könnten. Es drängte mich dorthin. Als ich Allenstein verließ, folgte mir der Wagen des englischen Präsidenten, wenige Kilometer weiter stand der französische Gesandte neben seinem Wagen und wartete auf die Behebung einer Panne. Das schien mir ein gutes Vorzeichen. Am nächsten Tage stellte sich heraus, daß auch die anderen Missionschefs unterwegs gewesen waren. Keiner von uns fünf Männern hatte dem anderen etwas von seiner Absicht gesagt, aber alle waren an der gefährdeten Grenze gewesen.

Wir Deutsche forderten die Rückgabe des ganzen Gebiets. Aber der „Hohe Rat“ in Paris ging über den Willen des Volkes hinweg und gab dem polnischen Lieblingskind wenigstens eine Zuckerpille. Schmerz und Verzweiflung standen in den Augen der Deutschen, die polnisch werden mußten, und uns brannte der Verlust von vier Ortschaften in der Seele. Wir werden sie nicht vergessen!

Noch zwei Festtage, der 16. August, an dem auf den Reichs- und Staatsgebäuden im Augenblick der feierlichen Rückgabe des Bezirks die Fahnen wieder hoch gingen, und der Tag, an dem Reich und Staat durch ihre Minister den Dank des Vaterlandes abstatteten, folgten sich rasch. Dann trat der Alltag in seine Rechte.

Von der Patina der Erinnerung bereits überzogen, liegen jene Monate des Kampfes hinter uns als ein Lichtblick in der trüben Zeit der Not, die unser Volk heute durchlebt.

Damals gelobten wir uns, Jahr um Jahr den 11. Juli wieder festlich zu begehen, der Tat des masurisch-ermländischen Volkes zum Gedächtnis und den kommenden Geschlechtern zur Nacheiferung. Aber kurz oder lang wird wohl in Allenstein ein masurischer Findlingsblock aufgerichtet werden als Erinnerungstein. Auf seiner Ostseite möge stehen: „Bis hierher hat uns Gott geholfen!“ Auf der Westseite aber, die hinblickt auf das Land, aus dem Millionen Deutscher mit brennenden Augen voll bitteren Heimwehs hinüberschauen ins Vaterland, da mögen in den Stein nur die Worte gemeißelt sein: „Dem unerlösten Deutschland!“



72 129

Inhalt.

	Seite
Borwort	5
I. Der Verzweiflungskampf der deutschen Ostmark. Im Sturm der Revolution. Der polnische Vorstoß	17
II. Das Abstimmungsgebiet Allenstein	35
III. Die polnische Propaganda setzt ein	49
IV. Die deutsche Gegenwehr. Ostdeutscher Heimatdienst. Masuren- und Erm-länderbund	61
V. Die Rückführung der Abstimmungsberechtigten aus dem Reich	91
VI. Unter der Herrschaft der Kommission	99
VII. Der Endkampf. Sieg!	135
Schlußwort	145

Nr.

03497

DOM
KSIĄŻKI

A

N
S
I
E
G
I
E
R
N
I
A

N
E
W
E
R
I
A
T

~~18~~
c e n a

zł.

~~18~~ ~~00~~

72129